



LANDKREISTAG KOMPAKT

Mitteilungen des Bayerischen Landkreistags

Ausgabe Nr. 1/2024



Kommunaler Finanzausgleich 2024, mehr ab Seite 13
Bildquelle: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Koalitionsvertrag von CSU und FREIE WÄHLER für die Legislaturperiode 2023 – 2028 „Für ein modernes, weltoffenes und heimatverbundenes Bayern“
Erste Bewertung S. 6

30 Jahre Europäischer Ausschuss der Regionen – 3 Jahrzehnte institutionelle
Vertretung kommunaler Interessen in Brüssel S. 10

Das Asyl- und Migrationspaket der EU: Der lange Weg zu einer
notwendigen Reform S. 18



Editorial	4
Aktuell	
Koalitionsvertrag von CSU und FREIE WÄHLER für die Legislaturperiode 2023 – 2028 „Für ein modernes, weltoffenes und heimatverbundenes Bayern“ Erste Bewertung	6
30 Jahre Europäischer Ausschuss der Regionen – 3 Jahrzehnte institutionelle Vertretung kommunaler Interessen in Brüssel	10
Ergebnisse des kommunalen Finanzausgleichs 2024	13
Gewalt gegen Einsatzkräfte – Prävention, Ansprechpartner und Unterstützungsangebote für Betroffene	15
Bayerischer Landkreistag mit dem Zertifikat in „Bronze“ als fahrradfreundlicher Arbeitgeber ausgezeichnet	17
Das Asyl- und Migrationspaket der EU: Der lange Weg zu einer notwendigen Reform	18
Personal- und Fachkräfteentwicklung	
Innovatives Berufsinformationsportal www.berufswahl-rottal-inn.de ...	21
Fachkräftegewinnung im Gesundheitssektor: Projekte der Gesundheitsregion ^{plus} Landkreis Deggendorf	24
Die Fachkräfte von morgen – Auszubildende zur Pflegefachkraft aus dem Kosovo und Stipendien für die angehende Ärzteschaft der Region	26
Personalmanagement in Zeiten des Wandels – Umsetzung im Landratsamt Aschaffenburg	31
HAS-connected: Ein digitaler Brückenschlag zwischen Bildung und Beruf im Landkreis Haßberge	34
Ausbildung und Fachkräftesicherung im Landkreis Ansbach	37
Fachkräfte ausbilden, gewinnen oder binden: Der Wirtschaftskreis zu Gast in Roßtal im Landkreis Fürth.	38
Fachkräftekampagne „JOBjungle“ im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	40
AZUBI-Messen, Auszubildende aus Drittstaaten und Familien-Qualitätssiegel Personal- und Fachkräftesicherung für Landkreis und Landratsamt Cham ...	42



Aus den Landkreisen

Die f.e.e. - Neue Fachstelle für Ehrenamt + Engagement für den
Landkreis Starnberg 45

LanDi – Rufbussystem für den Landkreis Dingolfing-Landau 49

Mehr Nahverkehr in der Grenzregion – Neue Linien zwischen Bodensee,
Allgäu und Bregenzerwald 51

Innovativer Moorschutz im Ostallgäu 53

„Wasserstoffallianz Donauregion Kelheim-Regensburg“ gegründet 56

Lucas-Cranach-Campus (LCC) – ein gutes und nachhaltiges Invest für
die Region 58

FichtelApp überzeugt auf allen Ebenen 60

Landkreis Bad Kissingen als „Kommune des Jahres 2023“
ausgezeichnet 63

Krankenhaus-Neubau in Zeiten der Unsicherheit: Landkreis Main-Spessart
geht das Leuchtturm-Projekt an – mit Unterstützung von Ministerpräsident
Markus Söder 66

Digitaler Energienutzungsplan für Altmühlfranken entsteht mit Potenzial-
analyse Wasserstoff 68

Personalien 69

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821

info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Sarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

2023 war ein herausforderndes Jahr. Die weltpolitischen Entwicklungen mit unter anderem dem anhaltenden Krieg in der Ukraine und dem Angriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober, das Leid der Menschen und die Opfer lassen niemanden kalt.

Glücklich dürfen sich all jene schätzen, welche die Weihnachtstage gesund im Kreise ihrer Lieben verbringen konnten.

Der Jahreswechsel löst globale und kommunale Herausforderungen nicht einfach auf. Unsere Dauerthemen – u.a. die Flüchtlingskrise und die Fragen rund um eine flächendeckende medizinische Versorgung – bleiben uns auch in 2024.

Migration

Dank des Zusammenhalts und der Anstrengungen der bayerischen Landrätinnen und Landräte konnten wir die politisch Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene endlich zu ersten Schritten bewegen. Die weitgehende Abschaffung von Geldleistungen und die gleichzeitige Einführung eines Bezahlkartensystems für Asylbewerber, eine erste Senkung der Sozialleistungen durch eine Ausweitung der Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die zuletzt vom Bund zugesagte Pro-Kopf-Pauschale dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Asylkrise ohne echte Begrenzung und Steuerung nicht beendet werden kann.

Fluchtanreize müssen weiter reduziert werden. Die EU-Außengrenzen müssen effektiv geschützt werden. Die Asylverfahren müssen in Drittstaaten durchgeführt werden. Um die Kommunen im Bereich der Unterbringung endlich zu entlasten, müssen Flüchtlinge so lange in von Bund und Land geschaffenen zentralen Einrichtungen verbleiben, bis ihre Bleibeperspektive geklärt ist. Asyl- und Klageverfahren müssen beschleunigt und das Asylrecht angewandt werden. Abgelehnte Asylbewerber müssen konsequent rückgeführt werden. Wir brauchen deutlich mehr Geld und Unterstützung vom Bund. Bürgergeld und Asyilleistungen müssen entkoppelt werden. Asyl und Erwerbsmigration dürfen nicht vermischt werden. Die politische Einigung auf EU-Ebene vom 20.12.2023 geht in diese, in die richtige Richtung, kann aber nur ein erster Schritt sein und wird auch nicht schnell genug Wirkung entfalten.



Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Medizinische Grund- und Regelversorgung

2023 markierte für die Kliniken in kommunaler Hand einen vorläufigen Tiefpunkt. Die Landkreise sind jahrelang mit kommunalem Geld für Berlin, das für die laufenden Kosten der Krankenhäuser verantwortlich ist, eingesprungen. Nach außerordentlichen Belastungen durch u.a. Corona-Pandemie und Energiekrise sind die Defizite schlichtweg zu hoch, als dass die Landkreise weitermachen könnten wie bisher. Auch 2024 wird es nicht einfacher. Die Prognosen unserer Kämmerer und Finanzexperten sind düster. Eine zukunftsfähige Reform der Krankenhausversorgung setzt voraus, dass nicht bereits vorab bedarfsnotwendige Häuser der Grund- und Regelversorgung Opfer eines kalten Strukturwandels werden. Unsere Bürger müssen in allen Landkreisen Zugang zu grundlegenden medizinischen Leistungen haben. Dafür muss der Bund unseren Kliniken vorübergehend unter die Arme greifen und den notwendigen Transformationsprozeß mit „frischem Geld“ stützen. Auch im Anschluss darf es bei der Finanzierung nicht weitergehen wie gewohnt. Für eine zukunftsfeste Reform brauchen wir dann auch eine aktivere Krankenhausplanung des Freistaates. Und schließlich muss auch die niedergelassene Versorgung bei allen künftigen Strukturen viel stärker mitgedacht werden.



Fachkräfte fehlen in allen Bereichen und dies insbesondere auch in der Pflege. Wir müssen die immer größer werdenden Probleme aufgrund des demografischen Wandels systemisch bzw. strukturell angehen. So gut die bisherigen Maßnahmen zur Gewinnung von ärztlichem Personal beispielsweise durch u.a. den Ausbau von Medizinstudienplätzen oder Stipendien sind, wir brauchen mehr, um das System voranzubringen. Das gilt im Übrigen auch für den Fachkräftemangel der sozialen Berufe, der nicht nur die Erzieher betrifft.

Aufgabenmehrung und -kritik

Flüchtlingsunterbringung und das Aufrechterhalten einer flächendeckenden medizinischen Versorgung sind nur zwei von vielen Aufgaben der staatlichen Landratsämter wie der Landkreise.

Daneben haben die Landkreise viele weitere Aufgaben, die andere versprochen und für wichtig erachtet haben. So sind beispielsweise der Ausbau der Ganztagesbetreuung oder die digitale Schule richtigerweise durch München und Berlin als Megathemen erkannt worden. Die Kommunen können diese Aufgaben aber nicht ohne finanzielle und personelle Unterstützung der „Auftraggeber“ stemmen.

In der Vergangenheit mussten unsere Landkreise auch immer wieder Aufgaben übernehmen, für die sie nicht zuständig waren. Das hat Löcher in die kommunalen Haushalte und in die Personaldecken gerissen. In einer

Zeit, in der die Prognosen führender Wirtschaftsinstitute besorgniserregend sind, über Monate über den Bundeshaushalt gestritten, die Verteilung der Steuern zu einem Kampf wird und gleichzeitig für immer mehr Aufgaben immer weniger Geld und Personal vorhanden ist, sollte ein Umdenken Vorrang vor allem anderen haben. Der Staat und insbesondere die Kommunen können nicht alles richten. Wir müssen uns ehrlich machen, was wir noch leisten können – und leisten können wollen. Standards und Vorgaben gehören auf den Prüfstand und das mit Substanz. Weniger Bürokratie darf nicht ein Schlagwort bleiben, sondern muss personell und finanziell spürbar sein.

Teamwork

Pragmatismus und Zusammenhalt machen den Bayerischen Landkreistag seit jeher aus. Ganz gleich, welche individuellen Belange vor Ort akut sein mögen, beim großen Ganzen herrscht parteiübergreifende Einigkeit. Dieser Teamspirit hat das Jahr 2023 geprägt und den brauchen wir auch 2024!

Herzliche Grüße,
Ihre

Andrea Degl

Koalitionsvertrag von CSU und FREIE WÄHLER für die Legislaturperiode 2023 – 2028

„Für ein modernes, weltoffenes und heimatverbundenes Bayern“

Erste Bewertung

Von Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag

Der Koalitionsvertrag nimmt für sich in Anspruch, „unser Land fit für die großen Veränderungen unserer Zeit zu machen“. Zugleich verstehen sich die Regierungspartner als verlässlicher Partner auch für die Kommunen. Die „Bayernkoalition“ begreift sich als „Klammer zwischen vitalen Zentren und lebenswertem ländlich Raum“. Es sollen gleichwertige Lebensbedingungen und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Soweit so gut. Man könnte meinen, die Regierungspartner hätten sich in ihrer Grundausrichtung auch mit an den Forderungen des Bayerischen Landkreistags für die anstehende Legislaturperiode orientiert. Doch der Teufel steckt bekanntlich wie immer im Detail. Und da geht es gleich im ersten Kapitel los, dass den Familien gewidmet ist.

Die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen der Ganztagsbetreuung

Dort findet sich mit hoher Priorität eine kräftige Ausweitung der Angebote der Kindertagesbetreuung. Bis 2028 sollen gemeinsam mit den Kommunen insgesamt rund 180.000 neue Plätze geschaffen werden. So soll das Ganztagsversprechen gehalten und die Kommunen tatkräftig bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern unterstützt werden. Das, was von Sozial – und Kultusministerium in den bisherigen Gesprächen allerdings dafür angeboten und in den Raum gestellt wurde, ist nur schwerlich geeignet, diesem Versprechen zum Erfolg zu verhelfen. Die Bundesmittel, die der Freistaat Bayern für den Ausbau der Ganztagsbetreuung erhält, sollen nach derzeitigem Stand allenfalls zur Hälfte an die Kommunen weitergegeben werden. Die anderen 50 % möchte der Freistaat für sich behalten, weil er ja – man höre und staune – tatsächlich die Verantwortung für den Freitagnachmittag übernehmen möchte. Der weitaus grö-

ßere Teil der Ganztagsbetreuung, nämlich die gesamten Ferienwochen (mit Ausnahme einer Schließzeit von vier Wochen) sollen allein in der Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte organisiert werden. Hinter der schlanken Passage im Koalitionsvertrag steckt also eine neue und vollkommen unterfinanzierte Aufgabe für die kommunale Ebene, ganz zu schweigen von den fehlenden Partnerorganisationen, mit denen wir zwangsnotwendig zusammenarbeiten werden müssen und die genau wie wir nicht über das notwendige Fachpersonal verfügen werden. Es geht also schon gut los.

Weitere Pläne im Bereich Familie

Die weiteren Punkte sind allerdings tatsächlich zu begrüßen: die Fortführung der Förderung von Sprach-Kitas als Landesprogramm begrüßen wir dem Grunde nach ebenso wie eine höhere Ausbildungsvergütung und eine Erhöhung des Pflegebonus für die Berufsfachschulen, die diese umfassend vom Schulgeld befreien wird. Auch die avisierten 200 Studienanfänger-Plätze und der Ausbau der Studienstandorte zeigen in die richtige Richtung.

Fokus Senioren und Arbeitsmarktintegration

Doch schon im nächsten Absatz unter „Soziales“ warten neue Aufgaben auf uns: die Kommunen sollen die quartiersbezogene Seniorenarbeit und den Ausbau seniorengerechter, barrierefreier Wohnstrukturen voranbringen, immerhin unterstützt vom Freistaat. Auch eine bessere Mittelausstattung der Jobcenter, für die sich der Freistaat beim Bund einsetzen möchte, findet natürlich unsere Zustimmung.

Der Bildungsbereich

Im Kapitel über die Schulen findet sich die ambitionierte Zusage, 9000 neue Stellen im Schulbereich zu schaffen. Dabei sind nicht nur Lehrer, sondern auch



multiprofessionelle Unterstützungskräfte genannt. Abgesehen davon, dass es spannend sein wird, wo all diese Menschen denn herkommen sollen, ist das doch der Punkt, um die Frage zu stellen, ob man hier nicht besser das System vom Kopf wieder auf die Füße stellen sollte. Braucht es tatsächlich für jedes Kind einen Schulbegleiter? Braucht es tatsächlich einen Schulsozialpädagogen in jeder Klasse? Sind wir hier nicht in einem Sog von Anspruchsdenken einerseits und „jeglichen Ärger vermeiden“ andererseits gefangen, und wäre es nicht einmal an der Zeit, auf die Bremse zu treten und die Strukturen und Prinzipien grundsätzlich zu hinterfragen, statt mit immer mehr Personal dem, was sich vermeintlich als unabweislich etabliert hat, hinterher zu laufen?

Jenseits dieser grundsätzlichen Überlegungen findet sich dann die konkrete Passage, dass der Freistaat die Kommunen auch weiterhin bei ihren Investitionen in moderne Schulen und bei einer bedarfsgerechten Mitelausstattung unterstützen möchte. Wir wären ja schon ziemlich zufrieden, wenn die Grundsatz-Kommission zur digitalen Schulinfrastruktur, die sich mühsam über Monate hinweg an Kleinigkeiten abgearbeitet hat, die noch offenen Differenzpunkte mit dem Kultusministerium endlich ausräumen und den schon vor sage und schreibe nunmehr bald vier Jahren getroffenen Pakt zwischen Staatsregierung und Kommunalen Spitzenverbänden mit Leben erfüllen und in Realität umsetzen könnte. Wer nicht dabei ist, kann sich gar nicht vorstellen, wie mühsam eine 50:50 Regelung tatsächlich umzusetzen ist.

Mit einem gewissen Misstrauen erfüllt uns auch die Passage, wonach die Jugendsozialarbeit an Schulen gemeinsam mit den Kommunen kraftvoll ausgebaut werden soll. Wenn damit die Aufstockung der staatlichen Schulsozialpädagogen auf Kosten des Freistaats gemeint sein sollte, wäre es ja gut. Es liegt allerdings der Verdacht nahe, dass die überwiegend von uns finanzierte JaS gemeint ist. Wenn da etwas kraftvoll ausgebaut werden soll, dann werden wir wohl kräftig zahlen.

Vorhaben für eine flächendeckende, wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung

Im Bereich Gesundheitsversorgung und Pflege findet sich die bereits seit längerer Zeit angekündigte „Krankenhausmilliarde“, also die Aufstockung der Investitionskostenförderung von derzeit 643 Mio €. Im Rahmen der Verhandlungen zum kommunalen Finanz-

ausgleich 2024 mussten die Kommunalen Spitzenverbände letztlich einer Erhöhung in einem ersten Schritt auf 800 Mio € zustimmen. Von dieser Anhebung um 156 Millionen € bezahlen die Landkreise und kreisfreien Städte 50 % und davon wiederum die Landkreise zwei Drittel im Verhältnis zu den kreisfreien Städten. So notwendig die Anhebung der Investitionskostenförderung auch sein mag, um bereits geplante und zugesagte Projekte verwirklichen zu können, so stellt diese Anhebung doch gleichzeitig eine erhebliche Belastung der Kreishaushalte dar, und das in Zeiten, in denen bereits die Betriebskostendefizite mit zum Teil zweistelligen Millionenbeträgen aufgefangen werden müssen. Wer bitte soll das in den kommenden Jahren noch bezahlen können?

Wenn der Koalitionsvertrag dann von einer Weiterführung der bayerischen Krankenhausplanung spricht, so können wir dazu nur sagen: dann soll der Freistaat doch endlich konkret und bedarfsorientierte bayernweit planen! Wir würden uns hier weniger eine „Weiterführung“, sondern vielmehr ein Erwachen und Erstarren wünschen.

Doch auch hier finden sich positive Ansätze: so sollen im Bereich der Pflege überbordende Bürokratie abgeschafft, stattdessen Öffnungsklauseln und Erprobungsmöglichkeiten für flexible Lösungen und Modelle geschaffen werden und nicht zuletzt die Doppelstrukturen von medizinischen Dienst und Heimaufsicht auf den Prüfstand. Auch den verstärkten Einsatz von Gemeindefachkräften sehen wir äußerst positiv, hat der Bayerische Landkreistag doch die bereits bestehenden Projekte näher betrachtet und sieht hier eine gute Möglichkeit, bereits im Vorfeld stationäre Pflege weitestgehend zu vermeiden.

Ob die Fortführung des bayerischen Landespflegegeldes dagegen eine gute Idee ist, würden wir schon mit einem Fragezeichen versehen. Für die dafür aufgewendeten 450 Millionen € jährlich könnte man an anderer Stelle sinnvollerer leisten.

Die kommunale Finanzlage

Das Kapitel „Für starke Kommunen und lebenswerte Heimat“ adressiert sehr prominent zunächst den kommunalen Finanzausgleich. An dieser Stelle sei daher auf den eigenen Beitrag in dieser KOMPAKT dazu verwiesen. Nur ein kurzes Schlaglicht auf den auch im Koalitionsvertrag explizit genannten Art. 10 FAG, Investitionen in die kommunale Infrastruktur: nach wie vor wird der Topf in Höhe von nun 1,07 Milliarden € mit

über 712 Millionen € von kommunaler Seite gespeist. Lediglich 357 Millionen € staatliche Haushaltsmittel fließen hinein. Gut, das sind immerhin 70 Millionen € mehr als im letzten Jahr. Insofern ist die Aussage, dass „wir“, also die Koalitionäre, die Mittel erhöhen, jedenfalls nicht völlig falsch.

Mehr kommunale Handlungsfreiheit, weniger Regelungswut

Ein Herzensanliegen des Bayerischen Landkreistags spricht der Koalitionsvertrag schließlich im Kapitel „Schlank, schnell und digital“ an, wenn von neuem Schwung und weniger Bürokratie die Rede ist. Durch den dann angekündigten, holzschnittartigen zehnpromzentigen Fall aller Verwaltungsvorschriften bis Mitte 2024 ist dafür aber leider nichts gewonnen. Die Ursachen für die von allen Seiten beklagte Bürokratie stecken im materiellen Recht, und hier zu einem Großteil im europäischen – und Bundesrecht. Statt des 10 %-Rasenmähers wäre es wesentlich sinnvoller, wenn die kommunale Seite bereits frühzeitig vor Beginn eines Gesetzgebungsvorhabens gehört und einbezogen würde. Dieser Tadel richtet sich in erster Linie gegen den Bund. Aber auch auf Landesebene wäre schon viel gewonnen, wenn man auf 24-seitige Ministerialschreiben verzichten und stattdessen den Behörden vor Ort mehr Vertrauen entgegenbringen und ihnen mehr Handlungsfreiheit belassen würde. Dann bräuchte es auch weder das vollkommen unsinnige zweijährige Moratorium für den Erlass neuer Verwaltungsvorschriften, noch die ebenso unsinnige Begrenzung der Geltungsdauer von Verwaltungsvorschriften auf maximal fünf Jahre. Selbstverständlich wird es auch innerhalb der nächsten zwei Jahre regelungsbedürftige Lebenssachverhalte geben. Und ebenso selbstverständlich werden sinnvolle Regelungen nicht nach fünf Jahren unsinnig. Wer sich so etwas ausdenkt, genauso wie den weiteren äußerst fragwürdigen Grundsatz „eins rein, zwei raus“ für die Verschärfung der Paragraphenbremse beweist damit nur eines: eine versteckte Hilflosigkeit, wie man mit dem Sicherheitsbedürfnis einerseits und dem Wunsch nach größtmöglicher Handlungsfreiheit andererseits umgehen soll.

Stärkung der digitalen Verwaltung und Abschaffung des Förderunwesens

Ein Lichtblick findet sich im nächsten Kapitel über die Digitalisierung. Die dort proklamierte durchgehend digitale Bearbeitung von Verwaltungsleistungen dürfte insofern Aufschwung erfahren, indem die Kommunalen

Spitzenverbände mit dem Freistaat Bayern eine 50:50 Kostentragung für die Bayern-Packages und die demnächst anstehenden Efa – Leistungen vereinbaren konnten. Auch die in Aussicht gestellte voll digitalisierte Förderplattform ist ein zentrales Anliegen des Bayerischen Landkreistags. Noch wichtiger aber wäre es, in einem ersten Schritt den Förderdschungel zu lichten. Zu viele Förderprogramme überlappen sich gegenseitig, sind nur schwer vollziehbar, bieten allenfalls eine Anschubfinanzierung und überlassen die dauerhafte Kostentragung anschließend den Kommunen und sind schließlich mit umfangreichen Verwendungsnachweispflichten behaftet. Der Freistaat Bayern hat den schwarzen Peter hier leider den Kommunen zugeschoben und uns aufgefordert, verzichtbare Förderprogramme zu benennen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Im Kapitel über die Digitalisierung findet sich schließlich auch die von uns seit langem geforderte einheitliche Plattform zum Austausch von Daten und Informationen. Wenn es dazu nun auch noch eine Finanzierungszusage gäbe, wären wir einen großen Schritt weiter. Mit solchen Banalitäten hält sich der Koalitionsvertrag aber nicht auf, sondern widmet sich anschließend der bayerischen Satellitenmission.

Das Ende der Migrationskrise

Eine große Übereinstimmung mit den Forderungen des Bayerischen Landkreistags findet sich im Kapitel über Ordnung und Begrenzung bei der Migration. Sowohl die Beschleunigung der Asylverfahren als auch die Einführung einer Bezahlkarten-Lösung und die konsequente Umsetzung des Sachleistungsprinzips ebenso wie die Pflicht zur gemeinnützigen Arbeit sind unsere eigenen Anliegen. Auch für einen effektiven EU – Außengrenzschutz hat sich der Bayerische Landkreistag nicht zuletzt seit seinem Besuch in Brüssel im November 2022 stark gemacht. Wir freuen uns zudem über die Unterstützung gegenüber dem Bund, der aufgefordert wird, die Hilferufe der Städte, Landkreise und Gemeinden nicht länger zu ignorieren. Die Feststellung, dass wir dauerhaft und gesichert deutlich mehr Geld und Unterstützung benötigen, ist vollkommen zutreffend. Umso wichtiger ist es, dass vom Bund bereit gestellte Gelder schnell bei den Kommunen tatsächlich ankommen.

Energiewende und Klimaschutz

Die im fünften Kapitel aufgeführten Aussagen zur Energiewende unter der Überschrift „Nachhaltig, modern



und zukunftssicher“ unterstützen wir. Wir hätten uns allerdings mehr Einbeziehung der Kommunen gewünscht, die lediglich im Rahmen des Ausbaus der Windkraft unter dem Stichwort „Beteiligung von Standortkommunen“ genannt sind. Was wir auch vermissen, sind Aussagen zu der zwingend erforderlichen Synchronisierung von Netzausbau und Ausbau der erneuerbaren Energien und zum Erhalt der Wertschöpfung vor Ort. Daher muss an dieser Stelle natürlich unser „ceterum censeo“ kommen: die Befugnis der Landkreise zur Erzeugung erneuerbarer Energie hat in der letzten Legislaturperiode ihre legislative Grundlage in der Neufassung des bayerischen Klimaschutzgesetzes gefunden. Für die neue Legislaturperiode muss es nun an die Umsetzung und Ausgestaltung dieser Regelung gehen. Selbstverständlich wollen wir nicht nur erneuerbare Energie erzeugen und dann im Keller im Eimer lagern. Die erzeugte Energie muss natürlich vermarktet und der Allgemeinheit zur Nutzung gebracht werden. Dabei betonen wir nach wie vor unverändert, dass wir nur im guten Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden handeln wollen.

Ein leistungsstarker ÖPNV

Im Kapitel zur Mobilität soll die Attraktivität des ÖPNV im ganzen Land deutlich erhöht und das Angebot gemeinsam mit den Kommunen ausgebaut werden. Auch an dieser Stelle sagen wir: zuerst einmal die eigenen Hausaufgaben machen. Das betrifft sowohl die dauerhafte und verlässliche Finanzierung des Deutschland-Tickets wie auch die Umsetzung der Neuregelung in Paragraph 45a PBefG.

Die Reform der Veterinärverwaltung

Und dann kommt zu guter Letzt noch der Zukunftsvertrag mit dem Bayerischen Bauernverband. Zumindest scheint nach derzeitigem Stand eine Herauslösung der Veterinärverwaltung aus den Landratsämtern abgewendet worden zu sein. Damit sind zumindest die drängendsten organisatorischen Fragen mit etwas weniger Sorgen behaftet. Die Sinnhaftigkeit eines janusköpfigen Veterinärs, der mit unterschiedlichem Maßstab landwirtschaftliche Betriebe und sonstige Tierhaltungs- oder allgemeine Betriebe kontrolliert, erschließt sich uns nach wie vor aber nicht.

Was bleibt als Resümee?

Der Koalitionsvertrag bleibt ganz überwiegend, so wie es nun einmal die Eigenheit der allermeisten Koaliti-

onsverträge ist, sehr im ungefähren. An mancher Stelle ist er aber auch erstaunlich kleinteilig, etwa, wenn es um den Erhalt der Olympia – Reitanlage in München – Riem geht. So findet sich ein Nebeneinander von Allgemeinplätzen und konkreten Einzelaussagen, wobei allzu oft Finanzierungsfragen ausgeblendet sind. Er beinhaltet ganz viel „weiter so“ und zeigt wenig wirklich neue Ansätze. Aus kommunaler Sicht werden wir die an vielen Stellen zugesagte Unterstützung dem Realitäts-Check unterziehen. Unser Kernanliegen wird sein, die kommende Legislaturperiode dafür zu nutzen, eine fundamentale und strukturierte Aufgabenkritik und eine Diskussion über tatsächlich notwendige Standards und Prozesse zu führen. Und wir hoffen, dass wir Mitstreiter finden, wenn es darum geht, uns alle miteinander ehrlich zu machen, was tatsächlich noch geht und was nicht. Für ein wirklich modernes, zukunftsorientiertes Bayern.

30 Jahre Europäischer Ausschuss der Regionen – 3 Jahrzehnte institutionelle Vertretung kommunaler Interessen in Brüssel



Von Landrat Thomas Habermann, Rhön-Grabfeld, Erster Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Mitglied des Deutschen Landkreistags im Europäischen Ausschuss der Regionen

Das Jahr 2024 steht in Brüssel, aber auch in Deutschland, vollständig im Zeichen der anstehenden Europawahl. Klar ist daher auch, dass ein anderes – aus kommunaler und regionaler Sicht sicherlich mit deutlich mehr Vorfreude erwartetes – Ereignis in der öffentlichen Wahrnehmung eher in den Hintergrund rückt: Der Europäische Ausschuss der Regionen (im Folgenden „AdR“) feiert in diesem Jahr sein 30-jähriges Bestehen. Ein guter Zeitpunkt also, um einen Blick auf die bisherige Entwicklung und Möglichkeiten einer potenziellen Weiterentwicklung des AdR zu werfen.

Drei Jahrzehnte sind vergangen, seitdem der AdR im Jahr 1994 insbesondere auf Drängen der deutschen Bundesländer aus zwei Gründen eingerichtet wurde: Zum einen sollte den kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften, die etwa 70 % der europäischen Vorgaben vor Ort umsetzen müssen, ein gewisses Mitspracherecht im europäischen Gesetzgebungsverfahren eingeräumt werden. Zweitens sollte vermieden werden, dass sich zwischen der Öffentlichkeit und dem Prozess der europäischen Integration eine zunehmende Kluft auftut. Durch die Einbeziehung der gewählten Vertreter derjenigen Regierungs- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, sollte jene Kluft überwunden werden. Diese Zielsetzung ist auch 30 Jahre nach der Begründung des AdR stets noch aktuell.

Die Entwicklung der primärrechtlichen Grundlagen

Zunächst gilt es, die wesentliche Entwicklung der primärrechtlichen Vorgaben seit der Gründung zu betrachten. Bereits im Jahr 1992 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU die Gründung des AdR als beratende Einrichtung. Durch den Vertrag von Maastricht wird die Befassung des AdR durch die Europäische Kommission und den Rat zu Schlüsselbereichen mit regionalem Bezug obligatorisch. Die erste Plenarsitzung des AdR findet im März 1994 damals noch mit 189 Mitgliedern in Brüssel statt. Durch den Vertrag von Amsterdam (1997) wurde die Zuständigkeit des AdR auf etwa zwei Drittel der EU-Rechtsetzungsvorschläge ausgedehnt. Durch die erfolgte Änderung der primärrechtlichen Grundlagen wurde die Möglichkeit eröffnet, den AdR auch direkt vom Europäischen Parlament zu befassen. Durch den Vertrag von Nizza (2001) wurde vorgegeben, dass die Mitglieder des AdR ein auf Wahlen beruhendes Mandat innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft politisch verantwortlich sein müssen. Durch diese Vorgabe wurde die demokratische Legitimation des Ausschusses weiter gestärkt, gleichzeitig wurde die Höchstzahl seiner Mitglieder auf 350 festgelegt. Neben den EU-Erweiterungen, durch die die Anzahl der Mitglieder auf 350 (bzw. durch den Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 sogar zeitweise auf 353) anstieg, wurde die Rolle des Ausschusses insbesondere im Jahr 2007 durch den Vertrag von Lissabon weiter gefestigt. Die in diesem Rahmen durchgeführten Änderungen des Primärrechts räumen dem AdR Klagerecht vor dem Gerichtshof der Europäischen Union für die Wahrung seiner Rechte und bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip ein und verleiht der bis dato eher deklaratorischen Beteiligungspflicht Zähne. Zwar hat der AdR von dieser Gelegenheit bisher noch keinen Gebrauch gemacht, an verschiedenen Stellen aber zumindest im Rahmen von Stellungnahmen mit einer Klage gedroht.

Die Zusammensetzung des Ausschusses und das Benennungsverfahren

Der AdR setzt sich derzeit aus 329 Mitgliedern aus 27 Mitgliedstaaten zusammen. Davon wiederum erhält



jeder Mitgliedstaat eine Anzahl an Sitzen, die anhand einer Formel auf Grundlage der Bevölkerungszahlen bemessen wird. Die meisten Sitze (jeweils 24) entfallen auf Deutschland, Frankreich und Italien, die wenigsten Sitze (jeweils 5) erhalten Malta, Luxemburg und Zypern. Von den 24 Sitzen für Deutschland werden 21 von den Bundesländern besetzt, die übrigen drei Sitze entfallen auf die drei kommunalen Spitzenverbände. Damit unterscheidet sich die Sitzverteilung in Deutschland vehement gegenüber anderen Mitgliedstaaten, die ein deutlich ausgewogeneres Verhältnis von kommunalen und regionalen Vertretern/-innen vorgesehen haben. Alle Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände, die Anzahl der kommunalen Sitze innerhalb der deutschen Delegation zu erhöhen, sind bisher am Widerstand der Länder gescheitert.

Auch das Benennungsverfahren ist komplex. Die Länder bzw. die kommunalen Spitzenverbände benennen gegenüber der Europaministerkonferenz bzw. Ministerpräsidentenkonferenz die jeweiligen Personen, diese leitet die Informationen an das Auswärtige Amt weiter. Dieses leitet nach einer Prüfung die Namen und Funktion der einzelnen Personen an den Rat weiter, der per Beschluss über die Benennung entscheidet. Der Ratsbeschluss wird anschließend im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Obwohl das Verfahren teils mit einem erheblichen bürokratischen und zeitlichen Aufwand verbunden ist, muss doch festgestellt werden, dass auf diese Weise die Legitimation der einzelnen Mitglieder und des Ausschusses insgesamt erheblich gestärkt wird.

Die Wahrnehmung des Ausschusses der Regionen in Brüssel

Viel ist seit der Gründung passiert und ich kann mit voller Überzeugung sagen, dass der Ausschuss in den vergangenen Jahrzehnten wertvolle Arbeit geleistet hat und es gelungen ist, die Relevanz der kommunalen und regionalen Ebene bei vielen Dossiers deutlich herauszustellen. Trotz seiner rein beratenden Funktion spielt der AdR heute eine deutlich größere Rolle im europäischen Gesetzgebungsverfahren, als das bei seiner Gründung der Fall war. In den Plenarsitzungen stellen sich regelmäßig EU-Kommissare den Fragen der AdR-Mitglieder und bieten so die Möglichkeit, aktuelle Entwicklungen vor Ort unmittelbar zu kommunizieren und notwendige Maßnahmen zu diskutieren.

In der Regel äußert der AdR seine Positionen in Form von Stellungnahmen, wie es das europäische Primärrecht explizit vorsieht. Dazu leitet die Europäische

Kommission in der Regel einen Gesetzgebungsvorschlag dem AdR und seinen Mitgliedern zu, die dazu eine Stellungnahme verfassen. Jene Stellungnahmen zu Dossiers, die für die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften relevant sind, werden nach Annahme an die Europäische Kommission und das Parlament übersandt und werden im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens regelmäßig aufgegriffen. Auf die Beratungen der Stellungnahmen des Ausschusses entfällt ein Großteil der Zeit, die die Mitglieder in den Sitzungen in Brüssel verbringen.

Ich selbst wurde im Jahr 2022 zum Berichterstatter für die Halbzeitbewertung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 benannt. Ein aus meiner Sicht wirklich wichtiges Thema, das gerade mit Blick auf die Finanzierung der kommenden Förderperiode der Kohäsionspolitik und die aktuellen Herausforderungen bei der Haushaltsberatung wieder umfassend diskutiert wird. Im Kern ging es mir darum, aus kommunaler und regionaler Sicht zu bewerten, ob die Mittel und die Prioritäten, die der EU zur Verfügung stehen, noch angemessen sind und ob sie effizient eingesetzt werden. In vielfältigen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und anderen Mitgliedstaaten wurde deutlich, dass die Herausforderungen für kommunale und regionale Gebietskörperschaften häufig ähnlich gelagert sind. In der Stellungnahme wird betont, dass eine alleinige Stärkung des Haushalts der Europäischen Union ohne gleichzeitige Stärkung der Haushalte der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften dazu führen könnte, dass wesentliche Initiativen der EU (insb. der Europäische Grüne Deal) nicht in die Praxis umgesetzt werden können. Ich konnte auch ausführen, dass die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften in den meisten Mitgliedstaaten sich in einer sehr angespannten finanziellen Lage befinden. Auch wird betont, dass neue Aufgaben, die an die Europäische Union übertragen werden, mit neuen Mitteln einhergehen sollten. Erfreulicherweise wurde die Stellungnahme am 24.5.2023 vom AdR in seiner Plenarsitzung sogar ohne Gegenstimmen angenommen.

Im Vorschlag der Europäischen Kommission, der knapp einen Monat später – am 20.6.2023 – veröffentlicht wurde, werden die Forderungen aus der Stellungnahme teils mehr und teils weniger explizit aufgegriffen. Der größte Erfolg ist jedoch, dass die Stellungnahme zu einem Umdenken auf europäischer Ebene beitragen konnte. Während bisher die Europäische Kommission sich darauf beschränkte, Vorgaben zu machen und die Umsetzung und Finanzierung allein den

Mitgliedstaaten überließ, sollen künftig im Gesetzgebungsverfahren die finanziellen und strukturellen Voraussetzungen in den Mitgliedstaaten für eine praktische Umsetzung europäischer Vorgaben stärker berücksichtigt werden. Besonders hat mich gefreut, dass ich meine Stellungnahme auch mit dem zuständigen Haushaltskommissar Johannes Hahn im Rahmen einer Podiumsdiskussion bei einer Plenarsitzung des AdR diskutieren konnte.

Neben der Erstellung und Beratung der einzelnen Stellungnahmen leisten der AdR und seine Mitglieder aber auch andere wichtige Arbeit, indem sie in Arbeitsgruppen und Diskussionsrunden mit Vertretern von Europäischer Kommission und Europäischem Parlament über europäische Gesetzgebung und notwendige Anpassungen oder neue Initiativen diskutieren. Mitglieder des Ausschusses wirken in den Gremien der Europäischen Kommission zur besseren Rechtsetzung mit, außerdem verfügt der AdR über ein Netzwerk an Subsidiaritätsexperten und er hat konkrete Vorschläge zur besseren Bewertung der territorialen Folgen europäischer Rechtsetzungsvorschläge erarbeitet, die mittlerweile von den Dienststellen der Europäischen Kommission genutzt werden. Wenn eine der europäischen Institutionen zu einem oder mehreren Themen eine Einschätzung der kommunalen und regionalen Ebene benötigt, richten diese sich in der Regel an den AdR.

Ein Blick in die Zukunft

Trotz dieses wichtigen Jubiläums sollten wir uns aber keinesfalls darauf beschränken, die Vergangenheit und die Erfolge des AdR zu betrachten. Vielmehr gilt es, den Blick in die Zukunft zu richten und darüber zu diskutieren, wie man den Ausschuss, seine interinstitutionelle Rolle und auch die Wahrnehmung der kommunalen Ebene insgesamt stärken könnte. Eine Möglichkeit, die regelmäßig vom AdR und Unterstützern vorgeschlagen wird, ist die Weiterentwicklung der Einrichtung hin zu einer zweiten parlamentarischen Kammer, die (wie der Bundesrat gegenüber dem Bundestag) stärkere Mitspracherechte hätte und dem Ausschuss so ein größeres Gewicht verleihen würde. Kürzlich wurden auch Stimmen laut, die den Ausschuss umbenennen wollte (Versammlung der Gemeinden und Regionen Europas), um die Vielfalt der dort vertretenen gewählten Mandatsträger widerzuspiegeln.

Sicherlich wäre ein Ausbau der vertraglich vereinbarten Mitspracherechte ein großer Gewinn für die Kommunen und Regionen Europas. Hierfür böte sich ggf. auch in den kommenden Jahren eine konkrete Möglich-

keit. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich in ihrer Rede zur Lage der Union am 14. September 2022 für einen Verfassungskonvent zur Reform der EU-Verträge ausgesprochen und betont, dass es den Staats- und Regierungschefs mit der EU-Reform „ernst“ sein müsse. Eine stärkere Verbindung der europäischen mit der kommunalen Ebene böte aber auch für die europäischen Institutionen die Möglichkeit, Aspekte der praktischen Umsetzung noch stärker im europäischen Gesetzgebungsprozess berücksichtigen zu können. Regelmäßig kommt die Europäische Union in ihren eigenen Umfragen zu dem Ergebnis, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die kommunale und regionale Ebene deutlich größer ist, als das bei den höheren Verwaltungsebenen der Fall ist. Dieses Potenzial muss dringend ausgeschöpft werden, um bei den anstehenden Wahlen proeuropäische Kräfte zu stärken und pragmatische Lösungen zu erarbeiten, die den Menschen vor Ort einen echten Mehrwert bieten.

Unabhängig von einer primärrechtlichen Anpassung sollte aber auch darüber nachgedacht werden, an welchen Stellen der AdR und seine Mitglieder einen echten Mehrwert gegenüber den EU-Institutionen bieten können und wie diese Aspekte gestärkt werden können. Ich bin insbesondere der Ansicht, dass der AdR und seine Mitglieder von der Europäischen Kommission vor dem Entwurf europäischer Legislativakte gezielt konsultiert werden und die Möglichkeit erhalten sollten, sich zu einem frühen Zeitpunkt schon zu einzelnen Aspekten der geplanten Gesetzgebung zu äußern und auf mögliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung hinzuweisen. Auch könnte die Möglichkeit genutzt werden, die Einschätzung der kommunalen und regionalen Vertreter/-innen zu geltenden Vorgaben einzuholen. Die vorhandene Expertise und Erfahrung der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften bieten ein großes Potenzial, das bisher noch nicht umfassend genutzt wird.

Aus kommunaler Sicht gilt es außerdem, sich weiterhin für eine Erhöhung der Sitze für die kommunalen Spitzenverbände innerhalb der deutschen Delegation einzusetzen. Mit Blick auf die starke Rolle der Kommunen und das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung scheint die bisherige Verteilung der Sitze vollkommen unangemessen. In diesem Sinne hoffe ich darauf, dass der AdR auch in den nächsten 30 Jahren weiterhin solch gute Arbeit leistet und seine Rolle im institutionellen Gefüge der Europäischen Union weiter gestärkt werden kann.

Ergebnisse des kommunalen Finanzausgleichs 2024



Von Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich am 21.12.2023 mit Staatsminister Albert Füracker und Staatsminister Joachim Herrmann im Beisein der Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags, MdL Josef Zellmeier und MdL Bernhard Pohl, sowie von Staatsminister Hubert Aiwanger über den kommunalen Finanzausgleich 2024 verständigt.

Die **Finanzausgleichsleistungen 2024 steigen um 212,8 Mio. € bzw. 1,9 % auf insgesamt 11,38 Mrd. €** an. Die darin enthaltenen reinen Landesleistungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 1,0 % bzw. 109,5 Mio. € auf 10,91 Mrd. €. Hinzu kommen einmalig 30 Mio. € aus dem Haushalt des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, die im Rahmen der Spitzabrechnung für Straßenausbaumaßnahmen in den Vorjahren nicht abgerufen wurden. Die Einigung steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung durch den Bayerischen Landtag.

Für die **Kreishaushalte 2024** können wir die nachfolgenden Ergebnisse der Finanzausgleichsverhandlungen mitteilen; auf die beigefügte Anlage nehmen wir Bezug:

- Die **Schlüsselzuweisungen** steigen 2024 um 174,8 Mio. € bzw. 4,1 % auf 4,44 Mrd. €. Die Landkreisschlüsselzuweisungen steigen von 1.536,1 Mio. € in 2023 auf 1.599,0 Mio. € (+ 62,9 Mio. €).
- Die **Landratsämter** erhalten für die Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs in den nächsten fünf Jahren insgesamt **532,5 zusätzliche staatliche Stellen** (2024 und 2025: jeweils 71 Stellen; 2026: 106,5 Stellen; 2027 und 2028: jeweils 142 Stellen).
- Der Mittelansatz für die **Förderung des kommunalen Hochbaus** (Art. 10 BayFAG) wird um 70 Mio. € bzw. rd. 7 % auf rd. 1,07 Mrd. € erhöht. Der Mittelanstieg wird in voller Höhe aus Haushaltsmitteln des

Freistaats finanziert. Für 2024 wird eine Anpassung der Kostenrichtwerte ins Auge gefasst.

- Der Ansatz für die **Investitionsförderung der Krankenhäuser** wird um 156,6 Mio. € auf 800 Mio. € (+ 24,3 %) erhöht. Die Regelungen zum hälftigen Kommunalanteil bleiben unverändert. Die Krankenhausumlage 2024 steigt (auch abrechnungsbedingt) um 103,31 Mio. € auf 412,25 Mio. € (+ 33,4 %).

Weitere Schwerpunkte des kommunalen Finanzausgleichs 2024 sind:

- Die Ansätze für die **ÖPNV-Investitionsförderung** (76,1 Mio. €), die **kommunale Straßenbauförderung** nach BayGVFG (160,0 Mio. €) und die **ÖPNV-Betriebskostenförderung** (94,3 Mio. €) werden auf dem bisherigen Niveau fortgeführt.
- Die **allgemeinen Finanzausweisungen nach Art. 7 BayFAG** für staatliche und übertragene Aufgaben steigen 2024 auf insgesamt 885 Mio. € (+ 4,1 % bzw. + rd. 35 Mio. €). Die kreisfreien Städte erhalten zu ihren Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis erstmalig ab 2024 eine ergänzende Finanzausweisung in Höhe von 2 € je Einwohner bzw. insgesamt 7,9 Mio. €. Die Mittel für die **besonderen Finanzausweisungen** nach Art. 9 BayFAG erhöhen sich aufgrund der voraussichtlichen Einwohnerentwicklung um 1 Mio. € auf rund 70 Mio. €.
- Der Ansatz für **Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen** wird 2024 um 20 Mio. € auf 100 Mio. € angepasst. Die freiwerdenden Mittel in Höhe von 20 Mio. € kommen den Schlüsselzuweisungen zugute.
- Die Mittel für die **Investitionspauschale** werden 2024 auf dem Niveau von 446 Mio. € fortgeführt. Der **Demografiezuschlag** wird verbessert, um die Kommunen mit zurückgehender Bevölkerung besser zu unterstützen. Zukünftig wird ein Demografiezuschlag bereits bei einem voraussichtlichen Bevölkerungsrückgang von mind. 3 Prozent (bisher: 5 Prozent) gewährt.
- Die **Zuweisungen an die Bezirke** werden 2024 um 10 Mio. € bzw. 1,4 % auf 716,5 Mio. € erhöht.
- Die Härtefallförderung für den Bau von **Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen** steigt im Jahr 2024 um 15 Mio. € auf 165 Mio. €. Diese Förderung kommt vor allem kleineren Gemeinden im ländlichen Raum zugute.
- Der **Grunderwerbsteuerverbund** verzeichnet 2024 voraussichtlich einen Rückgang um 265,9 Mio. €

(- 30,5 %), beim **Einkommensteuerersatz** wird mit einem Anstieg um 57,1 Mio. € (+ 7,6 %) gerechnet. Es handelt sich dabei um Schätzbeträge auf Basis der Herbst-Steuerschätzung 2023. Die Beteiligung der Kommunen richtet sich nach dem tatsächlichen örtlichen Aufkommen in 2024.

- Der Ansatz für die **Schülerbeförderung** wird 2024 auf 300 Mio. € angepasst. Dieser Ansatz stellt die zugesagte Ausgleichsquote von landesdurchschnittlich mindestens 60 % sicher und deckt zusätzlich vollständig die Mehrkosten aus der zum Schuljahr 2023/2024 in Kraft getretenen Absenkung der Belastungsgrenze für Schülerinnen und Schüler ab der Jahrgangsstufe 11 auf 320 € pro Schülerin/Schüler und pro Schuljahr ab.

Außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs wurde zur **Finanzierung digitaler Verwaltungsleistungen** zudem vereinbart, dass der Freistaat und die Kommunen ab 2024 jeweils die Hälfte der laufenden Kosten für die gemeinsam auszuwählenden kommunalen „BayernPackages“ und die sog. EfA-Leistungen übernehmen. Die Rollout-Kosten trägt der Freistaat. Der kommunale Finanzierungsanteil soll möglichst pauschal erbracht werden. Die näheren Einzelheiten werden eng mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt.

Im Spitzengespräch bestand zudem Einigkeit, dass die **Aufgaben** und **Standards** generell analysiert und auf den Prüfstand gestellt werden müssen sowie eine Strukturdebatte geführt werden muss. Wir werden uns hier aktiv einbringen.

Fazit:

Der kommunale Finanzausgleich 2024 ist ein schmerzhafter Kompromiss in herausfordernden Zeiten. Der Anstieg um 212,8 Mio. € kann die erheblichen Ausgabensteigerungen der Landkreise in nahezu allen Aufgabenbereichen (Soziales, Krankenhäuser, Flüchtlinge etc.) nicht ausgleichen. Es müssen daher zusätzlich die Aufgaben und Standards analysiert und auf den Prüfstand gestellt werden; hierüber bestand im Spitzengespräch Einigkeit. Positiv ist, dass den Landratsämtern in den nächsten fünf Jahren insgesamt 532,5 zusätzliche staatliche Stellen zur Verfügung gestellt werden. Dies ist eine Verbesserung gegenüber den 280 „Bernreiter-Stellen“ (4 Jahre x 70 Stellen), wenn auch keine Dauerlösung des Problems und unterstreicht die Notwendigkeit eines Aufgaben- und Standardabbaus. Der Mittelansatz für die Förderung des kommunalen Hochbaus wird aus staatlichen Haushaltsmitteln um 70 Mio. € bzw. rd. 7 % auf rd. 1,07 Mrd. € aufgestockt.





Gewalt gegen Einsatzkräfte – Prävention, Ansprechpartner und Unterstützungsangebote für Betroffene

Gemeinsame Informationen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, des Landesfeuerwehrverbands Bayern e.V., der kommunalen Spitzenverbände und der Kommunalen Unfallversicherung Bayern

Die Thematik „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ ist insbesondere seit den Geschehnissen in Berlin in der Silvesternacht 2022/2023 wieder verstärkt in den Blickpunkt gerückt. Wenn man die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik ansieht, ist die Situation in Bayern aber bei Weitem nicht mit Berlin vergleichbar – nach wie vor ist im Verhältnis zu den Einsatzzahlen nur ein geringer Anteil von Straftaten gegenüber Einsatzkräften der Feuerwehren zu verzeichnen (laut Polizeilicher Kriminalstatistik im Jahr 2022: 75 erfasste Straftaten zum Nachteil von Feuerwehrdienstleistenden bei rund 260.000 Feuerwehreinsätzen). Aber jeder einzelne verbale oder körperliche Angriff ist absolut unerträglich und inakzeptabel. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass die Feuerwehrmänner und -frauen bestmöglich geschützt und sicher sind, wenn sie in den Einsatz gehen.

Welche präventiven Maßnahmen können Einsatzkräfte ergreifen?

Zunächst gilt es, wachsam zu sein: Wurde schon in der Alarmierung über Gewaltbereitschaft oder besondere Einsatzlagen (z.B. Großveranstaltung) informiert? Sind Personen am Einsatzort alkoholisiert? Sind erste Anzeichen von Gewaltbereitschaft, z.B. aggressive (Körper-)Sprache erkennbar? Droht eine gefährliche Gruppendynamik? In diesen Fällen ist mit besonderer Vorsicht zu agieren. Auch die Umgebung sollte im Blick behalten werden, wo sich Angehörige und Schaulustige befinden.

Durch das eigene Verhalten können Einsatzkräfte Einfluss auf die Situation nehmen. So kann etwa eine klare, verständliche, bestimmte und höfliche Sprache und Körpersprache deeskalierend wirken. Auch sollten die Einsatzkräfte möglichst für Transparenz sorgen und ihre eigenen Maßnahmen und Verhaltensweisen bei Bedarf erklären (z.B. warum muss die Straße gesperrt werden? Wo gibt es eine Umleitung?).

Allerdings kann es unabhängig davon, wie sehr sich die Feuerwehrdienstleistenden bemühen, in Ausnahmesituationen zu Gewalt – verbal, durch Gesten oder gar körperlich – gegen Einsatzkräfte kommen. Der wichtigste Grundsatz ist dabei: Der Eigenschutz geht wie immer vor und ist im Einsatz zu beachten! Im Zweifel sollten sich die Feuerwehrdienstleistenden zurückziehen, die Polizei nachalarmieren und auf diese warten. Ausführliche Informationen bietet die DGUV Information 205-027 „Prävention von und Umgang mit Übergriffen auf Einsatzkräfte der Rettungsdienste und der Feuerwehr“, abrufbar unter

<https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/3321>



Was ist zu tun, wenn es im Einsatz zu einer Beleidigung, Bedrohung oder einem körperlichen Angriff kam?

1. Immer: Meldung an Kommandant (bzw. Einsatzleitung) und Dokumentation

Erste Ansprechperson der betroffenen Einsatzkraft ist der Kommandant bzw. die Kommandantin bzw. die Führungskraft am Einsatzort. Diese sollen Meldungen der betroffenen Einsatzkräfte ernst nehmen und nicht verharmlosen.

Der Vorfall ist zu dokumentieren, z.B. unter Verwendung des Erfassungsbogens der DGUV, abrufbar unter <https://publikationen.dguv.de/media/pdf/71/0d/7c/205-027-Erfassungsbogen.pdf>. Eine zeitnahe und umfassende Dokumentation erleichtert alle eventuell nötigen späteren Schritte, wie die Erstattung einer Strafanzeige. Schon wenige Tage später wissen die Beteiligten vielleicht nicht mehr ganz genau, wie alles abgelaufen ist. Der oder die Betroffene merkt aber unter Umständen erst nach ein paar Tagen Folgeschäden oder entscheidet sich später für eine zivilrechtliche Klage. Dann ist es hilfreich, möglichst bald nach dem Vorfall eine Dokumentation aus der Sicht verschiedener Zeugen angefertigt zu haben.



Wird ärztliche Hilfe nach einem Übergriff benötigt, ist ein Durchgangsarzt aufsuchen. Es besteht die Ver-

pflichtung, Übergriffe mit erkennbaren Verletzungen und Traumatisierungen als Arbeitsunfall im Verbandbuch einzutragen und der KUVB durch eine Unfallanzeige zu melden, wenn sich daraus eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Kalendertagen ergibt (https://kuvb.de/fileadmin/daten/dokumente/RFOE/Service/Unfallanzeigen/Unfallanzeige_AUV_2018.pdf). Diese kümmert sich dann um das weitere Vorgehen des Versicherungsfalles.



2. Immer: Information an die Gemeinde

Der Kommandant bzw. die Kommandantin hat die Gemeinde über den Vorfall zu informieren, die gegenüber ihren Feuerwehrdienstleistenden eine Fürsorgepflicht hat. Vor diesem Hintergrund dürfen die ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleute darauf vertrauen, dass sich die Gemeinde schützend vor sie stellt, wenn sie sich im Einsatzdienst Beleidigung, Bedrohung oder Gewalt ausgesetzt sehen. Die Gemeinde unterstützt den oder die Betroffene bei der strafrechtlichen Anzeigenerstattung, die auch bei vergleichsweise weniger schlimmen Vorfällen konsequent erfolgen sollte, um eine Ahndung zu ermöglichen, eine hohe Dunkelziffer zu vermeiden und ein klares Signal zu senden, dass Übergriffe auf Einsatzkräfte nicht toleriert werden. Überdies sorgen die Gemeinden unter Heranziehung ihrer Rechtsschutzversicherung dafür, dass die Einsatzkräfte einen Kostenschutz für eine etwaige gerichtliche Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche erhalten.

3. Nachbetreuung je nach individuellem Bedarf

Verbale oder körperliche Gewalt zu erleben, wo man doch eigentlich helfen wollte, kann die Betroffenen verunsichern und auch noch einige Zeit nach dem Vorfall belasten. Die zur Fürsorge verpflichtete Gemeinde und der Kommandant bzw. die Kommandantin als direkte Ansprechpartner haben dafür zu sorgen, dass die Einsatzkraft je nach ihrem individuellen Bedarf wirksame Hilfe erhält. Das Gefühl, nicht alleine gelassen zu werden, ist für Betroffene nach einem Gewalterlebnis äußerst wichtig. Manchen hilft es, mit den eigenen Kameradinnen und Kameraden über das Erlebte zu sprechen. Anderen wiederum hilft ein Gespräch mit außenstehenden Dritten besser. In diesem Fall stehen mit dem lokalen Team der Psychosozialen Notfallversorgung für Einsatzkräfte (PSNV-E) vertrauensvolle und professionelle Ansprechpartner zur Verfügung, zu denen Gemeinde bzw. Kommandant den Kontakt vermitteln können.

Treten im Verlauf der nachfolgenden Zeit deutliche Signale einer Verhaltensänderung bei den betroffenen Einsatzkräften auf, ist unter Umständen eine erweiterte therapeutische Maßnahme notwendig. Die Führungskraft motiviert und unterstützt die betroffenen Einsatzkräfte, entsprechende Angebote anzunehmen. Bei Bedarf können sich betroffene Einsatzkräfte an die KUVB wenden und um Unterstützung nach Übergriffen bitten, wie z. B. im Rahmen eines Psychotherapeutenverfahrens.

Bayerischer Landkreistag mit dem Zertifikat in „Bronze“ als Fahrradfreundlicher Arbeitgeber ausgezeichnet

Seit 2017 vergibt der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) die EU-weite Zertifizierung „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“. Nun hat der Bayerische Landkreistag in München das begehrte Siegel in „Bronze“ erhalten.

Sara Tsudome, Projektleiterin beim ADFC-Bundesverband, dazu: „Der Bayerische Landkreistag unterstützt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Fahrrad für den Arbeitsweg nutzen, mit vielen verschiedenen Maßnahmen. Das bringt viele Vorteile: Der Arbeitgeber kann so beim betrieblichen Gesundheits-, Umwelt- und Mobilitätsmanagement punkten.“

fitiert gleich mehrfach. Regelmäßige Bewegung stärkt nachweislich die Gesundheit und hebt die Motivation.

Um mehr Mitarbeitende für das Radfahren zu gewinnen, können eigene Teams bei Kampagnen wie „Stadtradeln“ teilnehmen. Regelmäßige Aktionen wie etwa ein „Radlerfrühstück“, individuelle Streckenberatung oder Betriebsausflüge mit dem Rad bringen Kolleginnen und Kollegen in den Austausch. Wichtig ist natürlich, dass alle ihre Fahrräder sicher, trocken und möglichst ebenerdig abstellen können. Umkleidemöglichkeiten und Duschen werden ebenfalls positiv bewertet. Für eine Zertifizierung wird ebenso honoriert,

wenn es neben Jobtickets für den ÖPNV auch Vergünstigungen für diejenigen gibt, die mit dem Rad pendeln.

Bedeutung für die Mitarbeiter-Gesundheit – und für die Nachhaltigkeit

Unternehmen, die den Radverkehr systematisch fördern und sich zertifizieren lassen, sind Gewinner: Wenn mehr Menschen mit dem Rad zur Arbeit kommen, wird damit Bewegungsmangel vorgebeugt. Wer mit dem Fahrrad zur Arbeit kommt, hat im Schnitt ein Drittel weniger Krankheitstage – und ein niedrigeres Infektionsrisiko. Fahrradfreundliche Maßnahmen tragen zum betrieblichen Umweltmanagement bei und sind ein wesentlicher Bestandteil eines nachhaltigen Mobilitätsmanagements – denn auch die Mobilität der Mitarbeitenden ist Teil der CO₂-Bilanz. Und auch im Wettbewerb um Fachkräfte zählen attraktive Angebote rund ums Radfahren.

Mehr Informationen hier: www.fahrradfreundlicher-arbeitgeber.de



Petra Husemann-Roew, Geschäftsführerin des ADFC Bayern, übergibt dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, das begehrte Zertifikat

Was zeichnet einen fahrradfreundlichen Arbeitgeber aus?

Fahrradfreundliche Arbeitgeber sparen Ressourcen und setzen Finanzen sinnvoll ein: Fahrradparken ist unterm Strich günstiger und benötigt weniger Raum als Pkw-Parkplätze. Wer Beschäftigte aufs Rad bringt, pro-

Das Asyl- und Migrationspaket der EU: Der lange Weg zu einer notwendigen Reform

Von Nicolas Lux, Leiter des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel

Bereits vor über drei Jahren, im September 2020, stellte die EU-Kommission ihren Vorschlag für ein umfassendes Asyl- und Migrationspaket vor, um im Nachgang an das „Jahr der Flüchtlingskrise“ 2015 eine für alle notwendig gewordene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu ermöglichen.

Unmittelbar vor Ende des Jahres 2023 gelang den EU-Institutionen – Rat, EU-Parlament und EU-Kommission – dann tatsächlich eine Einigung auf eine GEAS-Reform. Dies stellt eine politische Entwicklung dar, die einen langen Vorlauf nahm und über viele Jahre hinweg für nicht möglich gehalten wurde, nachdem sich die Mitgliedstaaten im Rat, Parlament und Kommission gegenseitig blockierten. Die verschiedenen Gesetzesvorschläge reichen von einheitlichen Regeln zur Erfassung von irregulär eingereisten Personen und Grenz asylverfahren für Asylsuchende mit sehr geringen Anerkennungschancen bis hin zu Solidaritätsmechanismen, mit denen sich Mitgliedstaaten in Krisensituationen gegenseitig zu unterstützen haben. Erst zu Beginn des Jahres 2023 nahmen Bemühungen zwischen den EU-Institutionen, ernsthaft an einer Verhandlungslösung zu arbeiten, an Fahrt auf. Widerstände mussten dabei nicht nur innerhalb des Parlaments zwischen den einzelnen

politischen Lagern überwunden werden, auch innerhalb des Rates waren einzelne Mitgliedstaaten, allen voran Polen und Ungarn, nicht zu einer Zustimmung zu bewegen. Dennoch konnte unter der spanischen EU-Ratspräsidentschaft schließlich eine Einigung bei den zuletzt noch offenen Punkten in so genannten Trilogverhandlungen erzielt werden: bei den Verordnungen zu Asylverfahren, zum Asyl- und Migrationsmanagement, zum Screening, zu Eurodac, zu Krisensituationen und Situationen höherer Gewalt; und schließlich im Bereich der legalen Migration: bei der Richtlinie zur kombinierten Erlaubnis (siehe tabellarische Übersicht).

Das Europabüro der bayerischen Kommunen (EBBK)

Seit über 30 Jahren erhebt das Europabüro der bayerischen Kommunen die Stimme für die 71 Landkreise, 2.056 Gemeinden und Städte und sieben Bezirke aus Bayern gegenüber den Entscheidungsträgerinnen und -trägern in den EU-Institutionen.

Es bildet zusammen mit den Europabüros der Kommunen aus Baden-Württemberg und Sachsen eine Bürogemeinschaft.



Foto: Youssef Meftah



Tabelle: Die Rechtsakte der GEAS-Reform („Asyl- und Migrationspaket“)

Rechtsakt	Ziele laut vorläufiger politischer Einigung im Trilog
Asylverfahrens-Verordnung (Novelle)	Einführung eines einheitlichen EU-weiten Verfahrens für die Gewährung und Aberkennung von internationalem Schutz. Die Bearbeitung von Asylanträgen soll schneller erfolgen – bis zu sechs Monate für eine erste Entscheidung –, mit kürzeren Fristen für offensichtlich unbegründete oder unzulässige Anträge und an den EU-Grenzen.
Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung	Verordnung enthält verpflichtende Solidaritätsmechanismen für Mitgliedstaaten, die als von Migrationsdruck betroffen anerkannt sind. Andere Mitgliedstaaten können wählen, ob sie Asylbewerber aufnehmen oder finanzielle Beiträge leisten. Einigung beinhaltet auch eine Neufassung von „Dublin“, mit der die Zuständigkeit und Verteilung von Asylanträgen unter den Mitgliedstaaten geregelt werden soll.
Screening-Verordnung	Irregulär ankommende Personen werden einem Screening-Verfahren unterzogen, das die Identifizierung, die Erfassung biometrischer Daten sowie Gesundheits- und Sicherheitskontrollen umfasst und bis zu sieben Tage dauern kann. Die besonderen Bedürfnisse von Kindern sollen berücksichtigt werden. Ferner soll jeder Mitgliedstaat über einen unabhängigen Überwachungsmechanismus verfügen, um die Einhaltung der Grundrechte sicherzustellen.
Eurodac-Verordnung (Novelle)	Bessere Identifizierung irregulär ankommender Personen in der EU, indem Fingerabdrücke durch Gesichtsbilder ergänzt werden, auch bei Kindern ab sechs Jahren. Behörden sollen in der Lage sein, zu erfassen, ob eine Person ein Sicherheitsrisiko darstellt, gewalttätig oder unrechtmäßig bewaffnet ist, wodurch Rückkehr/Rückführungen erleichtert werden sollen.
Krisen und Force-Majeure-Verordnung	Festlegung von Ausnahmeregeln, um auf einen plötzlichen Anstieg irregulärer Ankünfte reagieren zu können. Verordnung legt einen Mechanismus zur Gewährleistung von Solidarität und Maßnahmen zur Unterstützung von betroffenen Mitgliedstaaten fest. Die Regeln betreffen auch die Instrumentalisierung von Migranten, die von Drittstaaten oder feindlichen nichtstaatlichen Akteuren zur Destabilisierung der EU eingesetzt werden, und sehen eine mögliche vorübergehende Abweichung von den normalen Asylverfahren vor.
Richtlinie Kombinierte Erlaubnis	Legale Migration: Einfacherer und schnellerer Prozess für eine kombinierte Erlaubnis für Drittstaatsangehörige und Arbeitgeber
Neuansiedlungs-Verordnung	Angleichung des Resettlements anerkannter Flüchtlinge von außerhalb der EU, etwa aus Flüchtlingslagern
Aufnahme-Richtlinie (Novelle)	Harmonisierung von Bedingungen für die Aufnahme in der Europäischen Union
Anerkennungs-Verordnung (Novelle)	Harmonisierung von Schutzstandards in der EU und Beendigung von Sekundärmigration, um „Asylshopping“ zu verhindern

Originalquelle Übersicht: Stiftung Wissenschaft und Politik (28. September 2023); <https://www.swp-berlin.org/publikation/endspurt-bei-der-reform-des-gemeinsamen-europaeischen-asylsystems>, Anm. d. Verf.: Darstellung aktualisiert, Quelle: EU-Parlament (20. Dezember 2023); <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231214IPR15929/asyl-und-migration-einigung-fur-mehr-solidaritaet-und-geteilte-verantwortung>; <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231214IPR15935/deal-single-permit>



V.l.: Wolfgang Hammer, Sebastian Gruber (Foto: Youssef Meftah)

Auf eine schlagkräftige kommunale Interessensvertretung kommt es an

Wie haben sich die bayerischen Kommunen im Verlauf des EU-Gesetzgebungsprozesses eingebracht und die Interessen der kommunalen Ebene vertreten? Als Teil der Bürogemeinschaft hat das Europabüro der bayerischen Kommunen im Juni 2023 ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht, das eine zügige Verabschiedung des Asyl- und Migrationspakets forderte. Die Kommunen unterstrichen dabei, auch in direkten persönlichen Gesprächen z. B. mit Europaabgeordneten und Kommissionsvertretern, dass sie sich seit Jahren mit Menschen, die vor Krieg und Gewalt flüchten, solidarisch zeigen. Nun erfordere die sich zuspitzende Situation im Angesicht steigender Zahlen an irregulären Einreisen ein Mehr an Solidarität seitens der EU und der Mitgliedstaaten mit den Menschen in den Kommunen. Den Hauptteil der Aufgabenlast bei der Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingssituation auf die kommunale Ebene zu verlegen, sei weder im Sinne der Bürgerinnen und Bürger vor Ort noch im Sinne eines echten Subsidiaritätsprinzips, das in diesem Fall ein entschiedeneres Handeln der EU-Institutionen und der nationalen Regierungen, darunter der deutschen Bundesregierung, erfordere. Vor diesem Hintergrund lud die Bürogemeinschaft am 8. November 2023 in Brüssel zu einem nicht-öffentlichen Fachgespräch ein, bei dem als politischer Vertreter der bayerischen Kommunen Landrat Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau, Dritter Vizepräsident des Bayerischen Landkreistages) teilnahm. Gegenüber Frau Beate Gminder (stellvertretende Generaldirektorin, Migration und Inneres, EU-Kommission) und Herrn Wolfgang Hammer (Leiter Innenpolitik, Ständige Vertretung der Bundesrepublik

Deutschland bei der EU) führte Landrat Gruber aus, dass die Kapazitäten in den Kommunen bzgl. der Erfassung und Unterbringung von Geflüchteten maximal ausgelastet seien. Die teils eingetretene oder wieder möglich erscheinende Belegung von Sporthallen und weiteren öffentlichen Einrichtungen verschärfe den Handlungsdruck vor Ort. Das Asyl- und Migrationspaket solle, auch angesichts der anstehenden Europawahlen, nun schnellstmöglich beschlossen und umgesetzt werden, um den gesellschaftlichen Frieden nicht weiter zu gefährden. Zudem könne es dazu beitragen, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik wieder zu stärken.

Ausblick

Der politische Druck, u. a. auch dank der deutlichen Positionierung der Kommunen aus Bayern, hat schlussendlich zu einer vorläufigen Einigung der EU auf ein Asyl- und Migrationspaket geführt. „Vorläufig“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die vereinbarten Maßnahmen in den nächsten Wochen von den beiden Ko-Gesetzgebern, den Mitgliedstaaten im Rat und dem Parlament, formell verabschiedet werden müssen, bevor sie noch vor den Europawahlen in Kraft treten können. Beobachter rechnen damit, dass dies nun



V.l.n.r.: Nicolas Lux, Sabine Ahlers-Reimann, Marilena Leupold, Sebastian Gruber (Foto: Bernd Buckenhofer)



schnell geschehen wird, jedoch könnten politische Unwägbarkeiten, wie unabsehbare geopolitische Entwicklungen oder politische Prozesse in einzelnen EU-Mitgliedstaaten, den Abschluss des Gesetzgebungsprozesses noch weiterhin beeinflussen. Deshalb gilt es jetzt umso mehr, dass die Verabschiedung des Gesetzespakets zu Beginn des Jahres 2024 unverzüglich und rasch erfolgen muss. Wie effektiv und wie schnell die beschlossenen Maßnahmen zu einer verbesserten Asyl- und Migrationssituation in Bayern und der ganzen EU führen werden, bleibt hingegen abzuwarten. Mit einer wirksamen Umsetzung der Maßnahmen wird erst frühestens in zwei Jahren zu rechnen

sein, weshalb insb. Bund und Freistaat weiter daran arbeiten sollten, in ihrem Wirkungskreis zu handeln und den Kommunen zu helfen. Aufbauend auf einer Forderung aus dem gemeinsamen Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände aus Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen, wonach auch eine EU-weite Harmonisierung von Sozialleistung für Geflüchtete angestrebt werden müsse, um nationalen „Pull-Faktoren“ entgegenzuwirken, sollten Überlegungen dazu auf die politische Tagesordnung in Brüssel (und Berlin) gesetzt werden. Die Landkreise, Städte, Gemeinden und Bezirke sehen hier ebenfalls Handlungsbedarf für eine EU-weite Lösung.

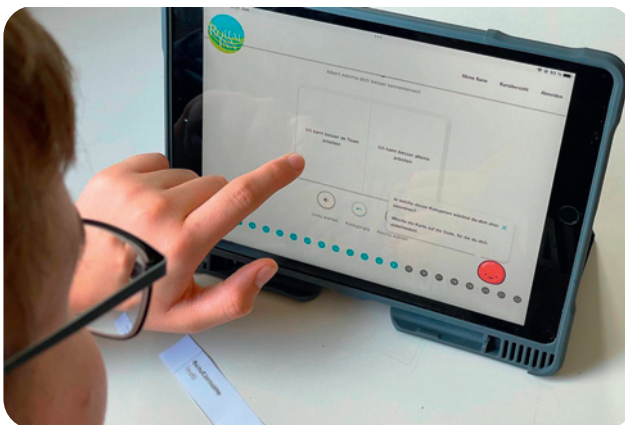
Innovatives Berufsinformationsportal www.berufswahl-rottal-inn.de

Landkreis Rottal-Inn wirbt mit Messe Berufswahl, Berufe Matching und Ausbildungshomepage um die Fachkräfte von morgen

Bereits zum neunten Mal wurde in diesem Jahr die Messe Berufswahl Rottal-Inn im Landkreis Rottal-Inn durchgeführt, genauso lange gibt es auch die zugehörige Website www.berufswahl-rottal-inn.de. Auf dieser finden die Schülerinnen und Schüler im Landkreis Rottal-Inn Unterstützung auf der Suche nach dem richtigen Ausbildungsberuf. Neben einer umfangreichen Datenbank zu den Unternehmen und weiterführenden Schulen im Landkreis sowie deren Ausbildungsangebot gibt es seit dem Frühjahr 2023 ein neues Tool, das Berufe Matching.

Berufe Matching großer Erfolg

Mit dem Berufe Matching ist es möglich Ausbildungsberufe zu finden, die den persönlichen Interessen, Fähigkeiten und Zielen entsprechen. Man gibt einfach seine individuellen Vorlieben und Stärken ein und das Tool präsentiert eine Auswahl an Berufen, die perfekt darauf passen. Es folgen nicht nur detaillierte Informationen zu den einzelnen Berufen, sondern es werden auch Unternehmen im Landkreis vorgeschlagen, die eben jene Berufe ausbilden. Dazu gibt es u. a. auch Unterrichtsmaterialien für die Schulen. Im Vorfeld zur Messe wurde das Berufe Matching besonders oft genutzt. In einem Zeitraum von sechs Wochen rund um den Messetag konnte das neue Tool über 1.800 Matching-Vorgänge zählen. Zu diesem Zeitpunkt schlug das System nicht nur passende Firmen vor, sondern teilte auch die Standnummer am Messetag mit. Diese Neuerung auf der Onlineplattform befürwortet auch Landrat Michael Fahmüller: „Gerade, wenn es darum geht, für sich den richtigen Beruf zu finden, dann ist es wichtig, in sich hinein zu hören, seine Stärken und Schwächen sowie seine Interessen und Vorstellungen zu kennen, um eine erste Eingrenzung vornehmen zu können.“



Schülern der 8. Klassen des Landkreises wurde die Online-Plattform www.berufswahl-rottal-inn.de mit dem Berufe Matching durch das Regionalmanagement im Unterricht vorgestellt.

Erneuter Rekord bei Besuchern und Ausstellern der Messe

2023 konnten die Rekordzahlen der Messe Berufswahl Rottal-Inn nochmals getoppt werden. Über 3.500 Besucher nutzten die Möglichkeit und informierten sich bei den 136 Ausstellern aus diversen Branchen aus der Region über die Angebote zum beruflichen Einstieg im Landkreis Rottal-Inn. Auch der Landkreis selbst präsentierte sich auf der Messe mit Informationsmaterialien und einem Messequiz, um auf die eigenen Ausbildungsangebote aufmerksam zu machen. Parallel dazu lief eine Social-Media-Kampagne rund um das Thema Ausbildung am Landratsamt Rottal-Inn. Die Messe Berufswahl Rottal-Inn wird ebenfalls über die Sozialen Netzwerke, die landkreiseigene Homepage sowie Onlinemedien, Tageszeitungen und durch Straßenbanner beworben.



136 Aussteller präsentierten ihr Ausbildungsangebot 2023 auf der Messe



3.500 Besucher informierten sich am Messetag rund um das Thema Ausbildung im Landkreis Rottal-Inn

Innovationspreis für www.berufswahl-rottal-inn.de

2021 war aufgrund der Corona-Pandemie keine Präsenzveranstaltung möglich, weshalb sich die Organisatoren aus dem Regionalmanagement einen anderen Weg einfallen ließen. Den interessierten Schülerinnen und Schülern aber auch den Unternehmen des Landkreises Rottal-Inn sollte dennoch eine Plattform zum Austausch geboten werden. Kurzerhand wurde eine Onlineversion der Messe Berufswahl Rottal-Inn ins Leben gerufen. Auf der Berufsorientierungsseite www.berufswahl-rottal-inn.de konnten sich die Schülerinnen und Schüler mit Unternehmen und Berufsfachschulen per Videoschaltung austauschen. Dafür

und für das andauernde Angebot unter www.berufswahl-rottal-inn.de wurde der Landkreis Rottal-Inn mit dem Preis für innovative Berufsorientierungsmaßnahmen des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales ausgezeichnet. Die, mit einem Preisgeld von 4.000 € dotierte Auszeichnung wurde durch Arbeitsministerin Ulrike Scharf vergeben. Damit das Angebot der Berufsinformationsseite www.berufswahl-rottal-inn.de stetig interessant bleibt, gibt es be-



Martin Siebenmorgen und Andreas Fischer (beide Kreisentwicklung) präsentieren Landrat Michael Fahmüller den gewonnenen Innovationspreis.



reits eine weitere Neuerung. Ein neu eingeführter Praktikumsblog soll den Schülerinnen und Schülern noch mehr Einblicke in die angebotenen Ausbildungsberufe geben.

Die Messe Berufswahl Rottal-Inn findet 2024 am Samstag, den 28. September von 9 bis 15 Uhr in der Rottgauhalle in Eggenfelden statt und feiert dann ihr bereits 10-jähriges Bestehen. Der Eintritt ist frei.

Mehr Informationen zur Plattform bzw. Messe Berufswahl Rottal-Inn jederzeit unter www.berufswahl-rottal-inn.de. (LRA Rottal-Inn)



Finde Dein Job-Match

MEINE WELT ROTTAL INN

www.Berufswahl-Rottal-Inn.de
Dein Beruf in Deiner Nähe!

- Ausbildungssuche
- Unternehmensprofile
- Berufsfachschulen
- Hochschulen und Universitäten
- Messe Berufswahl Rottal-Inn
- Neu: Berufe-Matching

Gefördert durch:

Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie



Regionalmanagement
Bayern

Fachkräftegewinnung im Gesundheitssektor: Projekte der Gesundheitsregion^{plus} Landkreis Deggendorf

Die Gesundheitsregion^{plus} Landkreis Deggendorf hat in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement Deggendorf eine Reihe von vielfältigen Projekten initiiert, um dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen entgegenzuwirken. Eines dieser Projekte ist die Image-Kampagne „Mit Menschen für Menschen“, die von der Gesundheitsregion^{plus} 2023 ins Leben gerufen wurde.



Image Kampagne „Mit Menschen Für Menschen“

Verschiedenste Einrichtungen aus dem Gesundheitssektor haben sich im Landkreis Deggendorf zusammengetan, um gemeinsam für Gesundheitsberufe zu werben. Die Kampagne lief von August bis Oktober mit dem Ziel, spannende und praxisnahe Einblicke in den Berufsalltag von Gesundheitsfachberufen zu vermitteln und ein positives Image sowie Wertschätzung der Berufsbilder zu schaffen. Um dies zu erreichen, wurden neben Presse-Interviews in der Deggendorfer Zeitung auch kurze Filmbeiträge auf Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram und LinkedIn sowie auf Niederbayern TV ausgestrahlt. In den Videos und Interviews wurden typische Berufsalltage in verschiedenen Gesundheitsberufen, wie zum Beispiel der Pflege, gezeigt. Dabei sollte auch die Besonderheit der jeweiligen Berufe dargestellt werden. Für die Beiträge wurden Fachkräfte aus der regionalen Gesundheitsbranche interviewt und von einem Kamerteam begleitet. Die Ergebnisse der Kampagne waren sehr erfolgreich: Es wurden insgesamt 11 Clips produziert und 13 Presse-Interviews veröffentlicht. Die Landing Page der Kampagne erreichte 8.434 Klicks und insgesamt wurden

263.722 Personen damit erreicht. Darüber hinaus wurden 685.524 Werbeanzeigen ausgespielt.

Weitere Projekte

Im Rahmen der Fachkräftegewinnung wurden neben der Image-Kampagne auch weitere Projekte und Formate umgesetzt.

- **Ausbildungs- und Career Tour:** Mit der Ausbildungstour und der Career-Tour, wird Schülern und Studierenden die Gelegenheit geboten, verschiedene Betriebe im Gesundheitswesen kennenzulernen und Einblicke in Ausbildungsmöglichkeiten und potenziellen Arbeitgebern im Landkreis Deggendorf zu erhalten. Dabei werden Busse organisiert, die die Schüler bzw. Studenten von Einrichtung zu Einrichtung fahren.
- **Azubi-Speed-Dating:** Das „Azubi-Speed-Dating“ ermöglicht Schülern persönliche 1:1 Vorstellungsgespräche mit Vertretern von Gesundheitseinrichtungen. Bei einem „Match“ – also einem Interesse auf beiden Seiten – können Praktika oder Festanstellungen resultieren. Dieses Format wurde auch für die Integration ukrainischer Flüchtlinge in Gesundheitsberufe verwendet. Dabei übernahm das Jobcenter der Agentur für Arbeit die anschließende Vermittlung.





- **Integration ausländischer Fachkräfte:** Die Gesundheitsregionplus organisierte in Kooperation mit der Agentur für Arbeit eine Informationsveranstaltung zur Integration von ausländischen Fachkräften im Gesundheits- und Pflegebereich, um den Einrichtungen in diesem Bereich bei der Integration ausländischer Fachkräfte informell und beratend zu unterstützen.
- **„Azubis aus Burgas“:** Das „Burgas“-Projekt bringt junge Menschen aus Bulgarien mit Betrieben und Einrichtungen aus der Region zusammen. Dabei übernimmt das Regionalmanagement Deggendorf die Organisation des Projekts, das Matching der Azubis mit Unternehmen und die Betreuung der Azubis vor Ort, die zum Beispiel die Bereitstellung von Wohnungen und die Abwicklung aller Formalitäten umfasst.
- **Berufsorientierung Medizinstudium:** Ein jährlicher Berufsorientierungstag „Medizinstudium“ wurde eingeführt, um das Interesse von Schülern an einem Medizinstudium zu wecken und sie über die Tätigkeit als Arzt zu informieren. Zudem können praktische Tätigkeiten wie Blutdruckmessungen ausprobiert werden.



- **Landarztmacher Projekt:** Aktuell läuft auch das Famulatur-Projekt „Die Landarztmacher“ im Landkreis Deggendorf. Medizinstudierende aus ganz Deutschland sollen im Rahmen eines 4-wöchigen Praktikums in den Praxen von Hausärzten und Kliniken die Vorzüge als Landarzt im Landkreis Deggendorf kennenlernen.
- **Netzwerk Betriebliches Gesundheitsmanagement:** Mit den Landkreisen Regen und Freyung-Grafenau wurde ein Netzwerk für betriebliches Gesundheitsmanagement ins Leben gerufen, um Unternehmen beim Aufbau eines regionalen Netzwerks zu unterstützen und ihnen den Austausch über Metho-



den und Strategien des betrieblichen Gesundheitsmanagements zu ermöglichen. Gesundheitsmanagement wird als „Tool“ zur Attraktivitätssteigerung und Mitarbeiterbindung eines Unternehmens verstanden.

- **Pflegeausbildung:** Die Arbeitsgemeinschaft „Generalistische Pflegeausbildung“, bestehend aus Pflegeschulen und Träger der Ausbildung, kümmert sich um die neuen Herausforderungen des neuen Pflegeberufgesetzes und organisiert regelmäßige Kooperationstreffen und Schulungen für Praxisanleiter, um die Ausbildungsqualität in der Pflege sicherzustellen.

Eine Übersicht der Projekte der Gesundheitsregionplus im Bereich „Fachkräftesicherung“ finden Sie auf der Homepage des Landkreis Deggendorfs unter www.landkreis-deggendorf.de im Reiter „Gesundheitsregion^{plus}“.

Ansprechpartner: Rainer Unrecht /
0991 3100 175 /
unrechtr@lra-deg.bayern.de
(LRA Deggendorf)



Die Fachkräfte von morgen – Auszubildende zur Pflegefachkraft aus dem Kosovo und Stipendien für die angehende Ärzteschaft der Region

Der demografische Wandel stellt die Fachkräftesicherung im ländlichen Raum vor große Herausforderungen. Der Landkreis Coburg sowie seine Städte und Gemeinden haben im Rahmen der Daseinsvorsorge ein klares Interesse daran, dass auch zukünftig eine gute Pflegeinfrastruktur vorhanden ist und die ärztliche Versorgung wohnortnah stattfinden kann. Deswegen versuchen die Verantwortlichen, durch neue Ideen und Konzepte dem eklatanten Mangel nachhaltig und frühzeitig entgegenzuwirken.

Modellvorhaben „Fachkräftesicherung in der Pflege durch Zuwanderung und Integration im ländlichen Raum“

Im Coburger Land sind im Pflegebereich viele freie Träger und kleinere Unternehmen aktiv, die ausnahmslos mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen haben. Ein Lösungsansatz ist unter anderem die Anwerbung von Auszubildenden zur Pflegefachkraft aus dem Kosovo.

Dazu wurde im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) und „Land.Zuhause.Zukunft“ der Robert-Bosch-Stiftung ein Konzept erarbeitet. Eine besondere und vor allem aktive Rolle im Planungs- und Umsetzungsprozess nahmen die sieben beteiligten ortsansässigen Träger der Altenhilfe sowie die beiden Berufsfachschulen für Pflege ein. Das Engagement des Landkreises ist nicht nur vor dem Hintergrund seiner Rolle als neutraler Vermittler bedeutsam. Er steuert auch wertvolles Expertenwissen aus dem Fachbereich Senioren sowie der Fachstelle Integration bei.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die ethisch korrekte und sozialverträgliche Auswahl der Auszubildenden sowie deren Vorbereitung durch eine geeignete Partnerorganisation im Ausland. Die nach den Vorstellungen der Träger ausgewählten Auszubildenden nehmen im Kosovo an einer zehnmonatigen Vorbereitungsphase teil. Inhalte sind dabei vor allem Deutschunterricht und Integrationstraining.



Die nächste Generation ist da: Im Sommer hat für weitere Pflegekräfte aus dem Kosovo die Ausbildung im Coburger Land begonnen. Ein Einstandsbesuch im Landratsamt durfte dabei natürlich nicht fehlen.



Fans vom Landkreis Coburg: Kaltrina Kqiraj, Elbunit Brahimi, Mirjeta Recica, Endrit Idrizi, Lirie Osmani, Denis Percuku, Arjeta Hajdari und Amilja Alija (von links) haben als erste Generation aus dem Kosovo eine generalistische Pflegeausbildung im Coburger Land absolviert.

Die Konzentration auf Auszubildende war ein für das Coburger Land neuer Ansatz. Im Austausch mit den beteiligten Trägern wurde klar, dass sich neben der ethisch korrekten Anwerbung vor allem die Bindung an die ländliche Region im nördlichen Oberfranken als schwierig erweist. Nach der Anwerbung von Auszubildenden sollen die drei Jahre der Ausbildungszeit aktiv genutzt werden, damit diese den Ausbildungsträger sowie die Region schätzen lernen. Bei der Anwerbung vor Ort wird bereits darauf geachtet, dass möglichst ein Bezug zur Region vorhanden und den Auszubildenden bewusst ist, dass die Ausbildung im ländlichen Raum stattfinden wird. Wichtig ist: Keine falschen Erwartungen wecken, was den Wohnraum und die neue Lebensumgebung betrifft! Außerdem haben alle Auszubildenden bereits eine medizinische Vorbildung im Kosovo durchlaufen.

Im Zuge des Vorhabens sind von September 2020 bis September 2023 unter Federführung des Landratsamtes Coburg insgesamt 37 Auszubildende aus dem Kosovo in das Coburger Land gekommen. Acht von ihnen haben bereits im Sommer 2023 ihre generalistische Ausbildung erfolgreich beendet und arbeiten jetzt als Pflegefachkräfte in Deutschland.

Landrat Sebastian Straubel zeigte sich bei der Abschlussfeier des ersten Absolventenjahrgangs beeindruckt vom Durchhaltewillen und sagte zu den Auszubildenden aus dem Kosovo: „In jungen Jahren die

Heimat zu verlassen, sich hier bei uns einzuleben, im Ausland die Corona-Pandemie zu meistern unter erschwerten Bedingungen Ihre beruflichen Herausforderungen zu meistern – das haben Sie bravourös geschafft.“

Kooperation statt Konkurrenz – Gemeinsam mehr erreichen

Die Mehrzahl der im Vorhaben vertretenen Wohlfahrtsverbände haben bereits selbst Erfahrungen mit ausländischem Personal sowie der aktiven Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland über verschiedene Agenturen und Programme gesammelt. Ein Großteil dieser Versuche blieb jedoch ohne nachhaltigen Erfolg. Folgende Gründe wurden dafür identifiziert:

- Fehlender Integrationsgedanke, welcher vorsieht, dass die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger während ihrer ersten Zeit in Deutschland engmaschig begleitet und in ihr neues Lebens- und Arbeitsumfeld aktiv integriert werden.
- Mangelnde Erfahrung oder Kenntnisse zur erfolgreichen Integration der neuen Kolleginnen und Kollegen. Diese können zu Konflikten oder Missverständnissen am Arbeitsplatz führen.
- Zu geringe zeitliche und personelle Ressourcen – sowohl für die Koordination der Personalgewinnung aus dem Ausland als auch für die Begleitung nach der Ankunft.
- Viele ausländische Fachkräfte bevorzugen das Leben in einer Großstadt und ziehen urbane Räume dem ländlichen Raum als Lebensort vor.

Der wohl größte Erfolg innerhalb des Projektes war die außerordentlich gute Kooperation und der wachsende Zusammenhalt der Träger der Wohlfahrtsverbände untereinander. Die teilnehmenden Einrichtungen sind als Konkurrenten und Einzelkämpfer gestartet. Durch die Zusammenarbeit leben sie nun eine gemeinsame Mission der Träger für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung in der Region.



Der Staffelstab geht weiter: Kathrin Jouma, Landrat Sebastian Straubel, Nadine Wuttke (alle Landratsamt Coburg), Thomas Schwesinger (ASB-Kreisverband Coburg), Joanna Luczak, Rainer Schreier (beide ASB-Landesverband Coburg-Land) und ASB-Landesgeschäftsführer Jarno Lang bei der Weitergabe des „Kosovo-Projekts“ an den ASB-Landesverband.

Suche nach einer Methode zur nachhaltigen Versteigerung des Modellvorhabens

Im Diskurs mit den Trägern ist von Beginn an deutlich geworden, dass das Problem des Fachkräftemangels nicht durch einen einzigen Anwerbedurchlauf gelöst werden kann. Dieses Modellvorhaben muss langfristig angelegt werden.

Die ursprünglich favorisierte Variante der Genossenschaftsgründung musste aus wirtschaftlichen Gründen verworfen werden. Durch die Bereitschaft des ASB Landesverbandes Bayern, die federführende Rolle zu übernehmen, entstand ein alternatives Konzept. Der Verband war bereits zuvor durch zwei ortsansässige Einrichtungen am Vorhaben beteiligt. So ist es von nun an sogar bayernweit möglich, Auszubildende zu vermitteln. Das wäre unter der Führung des Landratsamtes Coburg nicht möglich gewesen. Wichtig war für das Landratsamt die Bedingung, dass weiterhin alle ortsansässigen Wohlfahrtsverbände Auszubildende anfragen können.

Eine Ausweitung auf die Anwerbung von Fachkräften wird aktuell ebenso überprüft wie eine Ausweitung auf andere Berufszweige wie zum Beispiel Erzieher oder Notfallsanitäter.

Neun Jahre Landkreisstipendien für Studierende der Humanmedizin

Bereits seit dem Wintersemester 2014/2015 bietet der Landkreis Coburg Stipendien für Studierende der Humanmedizin an, die sich für die Fachrichtung Allgemeinmedizin interessieren. Damit hat der Landkreis noch zu Zeiten eines geschlossenen Planungsbereichs, als keine Niederlassungen möglich waren, die Initiative ergriffen und frühzeitig Anreize zur Abmilderung des absehbaren Mangels im Hausarztbereich geschaffen.

Es wurden jährlich bis zu fünf Studierende in das Programm aufgenommen und mit 300 Euro monatlich für bis zu fünf Jahre während des Studiums gefördert. Mit dem Wintersemester 2023/2024 wurde der Förderbetrag auf 500 Euro pro Monat angehoben sowie die Zahl der möglichen Stipendiatinnen und Stipendiaten auf drei heruntersetzt. In den vorausgegangenen Jahren blieben Plätze unbesetzt, sodass durch die Anpassung der Förderhöhe der Anreiz für das sehr spezifische Stipendium wieder gehoben wird.

Um das Coburger Land auch bei Studierenden, die von weiter weg kommen, bekannt zu machen und die Studierenden untereinander sowie mit der regionalen Ärzteschaft und Politik zu vernetzen, finden jährlich mehrtägige Treffen im Coburger Land statt. Neben Kulinarik, kulturellen Angeboten und dem persönlichen Austausch stehen fachliche Einblicke in Klinikum und Praxis auf dem Programm. Der Landrat, Mitglieder des Landtages und Bürgermeister stehen ebenfalls zum Gespräch bereit oder stellen ihre Gemeinden vor. Das fachliche Programm unterstützen Klinikärzte und Niedergerlassene gleichermaßen engagiert.



Beim jährlichen Besuch im Coburger Land gibt es für die Stipendiaten des Landkreises Coburg auch ein Unterhaltungsprogramm



Da die Mediziner Ausbildung bekanntlich erhebliche Zeit beansprucht, ist das Vorhaben auf lange Sicht angelegt. Dr. Christian Pohlig vom Weiterbildungsverbund sagt dazu: „Es ist ähnlich wie in der Forstwirtschaft. Die Setzlinge, die wir pflanzen, brauchen eine gewisse Zeit, bis sie zu Bäumen werden.“ Das Programm kann dennoch bereits handfeste Erfolge vorweisen: Zwei Stipendiaten befinden sich mitten in der Weiterbildung am Klinikum Coburg und zwei weitere folgen im Laufe des Jahres 2024.



Gulmira Stoll (Mitte) war die erste Stipendiatin des Landkreises im Weiterbildungsverbund Allgemeinmedizin Coburg. Weiter, von links: Christian Pohlig, Landrat Sebastian Straubel, Constanze Scheibl und Oliver Gregor vom Hausarztverein Coburg.

Foto: Christoph Winter, Kontor für Kommunikation

Zusätzliches Stipendienprogramm für Studierende der lokalen Medical School Regiomed

Auf diesem Status quo wollte sich der Kreistag nicht ausruhen. Deshalb hat er 2023 beschlossen, auch Studierende der Medical School Regiomed zu unterstützen. Die „Coburger Ärzteschmiede“ bildet seit 2016 in Kooperation mit der Universität Split in Kroatien junge Ärztinnen und Ärzte aus. Nach einer dreijährigen vor-klinischen Zeit im Ausland kommen die Studierenden zu einer dreijährigen klinischen Phase nach Coburg ans Klinikum. Der Praxisbezug wird bei diesem Studienkonzept besonders hervorgehoben.

Die Studierenden werden in einem modernen, umfangreichen Auswahlverfahren unabhängig vom Numerus clausus im persönlichen Auswahlgespräch zum Studium zugelassen. Der private Studiengang des Klinikverbundes, in dem der Landkreis Coburg Gesellschafter ist, kann nicht gratis angeboten werden. Der Freistaat fördert die lokale Mediziner Ausbildung zwar, kommt aber nicht für die Deckung der Gesamtkosten auf.

Seit Oktober 2023 übernimmt der Landkreis Coburg für vier Studierende die Studiengebühr in Höhe von 13.000 Euro pro Jahr. Am 16. September 2023 wurden 30 neue Studierende zum Studium nach Split verabschiedet. Unter ihnen die vier vom Landkreis geförderten Stipendiatinnen und Stipendiaten, von denen zwei bereits im zweiten Studienjahr sind. Sie werden bereits 2025 zurück in Coburg erwartet, um dort mit dem klinischen Teil des Studiums fortzufahren.



Bei einem Besuch der Medical School REGIOMED brachten Landrat Sebastian Straubel und Nadine Wuttke (rechts) die Zusage für vier Vollstipendien an Theresa Weidner (Mitte).

Für Landrat Sebastian Straubel ist die im Coburger Land verwirklichte Mediziner Ausbildung eine Erfolgsgeschichte: „Mit den Absolventen der Medical School Regiomed gestalten wir die medizinische Versorgung in der Region aktiv mit. Mit jedem Absolventenjahrgang können wir und damit unsere Bevölkerung die Früchte unseres gemeinsamen Engagements ernten.“

Im Herbst 2023 wurde inzwischen bereits der zweite Jahrgang der Medical School feierlich in Split und Coburg verabschiedet. 21 junge Ärztinnen und Ärzte erhielten ihre Approbation und 12 von ihnen starten ihre Facharztausbildung im Klinikverbund.

Im Vorjahr haben 17 Studierende das Studium abgeschlossen. 11 von ihnen haben ihre Weiterbildung im Regiomed-Verbund angetreten.

(LRA Coburg)



Auf dem Bild (von links): Landrat Sebastian Straubel, Philip Kler, Alexandra Hilbert, Michael Musick (Geschäftsführer REGIO-MED-Kliniken), Clara Schmailzl, Noah Adamtey Jr., Theresa Weidner (strategische Leitung Medical School REGIOMED) und Professor Dr. Johannes Brachmann (Geschäftsführer Medical School REGIOMED).



Personalmanagement in Zeiten des Wandels – Umsetzung im Landratsamt Aschaffenburg

VUCA Modell, New Work, Transformation, Human Resource Management – diese Schlagwörter sind in aller Munde. Doch was bedeuten sie für eine Behörde? Welche Anforderungen entstehen daraus für ein Landratsamt? Wie geht ein Amt damit um? Kann man damit dem Fachkräftemangel entgegenwirken? Diesen sowie den damit verbundenen anderen Fragen musste sich auch die Behördenleitung des Landratsamtes Aschaffenburg stellen und hat einen Weg gefunden, sich diesen Themen anzunähern und mit ihnen auseinanderzusetzen. In wie weit es erfolgreich sein wird, so das erforderliche Personal zu gewinnen, zu entwickeln und zu halten, wird sich in den kommenden Jahren zeigen, denn es gibt sehr viel Konkurrenz um geeignete Fachkräfte.

und dass heutzutage andere Anforderungen an die Führungskultur gestellt werden. Vieles bedingt sich dabei gegenseitig und ist eng miteinander verzahnt.

Aufgrund dieser Faktoren ergeben sich neue Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Auch das Personalmanagement des Landratsamtes Aschaffenburg muss sich diesem Wandel anpassen und flexibel agieren.

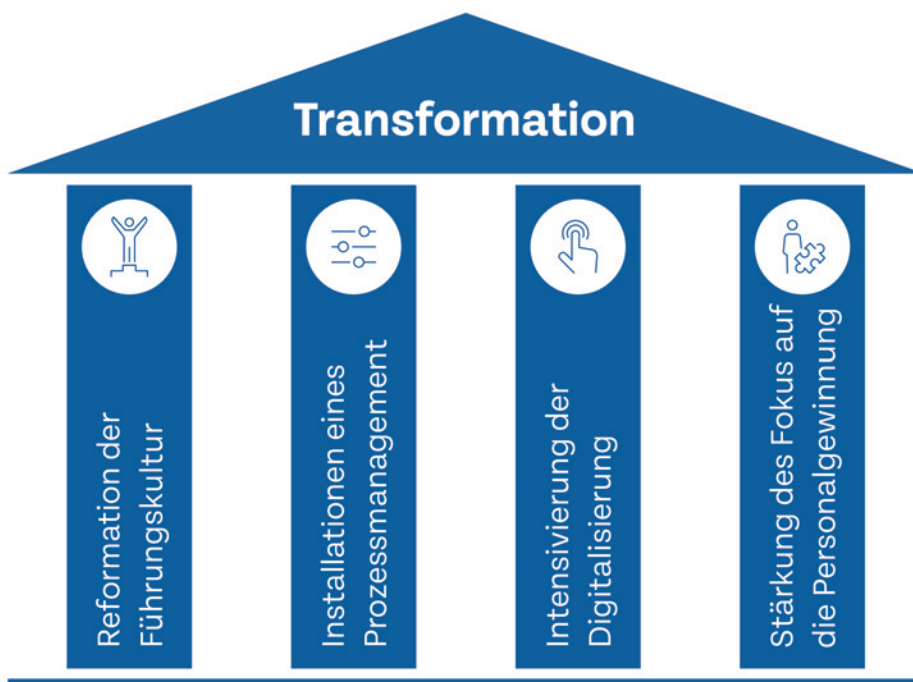
Warum muss sich das Landratsamt hinsichtlich Fachkräftegewinnung neu aufstellen?

Im Landratsamt Aschaffenburg sind rund 750 Mitarbeitende beschäftigt. Hinzu kommen 50 Auszubildende und Studierende. Allein im Jahr 2022 gab es insgesamt

über 100 Stellenausschreibungen, was eine deutliche Steigerung zu den Vorjahren ist. Zudem zeigen die vergangenen Jahre, dass die Zahl der Bewerbungen je Ausschreibung deutlich zurückgegangen ist – in manchen Berufsgruppen bis auf null. Es hat einen Wandel vom Arbeitgebermarkt hin zum Arbeitnehmermarkt stattgefunden, so dass sich zunehmend die Unternehmen um die Beschäftigten bewerben müssen, denen sich eine breite Auswahl an Optionen bietet.

Mitten in dieser Gemengelage kommt hinzu, dass der öffentliche Dienst unattraktiv scheint. Behörden haben noch immer den Ruf verstaubter Amtsstufen,

die wenig digitalisiert seien. Und während schon das Arbeitsumfeld ein derart schlechtes Ansehen genießt, ist es leider Fakt, dass demgegenüber auch noch die Lohngestaltung zu starr ist. Hier kann die freie Wirtschaft deutlich flexibler agieren. Gerade mit Blick auf das Landratsamt Aschaffenburg muss in diesem Rahmen auch die Randlage in der Metropolregion Frankfurt/RheinMain bedacht werden. Oft werden hier deutlich höhere Gehälter gezahlt, die sich im Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes nicht abbilden lassen.



Schlagworte wie VUCA, das die neuen Herausforderungen an eine agile Unternehmensführung beschreibt und das für die englischen Begriffe Unstetigkeit, Unsicherheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit steht, oder New Work, das den Wandel in der Arbeitswelt beschreibt, sind auch für Behörden unumgänglich. Viele Faktoren wie demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Digitalisierung oder Wertewandel verändern die heutige Arbeitswelt. Aber auch, dass immer mehr Aufgaben mit weniger Personal bewältigt werden müssen

Wie kann der Wandel gelingen?

Gelingen kann die Transformation nur, wenn die Amtsleitung dahintersteht und bereit ist, Strukturen grundlegend zu verändern und neue Wege zu gehen. Im Landratsamt Aschaffenburg wurde die Führungskultur reformiert, ein Prozessmanagement installiert sowie der Fokus auf die Digitalisierung und Stärkung der Personalgewinnung gelegt.

In jeder Führungsebene wurde ein Rollenmodell und ein Führungsleitbild erarbeitet, das die verschiedenen Rollen beschreibt, welche die Führungskräfte in ihrer jeweiligen Ebene ausfüllen. Dabei war es einerseits wichtig, dass die Führungsebenen ihre Rollen selbst definieren, um sie schlussendlich dann auch zu akzeptieren und in der Praxis zu leben. Andererseits war es bedeutend, dass die Leitbilder jeder Ebene in einander greifen, damit sie sich in Praxis überhaupt erst erfolgreich leben lassen.

Durch die Einrichtung einer Stabsstelle für Prozessmanagement wird künftig gewährleistet, dass Arbeitsabläufe nicht veralten und festfahren, sondern Strukturveränderungen innerhalb von Fachbereichen regelmäßig stattfinden können und optimal begleitet werden. Dies findet im Zusammenspiel aus dem Austausch mit den Betroffenen und durch einen neutralen Blick von außen statt.

Ähnlich verhält es sich mit der Gründung eines eigenen Fachreferats für Digitales, welches in Zusammenarbeit mit den anderen Fachbereichen Dienstleistungen im Sinne des Onlinezugangsgesetzes umsetzt, aber auch über diese Anforderungen hinaus tätig ist, die Fachbereiche berät und immer in neue Projekte mit einbezogen wird.

Der letzte Baustein der Transformation besteht darin, dass die Personalgewinnung und -entwicklung aus der bisherigen Personalverwaltung gelöst wurde und als eigenes Fachreferat ganz neue Bedeutung und Aufmerksamkeit erhält.

Es wurde ein Marketingkonzept entwickelt, das sich in allen Bereichen wiederfindet. Mit einer eigenen Corporate Identity und dem Corporate Design trägt es dazu bei, eine Arbeitgebermarke zu etablieren und mit Hilfe des Employer Brandings auch das gesamte Arbeitgeberimage des Landratsamtes Aschaffenburg aufzuwerten. Ziel des neu gewonnen Wiedererkennungswertes ist es auch, sich gerade von anderen öffentlichen

Arbeitgebern abzuheben und Anreize zu schaffen, damit Bewerberinnen und Bewerber sich für das Landratsamt Aschaffenburg entscheiden.

Benefits im Landratsamt Aschaffenburg

- um 50 Prozent ermäßigtes Jobticket
- betriebliche Altersvorsorge
- Job-Bike-Leasing
- Mitarbeiterangebote wie u.a.
 - o eigene Betriebs-Kita
 - o flexible Gleitzeit
 - o Möglichkeiten zur mobilen Arbeit und Homeoffice
 - o zugehörige Ausstattung mit dienstlichen Laptops
 - o informative und bewegte Mittagspausen
 - o regelmäßig Eiswagen und Foodtrucks am Amt
 - o Obst- und Gemüseboxen in den Gemeinschaftsküchen
 - o hausinternes Mitarbeiter-Restaurant
 - o Gemeinschaftsveranstaltungen wie Betriebsausflug, Sommer- und Jahresabschlussfest
 - o aktive Betriebssportgemeinschaft
 - o Vorteilsportale mit Rabattcodes für das private Shopping
 - o Willkommenspaket für frisch gebackene Eltern
 - o ausgeprägtes Onboarding-Konzept
 - o interne und externe Weiterbildungsmöglichkeiten (die Kosten übernimmt der Arbeitgeber)
 - o kostenfreie Parkplätze
- Nachwuchsbindung durch u.a.
 - o Kennenlertage für die Auszubildenden und Studierenden vor dem Einstieg in den Arbeitsalltag
 - o gemeinsamer Ausflug mit der Ausbildungsleitung im Landkreis Aschaffenburg für ein Kennenlernen der Außenstellen des Hauses
 - o Freistellung für gemeinsame Lernnachmittage während der Ausbildung freigestellt zur Förderung des Austausches und Aufarbeitung der Lerninhalte



tion mitsamt Give-Aways für die Teilnahme an Berufsmessen oder auch Headhunter eine gute Unterstützung sein – gerade mit Blick auf Fachkräfte in der IT. Immer mit dabei: Flyer mit allen Vorteilen und Annehmlichkeiten, die das Landratsamt Aschaffenburg von anderen abhebt.

Ist das Ziel schon erreicht?

Nein. Ziele, Rahmenbedingungen und Möglichkeiten sind immer im Wandel. Zum Stillstand kommen oder sich in vermeintlicher Sicherheit eines erreichten Ziels zu wägen, ist gefährlich, weil die Konkurrenz um die knappe Ressource Fachkräfte nicht schläft. Ohne die stetige Bereitschaft zur Änderung geht es nicht – weder in Unternehmen, noch in Behörden. Dass die Behördenleitung vollständig dahintersteht, immer wieder bereit ist, auch Grundsätzliches in Frage zu stellen, zu verändern und dafür die finanziellen sowie personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, bleibt unerlässlich.

Inwieweit die genannten Maßnahmen erfolgreich sein werden und erfolgreich bleiben, wird die Zukunft zeigen müssen. Sicher ist nur, sie müssen immer wieder evaluiert werden, um sich inmitten des Wettlaufes um geeignete Fachkräfte durchsetzen zu können.

(LRA Aschaffenburg)

Ein Beitrag hierzu sind auch die verschiedenen Benefits für Beschäftigte, die zusätzlich dabei unterstützen, die Wertschätzung gegenüber dem bestehenden Personal auszudrücken.

Wie macht das Landratsamt Aschaffenburg auf sich aufmerksam?

Es liegt auf der Hand, dass Stellenanzeigen in der lokalen Presse nicht ausreichen, um genügend potentielle Bewerberinnen und Bewerber zu erreichen. Um auch Menschen anzusprechen, die sich im Privaten nach einer Neuorientierung umsehen, sollten auch überörtliche Medien bedient werden – darunter überörtliche Zeitungen, aber auch die jeweils einschlägigen Fachzeitschriften. Und auch mit Blick auf Online-Stellenportale dürfen diejenigen Plattformen, die ganz bestimmte Berufsgruppen ansprechen, oder die Portale von Universitäten und Hochschulen nicht vergessen werden. Auch auf den Social-Media-Kanälen des Landratsamtes werden die Stellenausschreibungen beworben.

Doch auch hier endet der Weg nicht. Beispielsweise können eine sympathische Gruppe und eine attraktive Ausstat-



HAS-connected: Ein digitaler Brückenschlag zwischen Bildung und Beruf im Landkreis Haßberge

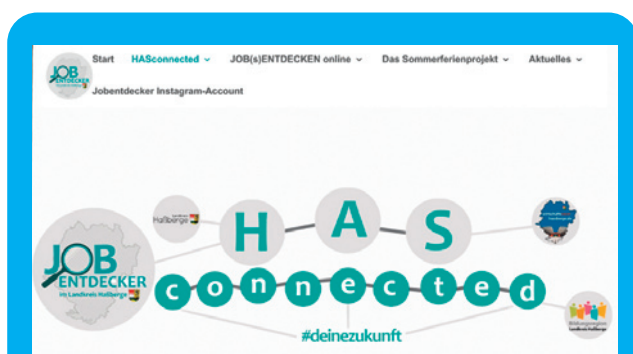
Von Jens Weinkauff (Bildungskordinator Landkreis Haßberge) und Susanne Vodde (Schulrätin)

Der demographische Wandel und der damit verbundene Fachkräftemangel stellen ländliche Regionen vor große Herausforderungen. Im Landkreis Haßberge kommt erschwerend seine geographische Lage hinzu. Denn die drei benachbarten Oberzentren Schweinfurt, Bamberg und Coburg wirken wie ein Sog auf das hiesige Fach- und Arbeitskräftepotenzial, wie der negative Pendlersaldo von 7.000 Beschäftigten zeigt.

Auch junge Menschen verlassen häufig ihre Heimat, um ihre Ausbildung oder ihr Studium in urbanen Gegenden bei namhaften Unternehmen zu absolvieren. Diese Trends verstärken das Problem heimischer Handwerk-, Dienstleistungs- und sogar Industriebetriebe, Auszubildende und Fachkräfte zu gewinnen. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, bedarf es innovativer Lösungen. Junge Menschen sollen deshalb frühzeitig an lokale Unternehmen gebunden werden. HASconnected, die Berufsorientierungsplattform des Landkreises, ist eine solche Lösung, weil sie die unternehmerische und berufliche Vielfalt im Landkreis aufzeigt. Gemäß dem Motto „Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah“ werden die örtlichen Angebote besonders in den Fokus genommen.



Landrat Wilhelm Schneider ist überzeugt: Die Plattform HAS-connected leistet einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung. (Foto: Sybille Thomé)



Hasconnected:

HASconnected ist eine intuitive Online-Plattform, die darauf abzielt, Schüler und Absolventen mit lokalen Unternehmen und Bildungseinrichtungen zu vernetzen. Die Plattform bietet eine umfangreiche Datenbank und eine interaktive Karte, auf der Nutzer einfach und gezielt nach Ausbildungsstellen, Praktika, dualen Studiengängen und Ferienjobs suchen können. (Foto: Jens Weinkauff)

Das digitale Verzeichnis: Vernetzung von Bildung und Beruf

Der Grundgedanke von HASconnected ist einfach, aber wirkungsvoll: Ein digitales Verzeichnis, das sämtliche Ausbildungsmöglichkeiten innerhalb des Landkreises bündelt und abbildet. Von technischen Berufen über kaufmännische Ausbildungen bis hin zu Angeboten für duale Studiengänge – HASconnected stellt sicher, dass Jugendliche einen umfassenden Überblick über ihre lokalen Karrieremöglichkeiten erhalten. Gleichzeitig bietet es ansässigen Unternehmen die Chance, sich als attraktive Arbeitgeber in der Region zu präsentieren. „Diese direkte Vernetzung kann einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses leisten und zur langfristigen wirtschaftlichen Stabilität unserer Region beitragen“, ist Landrat Wilhelm Schneider überzeugt.



Die Unternehmensplattform wird von der Wirtschaftsförderung des Landkreises betrieben. Von den rund 4.000 Betrieben sind bereits mehr als 2.000 Einträge im Wirtschaftsportal (www.wirtschaftsraum-hassberge.de) in einem Branchenverzeichnis dargestellt.

Neben diesem Brancheneintrag bietet sich den Unternehmen darüber hinaus auch eine – ebenfalls kostenfreie – Möglichkeit, ihre Ausbildungs- und Praktikumsstellen, duale Studienangebote, Ferienjobs, alle offenen Stellen, zu veröffentlichen. Diese werden dann nicht nur im Brancheneintrag, sondern in der Job-Datenbank und im GIS-Portal der Wirtschaftsförderung abgebildet, sondern darüber hinaus auch auf der Seite der „Jobentdecker“ und eben HASconnected. HASconnected fungiert somit als eines der digitalen Schauwindower, das die beruflichen Chancen im Landkreis Haßberge aufzeigt und zugleich ein Versprechen an die Jugend der Region darstellt: „Wenn Du es willst, beginnt Deine Zukunft direkt vor der eigenen Haustür. Unser Angebot steht.“

Michael Brehm, Wirtschaftsförderer am Landratsamt Haßberge führt dazu aus: *„Die ursprüngliche Idee für das Wirtschaftsportal mit seinem Branchenverzeichnis ist dem ‚Strategiepapier Wirtschaft‘ aus dem Jahr 2010 entnommen. In diesem LEADER-geförderten Projekt wurde es als eines der wichtigsten Ziele festgelegt, die ansässigen Unternehmen bekannter zu machen und einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen.“*

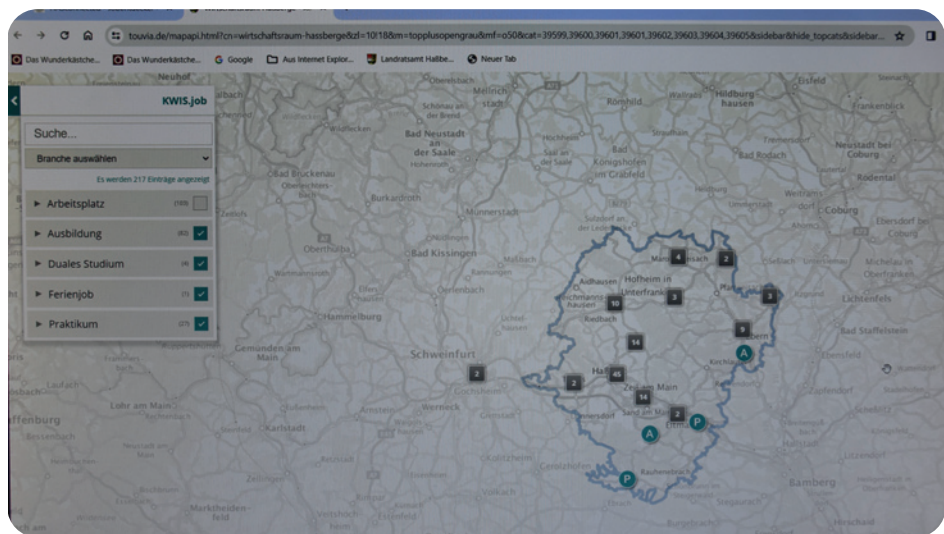
Anstatt jedoch wie üblich ein Internetportal mit leerer (Unternehmens-)Datenbank zu entwickeln, in die sich dann Betriebe hätten eintragen können, entschieden sich die Verantwortlichen dazu, gleich auf vorhandene Daten zurückzugreifen. So wurde das CRM-System „KWIS“ von der GEFAK (Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung mbH) mit Sitz im hessischen Marburg quasi „aufgebohrt“ und die Daten aus der hausinternen Datenbank in das Branchenverzeichnis im Internet überspielt. Selbstverständlich nicht ohne sich vorher die Freigabe der Unternehmen einzuholen. Seit 2011 können die Betriebe „ihren“ Eintrag regelmäßig selbst pflegen, was wiederum

die Datenpflege und -aktualisierung durch die Wirtschaftsförderung vereinfacht. Durch regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit konnte der ursprüngliche Datenbestand von rund 1.100 Betrieben mehr als verdoppelt werden.

Nachdem der erste Schritt von Seiten der Unternehmen und der Wirtschaftsförderung gemacht war, ging es daran, die Angebote den Jobsuchenden, allen voran den Auszubildenden, Fach- und Arbeitskräften von morgen, vorzustellen.

Integration in den Schulalltag: Bildung trifft Praxis

Die Integration von HAS-Connected in den Schulalltag war ein entscheidender Faktor für den Erfolg der Jobbörse. Durch die frühzeitige Beschäftigung mit der Plattform können Schülerinnen und Schüler ihr Wissen über die lokale Arbeitswelt vertiefen und recht frühzeitig, schnell und einfach erste wertvolle Kontakte mit regionalen Arbeitgebern knüpfen. Das Portal fungiert somit als praxisorientiertes Werkzeug zur Vorbereitung auf das Berufsleben und hilft den Schülerinnen und Schülern, ihre beruflichen Interessen und Fähigkeiten zu entdecken und zu festigen. Aus diesem Grund ist der Arbeitskreis Schule-Wirtschaft im Landkreis Haßberge ein wesentlicher Treiber der Plattform und wichtiger Multiplikator für eine starke Beteiligung der heimischen Firmen sowie unserer Schulen. Schulrätin Susanne Vodde erklärt: „Die Plattform liefert allen, die sich im Übergang von der Schule zum Beruf befinden, spannende Informationen und aktuelle Angebote zu Praktika und Ausbildungen. Sie öffnet Türen und ebnet den Weg zu regionalen Arbeitgebern.“

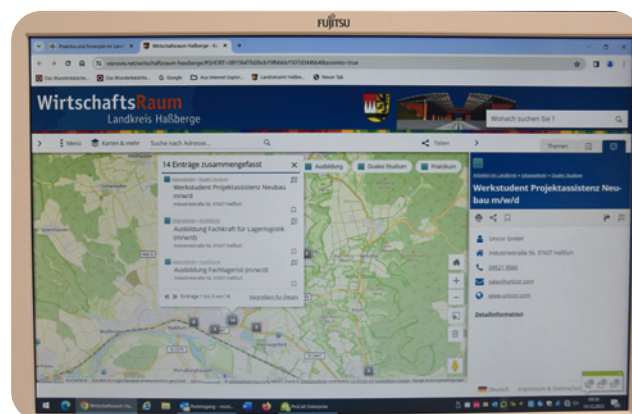


Jugendliche erhalten auf der Plattform HASconnected eine gute Übersicht über die beruflichen Perspektiven in der Heimat. (Foto: Monika Göhr/Pressestelle LRA Haßberge)

Interaktive Elemente und das Projekt 'Jobentdecker'

Weil gerade junge Menschen im ländlichen Raum durch das ÖPNV-Angebot nur eingeschränkt mobil sind, wird vor allem die kartenbasierende Suchfunktion sehr geschätzt. Denn mit ihr wird sprichwörtlich sichtbar, welche Angebote in erreichbarer Entfernung vorhanden sind. Dabei geht es über eine reine Auflistung hinaus. Die Berufsorientierungsplattform bietet interaktive Elemente, wie etwa Berufsorientierungstests, Erfahrungsberichte aktueller Auszubildender und ist eingebettet in das mittlerweile weit über den Landkreis Haßberge bekannte Projekt Jobentdecker. Das von der Bildungskoordination entwickelte Projekt lässt Schülerinnen und Schüler während der Sommerferien Kurzpraktika in ortsansässigen Firmen durchführen und ihre Erfahrungen über Social Media und Blogbeiträge teilen. Dadurch erhalten die Jugendlichen nicht nur Informationen, sondern auch Einblicke in den Berufsalltag, was für die Berufswahl entscheidend sein kann. Das Projekt „Jobentdecker“ verstärkt die Reichweite und Bekanntheit der Plattform HAS-Connected beträchtlich. Durch die dreitägigen Mini-Praktikas, in denen die Jugendlichen verschiedene Berufsbilder erkunden, wird die Plattform zu einem lebendigen Teil der beruflichen Orientierung und erleichtert den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

HASconnected in Verbindung mit dem Jobentdeckerprojekt bietet den Schülerinnen und Schülern des Landkreises eine einfache Möglichkeit, sich Informationen über Berufsbilder, über Firmen und deren Kultur zu besorgen. Dass diese Infos direkt von Angehörigen ihrer Peergroup stammen, erhöht die Glaubwürdigkeit immens. Die Beiträge der Jobentdecker adressieren die Probleme, Fragen und Interessen der Jugendlichen viel besser, als es ein Imagefilm je könnte. Es wird ein realistisches Bild der Anforderungen und der täglichen Abläufe in den Betrieben gezeigt und hilft bei der Berufswahl.



Karriere – made in Haßberge: Stets dieselbe Datengrundlage: das KWIS.web-Modul der Wirtschaftsförderung des Landkreises. (Foto: Monika Göhr/Pressestelle LRA Haßberge)

Einfache und nutzerzentrierte Plattformgestaltung

Die Funktionsweise der Plattform ist stark nutzerzentriert und einfach gehalten. Jugendliche können über eine interaktive Karte oder Datenbank spezifisch nach Angeboten suchen, die ihren Interessen entsprechen. Durch Klick auf die Karte finden sie Angebote von Firmen und Bildungseinrichtungen innerhalb des Landkreises. Filterfunktionen vereinfachen die Suche.

Neben den Mehrwert, interessante Unternehmen quasi vor der Haustür zu finden, lernen die Jugendlichen ihren Landkreis näher kennen und können sich schon vor der Kontaktaufnahme mit den Unternehmen darüber Gedanken machen, ob und wie sie die potentielle Ausbildungsstelle erreichen können. HASconnected ist damit ein effektives Instrument zur Förderung der beruflichen Orientierung und zur Unterstützung der regionalen Entwicklung im Landkreis Haßberge.

HASconnected ist nicht nur eine Berufsorientierungsplattform, es ist ein Versprechen an die nächste Generation, dass ihre berufliche Zukunft direkt vor der Haustür beginnen kann. Die Bildungsregion des Landratsamts Haßberge lädt alle Unternehmen und Bildungseinrichtungen ein, sich zu registrieren und gemeinsam die Zukunft des Landkreises zu gestalten. Weitere Informationen unter www.jobentdecker.hassberge.de/hasconnected oder direkt über die Bildungsregion des Landkreises Haßberge.

Ausbildung und Fachkräftesicherung im Landkreis Ansbach

Fachkräfte zu finden und zu binden, wird wesentlich zum Erfolg einer Region beitragen. Im Landkreis Ansbach stehen zwei Initiativen sinnbildlich für die Bemühungen in diesem Bereich. Zum einen sind in der digitalen Ausbildungsdatenbank über 750 Ausbildungs- und Praktikumsplätze sowie Plätze im Dualen Studium von über 300 Unternehmen der Region zusammengetragen. Und zum anderen wird auch die berufliche Integration von Migranten vorangetrieben.

Mit Ausbildung gegen den Fachkräftemangel

„In der fundierten Ausbildung liegt eine wesentliche Möglichkeit, dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken“, sagt Thomas Merkel, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft am Landratsamt Ansbach. Die richtige Berufswahl sei ein wesentlicher Grundstein für die Zukunft junger Menschen.

Daher besuchen Merkel und sein Team nicht nur drei Ausbildungsmessen pro Jahr, bei denen Schülerinnen und Schüler der Vorabschlussklassen an einem zentra-



Machen sich stark für die berufliche Integration von Migranten mit medizinischen Berufen: Christina Löhner von der „Gesundheitsregion plus“ Landkreis Ansbach und Stadt Ansbach sowie Reinhold Reinke, Leiter des Jobcenters am Landratsamt Ansbach. (Foto: LRA Ansbach/Fabian Hähnlein)

len Ort Ausbildungsbetriebe mit ihren Angeboten besuchen können, sondern bieten mit dem Ausbildungskompass auch ein Printprodukt an, das in einer Auflage von 5.000 Exemplaren gedruckt und an alle Schulen verteilt wird. Dabei besonders im Blick sind die Vorentlassklassen, damit die Schülerinnen und Schüler ihren Berufswunsch nach Möglichkeit rechtzeitig in einem Praktikum ausprobieren können.

Starke Ausbildungsdatenbank

Um darüber hinaus ganzjährig online eine bessere Übersicht über die Angebote im Landkreis Ansbach zu geben, wurden in der Ausbildungsdatenbank Ausbildungs- und Praktikumsplätze sowie Plätze im Dualen Studium zusammengetragen. Neben der Suche nach einzelnen Berufen und Praktika ist es auch möglich, einen Ort auszuwählen und dann einen bestimmten Umkreis einzugeben. „Dies ist besonders im ländlichen Raum mit teils recht weiten Wegen eine interessante Suchfunktion, da die Jugendlichen häufig nicht so mobil sind und Angebote in der Nähe ihres Heimortes benötigen“, berichtet Laura Salvatori-Wächtler von der Wirtschaftsförderung. Als Resultate der Suche werden die Unternehmen mit den richtigen Ansprechpartnern angezeigt. Die Schülerinnen und Schüler können sich so immer an die richtigen Personen in den Unternehmen wenden. „Die Ausbildungsdatenbank ist eine unserer meist aufgerufenen Internetseiten, was die Aktualität des Themas unterstreicht“, so Thomas Merkel.

Förderung der Potenziale von Zugewanderten

Ein noch recht junges Projekt ist die Anerkennung ausländischer akademischer Heilberufe. Hier arbeiten die „Gesundheitsregion plus“ Landkreis Ansbach und Stadt Ansbach sowie das Jobcenter am Landratsamt Ansbach zusammen. Sie richten sich gezielt an zugewanderte Human- und Tiermediziner, Zahnärzte, Apotheker und Psychotherapeuten, die in ihrem Heimatland einen entsprechenden Berufsabschluss erworben, die notwendigen Praxisphasen abgeleistet haben und damit im Heimatland in dem Beruf arbeiten durften. Ziel ist es, bei der Anerkennung dieser akademischen Berufe, bei denen es auch im Landkreis Ansbach bereits Mangelercheinungen gibt, Hilfestellung

zu leisten. „Wir möchten ein Netzwerk aufbauen. Zwei Informationsveranstaltungen haben bereits stattgefunden und waren sehr gut besucht. Es engagieren sich beispielsweise auch Ärzte im Ruhestand, die ihren Kollegen hier eine Art Starthilfe geben möchten“, berichtet Christina Löhner von der „Gesundheitsregion plus“ und Reinhold Reinke vom Jobcenter am Landratsamt Ansbach.

Hintergründe

Initiiert wurde das Projekt von Dr. Gerd-Rüdiger Franke, Arzt im Ruhestand, der sich sehr für eine rasche berufliche Integration von geflüchteten Menschen mit medizinischen Berufen einsetzt und die Projektidee an die „Gesundheitsregion plus“ herangetragen hat. „In unserer Region gibt es einen großen Bedarf an Fachkräften im medizinischen Bereich, hier liegt viel Potential verborgen“, so Dr. Franke. Den Migranten soll bei den verschiedenen Veranstaltungen verdeutlicht werden, welche Berufsmöglichkeiten es in der Region Ansbach gibt und gleichzeitig werden „Patenschaften“ vermittelt, die bei Fragestellungen und Problemen Unterstützung bieten. Das Netzwerk wird neben der Gesundheitsregion, den Jobcentern sowie der Agentur für Arbeit auch von den Kliniken, niedergelassenen Ärzten und den Helferkreisen in der Flüchtlingsarbeit unterstützt und kann auf ein breites Knowhow zurückgreifen. Für das Jahr 2024 sind weitere Veranstaltungen geplant. Im nächsten Schritt werden auch Migranten eingeladen, die in ihrem Herkunftsland eine pflegerische Ausbildung absolviert oder zum Beispiel in einer Arztpraxis gearbeitet haben.

Informationen zu Ausbildungsmöglichkeiten im Landkreis Ansbach sind zu finden unter www.ausbildung-landkreis-ansbach.de

Die Ausbildungsdatenbank ist zu finden unter <https://services.wifo-landkreis-ansbach.de/Datenbanken/Ausbildungsdatenbank.html>.

(LRA Ansbach)



Bunt und vielfältig sind die Ausbildungsmöglichkeiten im Landkreis Ansbach. (Foto: AdobeStock/Carolin)

Fachkräfte ausbilden, gewinnen oder binden: Der Wirtschaftskreis zu Gast in Roßtal im Landkreis Fürth

Die Transformation der Arbeitswelt stellt Unternehmen vor große Herausforderungen. Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften ist hoch, aber das Angebot knapp. Wie können Unternehmen die jungen Generationen für sich begeistern und bestehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig halten? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Wirtschaftskreises, der in der Kernmühle in Roßtal stattfand. Der Wirtschaftskreis ist eine Veranstaltungsreihe, die vom Landratsamt Fürth in Kooperation mit der IHK Nürnberg für Mittelfranken organisiert wird. Ziel ist es, den Austausch zwischen

den Unternehmen in der Region zu fördern und ihnen Impulse für die Bewältigung aktueller Herausforderungen zu geben.

Rückgang der Erwerbstätigen

Die Begrüßung übernahm in der Kernmühle Landrat Matthias Dießl, der die Bedeutung des Themas Fachkräftesicherung betonte. Er wies darauf hin, dass Unternehmen neue Wege gehen müssten, um auf dem Arbeitsmarkt bei der Gewinnung und Bindung von



Fachkräften zu punkten. „Der Fachkräftemangel ist keine hohle Phrase mehr, jeder Betrieb spürt ihn heute“, sagte der Landrat. Momentan gehen nach seinen Worten doppelt so viele Menschen in den Ruhestand wie neue Arbeitskräfte dazu kommen. In der Spitze würden es sogar fast dreimal so viele sein. Wie die Unternehmen damit umgehen sollten, war ein wichtiges Thema des Abends.

„Eine E-Mail am Sonntag zu beantworten ist für mich kein großes Thema, aber das Kind morgens um 7 Uhr in die Kita zu bringen, wenn ich da schon am Arbeitsplatz sein soll, dagegen schon“, nannte Schweizer ein Beispiel wie junge Menschen heute denken.

Drei Workshops

Nach dem Impulsvortrag konnten die Teilnehmer an einem von drei Workshops teilnehmen, die verschiedene Aspekte des Themas vertieften. Der erste Workshop beschäftigte sich mit dem Ausbildungsmarketing und zeigte, wie die Unternehmen ihre Ausbildungsangebote neu denken und gestalten können, um die passenden Bewerber zu finden.

Der zweite Workshop ging auf die Erwartungen der Generation Z an das Berufsleben ein und gab Anregungen, wie die Unternehmen diese Generation verstehen und für sich gewinnen können. Der dritte Workshop präsentierte Beispiele für funktionierende Mitarbeiterbindung und erklärte, wie die Unternehmen die Potenziale in ihrem Unternehmen aktivieren und die Mitarbeiter langfristig an sich binden können.

Der Wirtschaftskreis endete mit einem Get-together und einem Imbiss, bei dem die Teilnehmer die Möglichkeit hatten, sich weiter auszutauschen und zu vernetzen. Die Resonanz war durchweg positiv und viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer äußerten sich sehr positiv über die Qualität und Relevanz der Veranstaltung. *(LRA Fürth)*



Impulsvortrag: Die Generationen im Überblick

Der Impulsvortrag kam von Carolin Schweizer, Referentin für Fachkräftesicherung bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken. Sie erläuterte die Anforderungen und Herausforderungen bei der Fachkräftegewinnung und -bindung und gab Tipps, wie die Unternehmen die verschiedenen Generationen ansprechen und motivieren können.

Dabei ging sie auch auf die Unterschiede zwischen den Generationen X, Y und Z ein, die sich in ihren Werten, Erwartungen und Bedürfnissen unterscheiden. Sie machte deutlich, dass die heutige Generation Z vor allem nach sinnvollen Aufgaben, Flexibilität und Selbstverwirklichung sucht und dass Unternehmen darauf eingehen müssen, um attraktiv zu sein.



Fachkräftekampagne „JOBjungle“ im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim

Berufliche Vielfalt erleben und Zukunft gestalten

In einer Welt voller beruflicher Möglichkeiten und Herausforderungen startete im November 2023 die Fachkräftekampagne „JOBjungle“ im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim. Diese zielt darauf ab, die vielfältigen Berufe in der Region vorzustellen, um Jugendlichen bei der beruflichen Entscheidungsfindung zu helfen und Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung zu unterstützen.



JobChecker Christian Krämer mit Markus Eysselein bei Adidas in Uffenheim im Lager

Die Suche nach der persönlichen „Base“

Die Suche nach dem richtigen beruflichen Weg ist für Jugendliche und auch Erwachsene oft mit Unsicherheiten und vielen Fragen verbunden. Welche Ausbildungen und Studiengänge gibt es, und welcher Beruf passt zu meinen Interessen und Fähigkeiten? Bei etwa 330 Ausbildungsberufen in Bayern und zahlreichen Studiemöglichkeiten ist die Auswahl nicht einfach. Die Frage nach der beruflichen Entwicklung und dem idealen Lebensort ist dabei von zentraler Bedeutung.

Der Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim stellt sich der Herausforderung der Fachkräftesicherung in einer sich wandelnden Arbeitswelt. Ziele umfassen die Steigerung der Attraktivität des Landkreises, Stärkung regionaler Ausbildungsangebote, Förderung von Weiterbildungen sowie das Vorantreiben von Innovation und Digitalisierung. Maßnahmen wie verstärkte Kooperationen zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen, Berufsinformationen an Schulen, Aufbau regionaler Netzwerke und die Förderung von Start-Ups sollen die nachhaltige Sicherung des Fachkräftebedarfs gewährleisten. Die Fachkräftesicherung ist eine gemeinsame Aufgabe, die auf die Zusammenarbeit von Unternehmen, Bildungseinrichtungen und der Bevölkerung setzt, um die Zukunft des Landkreises erfolgreich zu gestalten

Das „JOBjungle“-Projekt im Überblick

Das Projekt JOBjungle geht über die herkömmliche Berufsinformation hinaus, indem in Kurzfilmen vier „Job-Checker“ durch die berufliche Vielfalt der Region führen. Sie testen immer an einem Tag einen Beruf und werden hierbei von einem Kamerteam begleitet. Durch diese Videos können Jugendliche einen authentischen Einblick in unterschiedliche Tätigkeiten und Branchen der Region erhalten. Über Social Media und YouTube werden die Kurzfilme verbreitet und auf der Webseite „Frankens Mehrregion“ präsentiert.

Ziele der Kampagne: Entdecke die Jobvielfalt in Frankens Mehrregion

Mit Hilfe der Kampagne möchte das Regionalmanagement des Landkreises jungen Menschen einen interessanten Einblick in die Berufswelt und einen Wegweiser an die Hand geben und sie damit motivieren, ihre berufliche Laufbahn im Landkreis zu starten. Wie aus dem Slogan zu entnehmen ist, „Mehr Leidenschaft, Mehr Vielfalt, Mehr Lebensqualität“, stehen nicht nur die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten im Fokus, sondern auch die Stärkung der Wirtschaft in der Region: Die Kampagne präsentiert potenzielle Arbeitge-



JobChecker Julian Beck mit Steffen Sandner in der Frankenklinik in Bad Windsheim

ber vor Ort, unterstützt damit regionale Betriebe bei der Fachkräftegewinnung und fördert eine nachhaltige Entwicklung im Landkreis. Neben der Fachkräftegewinnung soll auch eine starke Gemeinschaft geschaffen werden, die stolz auf ihre regionalen Wurzeln ist.

Aktueller Stand und Zukunftsperspektiven:

Bislang wurden sieben Videos gedreht, die Kampagne geht noch bis September 2025. Die Berufe Physiotherapeut, Optiker, PTA, Land- und Baumaschinenmechaniker sowie die Fachkraft für Lagerlogistik wurden bereits veröffentlicht. Der Fokus liegt nun auf dem Rekrutieren weiterer Betriebe im Landkreis und der verstärkten Öffentlichkeitsarbeit. Die Erfolgsmessung der Kampagne ist für die Jahre 2024 und 2025 geplant. Das Regionalmanagement plant auch, die Unterstützung der Unternehmen im Bereich der Fachkräftegewinnung weiter auszubauen.



JobChecker Ramon Nicol bei der Firma Wolz. Ein Tag Mechaniker für Land- und Baumaschinen



JobCheckerin Anna-Lena Bauer mit Hannes Behringer bei den Brillenmachern in Neustadt an der Aisch

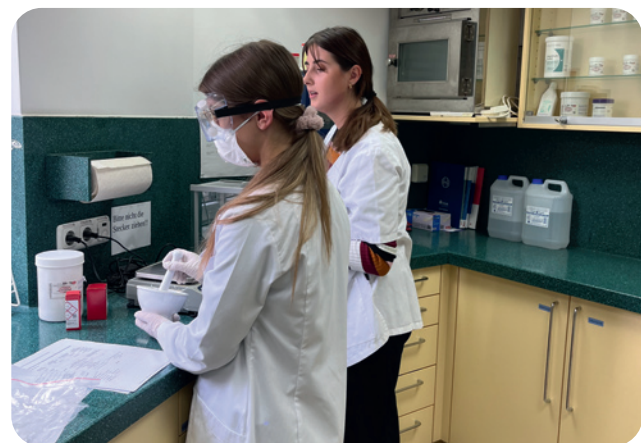
Die Webseite als Informationszentrum:

Unter www.frankens-mehrregion.de finden Interessierte nicht nur die Videos der „JOBjungle“-Kampagne, sondern auch weiterführende Informationen wie ein JOBTagebuch sowie Tipps rund um das Thema Ausbildung und Bewerbung.

Fazit: Gemeinsam in die berufliche Zukunft

„JOBjungle“ im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim ist mehr als eine einfache Karriereplattform. Es ist eine Reise durch die berufliche Vielfalt im Landkreis, eine Unterstützung für die Jugendlichen auf ihrem Weg und ein Motor für die Stärkung der Wirtschaft für eine zukunftsfähige und lebendige Gemeinschaft.

(Regionalmanagement, Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim; Fotos: Leonie Kaden)



JobCheckerin Anna-Lena mit Selina Rienecker in der Stadt Apotheke in Scheinfeld

AZUBI-Messen, Auszubildende aus Drittstaaten und Familien-Qualitätssiegel

Personal- und Fachkräftesicherung für Landkreis und Landratsamt Cham

Der Landkreis Cham bietet einen innovativen Wirtschaftsraum in einem lebenswerten Umfeld. Das ist das Erfolgsrezept, mit dem sich die Region in den vergangenen Jahrzehnten stetig vorwärtsentwickelt hat. Nicht zu vergessen ist die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Entwicklungen und anderen Regionen. Somit liegt der Landkreis Cham nicht nur geographisch, sondern auch in seinem gelebten Selbstverständnis in der Mitte Europas. Dennoch ist auch der Landkreis Cham zunehmend mit Herausforderungen im Hinblick auf die demografische Entwicklung, Digitalisierung sowie den Wandel der Arbeitswelt konfrontiert. „Bei diesen zentralen Themen für die Zukunftsfähigkeit einer Region müssen vielfältige parallele Maßnahmen ineinandergreifen“, ist der Chamer Landrat und Bezirkstagspräsident der Oberpfalz, Franz Löffler, überzeugt. „Eine der wichtigsten ist und bleibt aber die Ausbildung!“

Ausbildungsförderung seit 30 Jahren

Es ist nicht leicht, sich einen Überblick zu verschaffen und die Weichen für die berufliche Zukunft zu stellen. Deshalb begleitet der Landkreis Cham seit nun 30 Jahren – bereits seit 1993 – junge Menschen auf ihrem Weg von der Schule in das Berufsleben. Schulabsolventen in der Region sollen „Beste Aussichten“ für die eigene berufliche Zukunft haben und diese finden sie immer öfter im Landkreis.

In mehreren Messen an wechselnden Orten im Landkreis finden die Schülerinnen und Schüler, aber auch deren Eltern jedes Jahr ein breites Informationsangebot. Bei der AZUBI-Messe haben sich heuer über 1.400 Besucher über die dualen Ausbildungsmöglichkeiten informiert. Beim Ausbildungstag im Rahmen der Cham-

„Es ist unser gemeinsamer Erfolg, dass die Anzahl der (Berufs-) Einpendler in den Landkreis höher ist als die der Auspendler“, so der Chamer Landrat Franz Löffler, war dies doch in früheren Jahren ganz anders.



Egal ob Hightech oder klassisches Handwerk – Die breite Palette der Ausbildungsmöglichkeiten machen die Messen des Landkreises interessant.

landschau (der besucherstärksten Verbrauchermesse Ostbayerns in Cham) oder der Messe für soziale Berufe, Cham sozial, kamen die regionalen Firmen ebenso mit den Ausbildungssuchenden ins Gespräch, wie bei der Studienwahlmesse Academicus (jährlich im Wechsel zwischen Cham und Oberviechtach). Digital unterstützt wird das Informationsangebot durch das Ausbildungsportal des Landkreises. Die vielen, meist familiengeführten Unternehmen im Landkreis bieten jedem die Möglichkeit, seine Wunschausbildung zu finden.



Dies belegen auch die Zahlen: Im Landkreis Cham treffen derzeit 600 Bewerber auf 2.000 Ausbildungsstellen. Und auch in diesem Jahr gab es einen deutlichen Anstieg der angebotenen Stellen (plus 14 Prozent). Zeitgleich nahm aber auch die Anzahl der Bewerber zu: 7 Prozent mehr Bewerber für Ausbildungsstellen im Landkreis Cham als noch im Ausbildungsjahr 2022/23.

Auszubildende aus Drittstaaten

Diese Zahlen zeigen, dass die Betriebe aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland ihr Augenmerk zunehmend auch auf Länder außerhalb der EU richten müssen. Und auch hier ist der Landkreis Cham wieder zuverlässiger Partner. Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit Schwandorf unterstützt der Landkreis Projekte mit Drittstaaten. Diese machen im Landkreis eine Ausbildung etwa als Elektroniker, Koch, Hotelfachfrau oder -mann oder Pflegefachhelfer. Eine solche Ausbildung fern von der Heimat und den Familien zu beginnen, ist eine Herausforderung. Die Integration ist dabei eine wichtige Aufgabe für alle Beteiligten. „Es ist entscheidend, den jungen Menschen beruflich und privat alle Möglichkeiten zu bieten“, so Löffler. Aber auch der Kontakt zur Heimat dürfe nie verloren gehen.

Als Arbeitgeber Wandel begegnen

Neben diesen Themen für den gesamten Landkreis muss der Landkreis auch in seiner Rolle als Arbeitgeber reagieren. Denn auch beim Landratsamt gilt: Stellen können nicht mehr problemlos besetzt werden, jüngere Kolleginnen und Kollegen wollen nicht führen und die Fluktuation steigt. Teilzeitarbeitswünsche passen oft nicht mit dem Ausstieg von Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitsleben und der Verdichtung des Arbeitspensums zusammen. Dies sind nur einige Symptome eines Wandels der Arbeitswelt, der auch den Landkreis Cham erfasst. Wie gelingt dem Landratsamt Cham der Wandel schnell genug, um sich den veränderten Bedingungen anzupassen und weiterhin als moderner Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger eine hochwertige Service- und Beratungsqualität garantieren zu können? Diese Frage hat sich der Landkreis gestellt und entschieden, strategische Managementinstrumente zur Optimierung unserer familienbewussten Personalpolitik zu entwickeln und einzuführen, die Mitarbeiterzufriedenheit zu erhöhen, Personal an uns zu binden und die Wahrnehmung des Landratsamtes Cham als attraktiven Arbeitgeber zu stärken.

Hochwertige Servicequalität weiter im Mittelpunkt

„Wir schärfen das Bewusstsein für Familienaufgaben, achten dabei aber auch auf Geben und Nehmen“, erläutert Löffler die Ziele. An oberster Stelle werde der eigene Auftrag als moderner Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger stehen, um weiterhin eine hochwertige Service- und Beratungsqualität zu garantieren, sagt der Chamer Landrat. „Trotz erhöhter Arbeitszeitflexibilität und Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben für alle Mitarbeitenden sind uns optimale Betriebsabläufe bei gleichzeitiger Kundenfreundlichkeit wichtig.“

Zertifikat „berufundfamilie“

Am 13. Juni 2023 ist der Landkreis Cham für seine Leistungen bei der betrieblichen Vereinbarkeitspolitik bereits von Bundesfamilienministerin Lisa Paus mit dem Zertifikat „berufundfamilie“ ausgezeichnet worden. Besonders wurde die Verbesserung familiengerechter Arbeitsbedingungen gewürdigt. Bei einer Feierstunde in Berlin nahm die Geschäftsleiterin des Landratsamts, Patricia Stoiber, die Urkunde mit der Auszeichnung entgegen.

Die Palette der Angebote für die Belegschaft des Landkreises reicht von Angeboten zur Gesundheitsförde-



Begrüßen die Auszeichnung des Landkreises mit dem Zertifikat „berufundfamilie“ als sehr erfreuliches Signal: (v.l.) Landrat Franz Löffler, die Gleichstellungsbeauftragte Tanja Schmidbauer sowie die Geschäftsleiterin des Landratsamts Patricia Stoiber und Personalchefin Birgit Besold.

rung wie bewegten Pausen, der Veranstaltung von Gesundheitstagen und ergonomischen Arbeitsplätzen bis zu einer betriebseigenen Kindertagesbetreuung, Maßnahmen zur strukturierten Führungskräfteentwicklung, flexiblen Arbeitszeitmodellen und der Einführung von alternierendem Homeoffice im Rahmen einer Dienstvereinbarung und entsprechender Technikausstattung. Vorausgegangen ist der Auszeichnung ein mehrmonatiger, strukturierter Auditierungsprozess, in dem der Status quo der bereits angebotenen familien- und lebensphasenbewussten Maßnahmen erhoben und das Entwicklungspotenzial in den Handlungsfeldern Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitsort, Information und Kommunikation, Führung, Personalentwicklung und Service für Familien ermittelt wurde. Die im Rahmen der Auditierung festgelegten strategischen Ziele und konkreten Maßnahmen wurden in einer Zielvereinbarung festgehalten. Diese werden nun während der dreijährigen Zertifikatslaufzeit weiter realisiert.



Das Qualitätssiegel zeigt Bewerbern die Familienfreundlichkeit des Arbeitgebers Landkreis Cham.

„Egal ob als Arbeitgeber oder für den gesamten Landkreis, es ist entscheidend, sich auf die geänderten Rahmenbedingungen einzustellen. Nur wenn vielfältige und regional passende Maßnahmen ineinandergreifen, kann dem Wandel in der Arbeitswelt begegnet werden. Dabei gilt es Neues zu probieren und Bewährtes fortzusetzen“, fasst Landrat Franz Löffler die Bemühungen des Landkreises Cham zusammen.

(LRA Cham/Fotos: Pressestelle LRA Cham)



Vorausgegangen ist der Auszeichnung ein mehrmonatiger, strukturierter Auditierungsprozess.



Die f.e.e. – Neue Fachstelle für Ehrenamt + Engagement für den Landkreis Starnberg

Mit Zauberkraft ist sie zwar nicht ausgestattet, aber Gutes tun steht dennoch ganz oben auf der Agenda der f.e.e., der neuen Fachstelle Ehrenamt + Engagement im Landratsamt Starnberg. Denn gutes bürgerschaftliches Engagement braucht auch gute Rahmenbedingungen. Und um die kümmert sich seit Februar 2023 die f.e.e. Sie ist die Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Thema Ehrenamt und Engagement im Landkreis und löst damit das bisherige, bei der Caritas angesiedelte, Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement (KoBE) ab. Die große Resonanz bereits in den ersten Monaten zeigt, dass hierfür ein echter Bedarf besteht.

Landrat Stefan Frey hat sich von Anfang an für die Förderung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements eingesetzt und die Gründung der Fachstelle im Landratsamt forciert. „Ich bin mit dem Ehrenamt groß geworden und weiß, wie wichtig es für die Gesellschaft ist“, erklärt Landrat Stefan Frey (siehe nebenstehendes Interview). Die Fachstelle wird von zwei Mitarbeitenden (teilweise in Teilzeit) betreut, die diese Aufgabe, zusätzlich zu ihren anderen Tätigkeiten, übernommen haben. Vor dem offiziellen Start wurde die Bezeichnung für die Fachstelle festgelegt und – in Eigenregie – ein Logo entwickelt.

Interview

mit Landrat Stefan Frey

Was führte zur Gründung der f.e.e. Fachstelle Ehrenamt + Engagement im Landratsamt?

Landrat Stefan Frey:

Bürgerschaftliches Engagement wird immer wichtiger, gerade vor dem Hintergrund zunehmend knapper Kassen der öffentlichen Hand. Ehrenamtliche Tätigkeiten leisten gerade in sozialen Bereichen wichtige Unterstützung, da staatliche Strukturen nicht immer in der Lage sind, alle Bedürfnisse abzudecken. Die Vernetzung und Unterstützung aller Beteiligten durch eine eigene Anlaufstelle sehe ich deshalb als besonders wichtig an, um die Vielfalt und Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements sichtbar zu machen und die Rahmenbedingungen zu verbessern. Und genau hier setzt die Fachstelle Ehrenamt und Engagement an, und ich bin wirklich froh, dass sie nun im Landratsamt zu finden ist.

Warum liegt Ihnen das Thema Ehrenamt so am Herzen?

Landrat Stefan Frey:

Bürgerschaftliches Engagement hat mich stets begleitet, da ich in einem sehr engagierten und ehrenamtlich aktiven familiären Umfeld aufgewachsen bin. Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen viele Menschen, ohne die unser Miteinander nicht funktionieren würde. Durch zahlreiche Begegnungen mit ehrenamtlich tätigen Menschen weiß ich um die Wichtigkeit und die Freude von ehrenamtlichem Engagement, aber ich erlebe eben auch die Herausforderungen und mangelnde Anerkennung. Und hier möchte ich mit der Fachstelle ansetzen und Verbesserungen sowie Wertschätzung herbeiführen.

Jahresbilanz – Wie hat sich aus Ihrer Sicht die Fachstelle etabliert und wie erleben Sie die Resonanz im Landkreis?

Landrat Stefan Frey:

Die Resonanz ist riesig. Ehrenamtlich Tätigen Wertschätzung entgegen zu bringen, ist ein wesentlicher Baustein zu mehr ehrenamtlichem Engagement und damit zu mehr und besserem gesellschaftlichen Miteinander.



Vorstellung der neuen Fachstelle v.l. Landrat Stefan Frey mit Michaela Frua und Anja Holzgreve von der f.e.e

Das Rund-um-Service Angebot

Das Ziel der f.e.e. ist es, das Bürgerschaftliche Engagement im Landkreis in all seiner Vielfalt zu fördern, zu unterstützen, sichtbar zu machen und weiterzuentwickeln. Dazu gehört ein umfangreiches Beratungs- und Vermittlungsangebot für alle Beteiligten ebenso, wie eine gute Vernetzung mit allen Partnern. Denn ohne einen engen Austausch und Kontakt untereinander, funktioniert es nicht. Die Fachstelle bietet aber auch Informationen wie beispielsweise über Förder- oder Weiterbildungsmöglichkeiten. Nicht zu vergessen ist die Anerkennung und Wertschätzung, wie beispielsweise durch die Ausgabe der Bayerischen Ehrenamtskarte.

Die Fachstelle berät und unterstützt Vereine, Verbände, Organisationen, Initiativen und Personen, egal ob die sich bereits engagieren oder erst ein Engagement suchen. Darüber hinaus ist sie natürlich auch Anlaufstelle für die Stadt und die Gemeinden des Landkreises. Gestartet hat die f.e.e. deshalb mit einer „Kennenlern-Tour“ durch die Gemeinden, um im Gespräch mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gezielt und individuell über die Wünsche und Ziele im Bereich Ehrenamt zu sprechen. Jede Gemeinde hat da ihre eigenen Schwerpunkte, aber viele Themen beschäftigen auch alle gleichermaßen, wie zum Beispiel die Nachwuchsförderung in vielen Vereinen. Hier geht es darum, gemeinsam neue Wege und Möglichkeiten zu entdecken, wie sich gerade junge Leute für ihre Hei-

matgemeinde und das Gemeinwohl sinnvoll einsetzen können.

Beratungsbedarf ist enorm

Schwerpunkt des ersten Jahres war es, zum einen herauszufiltern, wo der größte Unterstützungsbedarf besteht und zum anderen die f.e.e. als Beratungsstelle bekannt zu machen und zu positionieren. Dabei war die Nachfrage nach Beratung von Anfang an groß. „Wir führen wöchentlich Beratungsgespräche mit Engagement interessierten

Bürgerinnen und Bürgern und suchen gemeinsam das passende Ehrenamt. Hierfür ist es wichtig, die verschiedenen Tätigkeitsbereiche und Engagement Möglichkeiten im Landkreis kennenzulernen und sichtbar zu machen“, meint Anja Holzgreve von der f.e.e. Aus ihrer langjährigen Tätigkeit bei einer Freiwilligenagentur bringt sie umfassende Erfahrung und Fachkompetenz in den Bereichen Engagement-Beratung und Freiwilligen-Management mit. Gerade den Ehrenamtlichen mangelt es häufig an der Zeit sich die für sie wichtigen Informationen aus dem Dickicht der verschiedenen Plattformen zusammensuchen. Da unterstützt die f.e.e. gerne.

Vereine und Organisationen freuen sich über Unterstützungsangebote

Ein wesentlicher Baustein ist der enge Kontakt zu sozialen Einrichtungen und Initiativen sowie Vereinen, Verbänden und Organisationen. Hierzu gehört immer das persönliche Kennenlernen direkt vor Ort, entweder durch Teilnahme an Vereinssitzungen oder auch bei Teambesprechungen. Das Ziel ist es, im gemeinsamen Austausch heraus zu finden: Was läuft gut oder wo drückt auch mal der Schuh? Welchen konkreten Unterstützungsbedarf gibt es und wie genau kann die Fachstelle unterstützen. Sei es die Vermittlung von Rechtsberatung und Fortbildungsangeboten, oder auch Beratung zu Themen wie Freiwilligengewinnung und Generationenwechsel. „Inzwischen ist der Terminkalender ziemlich voll“, freut sich Holzgreve. „Das zeigt,



dass wir mit unserem Angebot eine vorhandene Lücke bedienen können.“

10 Jahre Bayerische Ehrenamtskarte im Landkreis Starnberg

Die Aufgaben rund um die Ehrenamtskarte wurden ebenfalls in die neue Fachstelle integriert. „Ein wesentlicher Bestandteil unserer Anerkennungskultur ist die Ausgabe der Bayerischen Ehrenamtskarte für den Landkreis Starnberg“, sagt Michaela Frua, die bereits seit 2013 die Entstehung und Einführung dieses Projektes im Landkreis Starnberg begleitet hat. Es ist wichtig, dass man sich bei dem Thema „Ehrenamt und Engagement“ ständig weiterentwickelt und offen für Neues ist. Das gilt auch für die Ehrenamtskarte. Seit zehn Jahren gibt es sie im Landkreis Starnberg. „In diesem Jubiläumsjahr haben wir mit vielen interessanten Aktionen unseren Ehrenamtlichen, aber auch unseren Akzeptanzpartnern nochmal ganz besonders „Danke schön“ gesagt.“ Neben regelmäßigen Verlosungsaktionen, wie beispielsweise Gutscheinkarten für das Seebad, Gutscheine für den Schmankerl-Spaziergang oder Premierenkarten für das Fünf Seen Filmfestival, lud das Landratsamt auch die Akzeptanzpartner zu einem Austausch und geselligen Abend ein. Inzwischen zählt der Landkreis fast 3400 Karteninhabende. „Reißenden Absatz“ findet die im Juli eingeführte digitale Ehrenamtskarte. Die App vereinfacht aber auch den Antrags- und Bearbeitungsprozess. „Das kommt uns sehr entgegen! Unsere Ehrenamtlichen sollen innerhalb einer Woche ihre verdiente Ehrenamtskarte in den

Händen halten. Das ist unser Servicegedanke!“, so Frua. Auch hier zeigt das Engagement der f.e.e. ihre Wirkung. Seit Gründung der Fachstelle nahm die Zahl der Ehrenamtskarten um fast 30 Prozent zu.



Kino mit Popcorn gabs zum Tag des Ehrenamtes.

Tag des Ehrenamtes

Zum Internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember gab es wieder etwas Besonderes: Alle Inhabende der Bayerischen Ehrenamtskarte des Landkreises Starnberg, als auch der Jugendleitercard (Juleica) erhielten an diesem Tag freien Eintritt in die Vorstellungen der Kinos im Landkreis. „Ein Danke schön und eine Wertschätzung für das großartige ehrenamtliche Engagement unserer Landkreisbürgerinnen und Landkreisbürger und ein gebührender Abschluss unseres Jubiläumsjahres“, freuen sich Michaela Frua und Anja Holzgreve.

Und was plant die f.e.e für das kommende Jahr?

Schwerpunkt wird gleich zu Beginn des Jahres eine neu entwickelte Engagement Plattform sein, die es ermöglicht, freiwillig Interessierte mit den passenden Engagement Möglichkeiten zusammenzubringen. In Kooperation mit der Regionalagentur gwt Starnberg plant die f.e.e. ein Projekt im Bereich Corporate Volunteering, um auch die



Verlosungsaktion zum 10-Jährigen der Ehrenamtskarte

**Die neue Fachstelle
für alle Fragen rund um das Thema
Ehrenamt und Engagement
im Landkreis Starnberg**

Wir freuen uns auf Sie

f.e.e.
FACHSTELLE
EHRENAMT + ENGAGEMENT

Landratsamt Starnberg
ehrenamt@lra-starnberg.de
www.lk-starnberg.de/fee

Anja Holzgreve
Tel. 08151 148 77392

Michaela Frua
Tel. 08151 148 77688

Frischer Auftritt der f.e.e., wie hier auf einem Banner

Unternehmen im Landkreis stärker in das ehrenamtliche Engagement vor Ort mit einzubinden. Um das großartige Engagement der Vereine im Landkreis zu unterstützen, startet die f.e.e. im nächsten Jahr mit dem „Vereinsforum“ eine Fortbildungsreihe für Vereine zu aktuellen und klassischen Themen.

Die Einführung der Fachstelle Ehrenamt + Engagement im Landratsamt war der richtige und ein wichtiger Schritt zur Förderung des Ehrenamts. Das Engagement fürs Engagement ist der f.e.e. eine Herzensangelegenheit. Und das hat sich inzwischen im Landkreis herumgesprochen. Denn es ist immer häufiger zu hören: „Da hilft dir sicher die f.e.e. im Landratsamt weiter.“

(LRA Starnberg)

LanDi – Rufbussystem für den Landkreis Dingolfing-Landau

Für den Landkreis Dingolfing-Landau ist es ein Quantensprung im Öffentlichen Personennahverkehr: Im Oktober 2023 wurde dort ein Rufbussystem mit dem Namen „LanDi“ eingeführt. Neun Kleinbusse verkehren seitdem täglich von morgens bis abends im gesamten Kreisgebiet.

Die Bürgerinnen und Bürger haben das Angebot von Anfang an sehr gut angenommen: Mehr als 4.000 Fahrten wurden im ersten Monat bereits registriert. „Es war ein hervorragender Start“, sagt Landrat Werner Bumeder. „Wir haben viele positive Rückmeldungen von zufriedenen Fahrgästen bekommen, und auch logistisch funktioniert alles einwandfrei.“

Bedürfnisorientierter ÖPNV

Der Landkreis Dingolfing-Landau hatte – wie viele andere ländliche Regionen auch – Nachholbedarf im ÖPNV. Ein klassischer Linienverkehr mit einer möglichst engen Taktung wäre aufgrund der Gegebenheiten nicht zielführend gewesen. Der Kreistag hat deshalb vor einigen Monaten die wegweisende Entscheidung getroffen, die Bevölkerung im Landkreis mit einem perfekt auf deren Bedürfnisse zugeschnittenen öffentlichen Nahverkehr zu bedienen und allen Bürgerinnen und Bürger eine ebenso flexible wie kostengünstige Alternative zum Auto anzubieten. Dem Nachhaltigkeitsgedanken wird außerdem Rechnung getragen, indem ab dem Frühjahr 2024 alle Kleinbusse mit Verbrenner-

Testurteil „sehr gut“: Landrat testet den LanDi selbst

Dingolfing-Landau. Landrat Werner Bumeder hat den LanDi kurz nach dessen Einführung selbst getestet und war begeistert von dem gut durchdachten Rufbussystem.

Der Kleinbus brachte den Landrat vom Landratsamt in Dingolfing in das Örtchen Lengthal in der Gemeinde Moosthenning, wo er an einer Bürgermeisterversammlung teilnahm. Nach der Fahrt vergab der Landrat das Testurteil „sehr gut“. Während seiner Fahrt mit dem LanDi hatte Landrat Bumeder die Gelegenheit, die zahlreichen Vorzüge des neuen Rufbussystems aus erster Hand zu erleben. „Es hat hervorragend geklappt. Die App hat gemeldet, wann das Fahrzeug kommt, welcher Fahrer fährt und wir waren pünktlich am Zielort – besser könnte es nicht laufen.“

Nun hofft er, dass das Angebot dauerhaft so gut genutzt wird, damit sich der LanDi dauerhaft als wichtige Ergänzung des ÖPNV-Angebots im Landkreis etabliert.

motor sukzessive von neuen Fahrzeugen mit Elektroantrieb abgelöst werden.



Lösung aus einer Hand

Nach einer europaweiten Ausschreibung erhielt die Firma Via Transportation – weltweiter Marktführer im On-Demand-Verkehr – den Zuschlag. Die Betriebskosten für den LanDi liegen im ersten Jahr bei 2,04 Millionen Euro. Die Hälfte davon wird über das Förderprogramm „Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum für bedarfsorientierte Bedienformen des allgemeinen ÖPNV“ finanziert. Nach Abzug der ÖPNV-Zuweisungen verbleibt für den Landkreis



letztendlich ein Eigenanteil von ca. 520.000 Euro im ersten Jahr. Davon sind noch die Einnahmen aus den Fahrgeldeinnahmen abzuziehen.

Das beauftragte Unternehmen ist in zahlreichen Städten, aber auch in ländlichen Gebieten tätig. Neben dem Verkehrsangebot an sich liefert es auch das dazugehörige IT-System und eine innovative App. Fahrgäste, die in die gleiche Richtung wollen, werden von einem Algorithmus in ein gemeinsames Fahrzeug gebucht.

Mobil via App

Mit der nutzerfreundlichen App ist die Buchung einer Fahrt denkbar simpel: Man gibt einfach die Abhol- und Zieladresse ein und wählt dann aus verschiedenen Fahrtoptionen die bequemste Route aus. Zur vereinbarten Zeit wird man an einem nahegelegenen Haltepunkt vom LanDi abgeholt. In der App lässt sich der genaue Fahrplan in Echtzeit verfolgen. Vor der Ankunft des Kleinbusses erfährt der Fahrgast sogar das Kennzeichen und den Namen des Fahrers.

Auch die (bargeldlose) Bezahlung wird über die App abgewickelt: Man hinterlegt bei der Registrierung eine Debit- oder Kreditkarte; diese wird dann automatisch belastet, sobald die Fahrt beendet ist. Eine Bezahlung via PayPal ist ebenfalls möglich.

Ältere Bürgerinnen und Bürger, die kein Smartphone besitzen, machen gerne von der alternativen Buchungsmöglichkeit Gebrauch und rufen bei der Telefonhotline an.

Die Kleinbusse verkehren montags bis freitags von 6 bis 21 Uhr, samstags, sonntags und an Feiertagen von 8 bis 18 Uhr im gesamten Kreisgebiet. Innerhalb der beiden Städte sind möglicherweise Umstiege in die jeweiligen Stadtbusse notwendig.

Die Strecke bestimmt den Preis

In den ersten Wochen waren alle LanDi-Fahrten kostenlos. So wurde die Bevölkerung nicht nur durch verschiedene Werbemaßnahmen auf das Angebot aufmerksam, sondern auch über Mundpropaganda wurde von begeisterten Fahrgästen fleißig geworben. Nach der Einführungsphase gelten nun die festgelegten Preise. Neben einem Grundpreis fallen streckenabhängige Kosten an. Kinder unter sechs Jahren und Fahrgäste mit Schwerbehindertenausweis (und der dazugehörigen Wertmarke) fahren gratis mit. Für ältere Kinder und Senioren gelten ermäßigte Preise.

Wer den LanDi regelmäßig nutzt, fährt mit dem Deutschlandticket am günstigsten. Schülerinnen und Schüler, die ohnehin ein Deutschlandticket besitzen, nutzen den Rufbus gerne in der Freizeit – um Freunde zu besuchen, ins Kino zu gehen oder für Vereinsaktivitäten. Die Jugendlichen sind eine, aber nicht die einzige Zielgruppe. Bürgerinnen und Bürger jeden Alters nutzen den LanDi.

„Genauso soll es sein“, freut sich Landrat Werner Bumer über den sehr guten Start des innovativen ÖPNV-Angebots. „Der LanDi markiert für uns einen Meilenstein im öffentlichen Nahverkehr. Mobilität und Lebensqualität im Landkreis werden damit noch einmal deutlich gesteigert.“ (LRA Dingolfing-Landau)



Mehr Nahverkehr in der Grenzregion Neue Linien zwischen Bodensee, Allgäu und Bregenzerwald

Dass ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr nicht an Staats-, Landes-, Bezirks- oder Landkreisgrenzen enden muss, zeigen drei Buslinien, die seit 10. Dezember 2023 neue Verbindungen zwischen Bregenzerwald, Allgäu und Bodensee bieten. Am 7. Dezember 2023 fiel der symbolische Startschuss.

Grenzenloser ÖPNV Dank EU

Vertreter aus Politik und Nahverkehr waren am Grenzübergang Scheidegg-Weienried zusammgekommen, um die künftig noch besseren deutsch-österreichischen Busverbindungen zwischen Bodensee, Allgäu und Bregenzerwald zu würdigen.

Die Busse fahren an allen Tagen der Woche in verlässlichem Takt – überwiegend stündlich, ansonsten alle zwei Stunden.

Möglich werden die neuen Linien unter dem Projekttitel „ÖPNV Grenzenlos“ insbesondere dank der Europäischen Union, die mit ihrem Förderprogramm „Interreg“ die Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg ankurbelt. Die Leitung von „ÖPNV Grenzenlos“ liegt bei der Regionalentwicklung Bregenzerwald (Regio), tatkräftig unterstützt durch die zahlreichen Partner, insbesondere den Scheidegger Bürgermeister Ulrich Pfanner. Auf deutscher Seite sind der Landkreis Lindau (Bodensee) und der bodo-Verkehrsverbund in Form der Linien 21 und 821 beteiligt, der Landkreis Oberallgäu und die mona-Mobilitätsgesellschaft mit der Linie 890.

Drei neue grenzüberschreitende Linien seit dem Fahrplanwechsel am 10. Dezember:

- **Linie 21:** Lindau (D) – Hörbranz (A) – Lindenberg (D) – Weiler (D)
- **Linie 821:** Bregenz (A) – Langen (A) – Scheidegg/Weiler (D)
- **Linie 890:** Egg (A) – Hittisau (A) – Riefensberg (A) – Oberstaufen (D)

Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

„Die Linie 21 ist die bedeutendste im neuen Busnetz unseres Landkreises, denn sie verbindet die Städte Lindau und Lindenberg“, sagt der Lindauer Landrat Elmar Stegmann. „Dass sie aber zugleich ein Vorzeigebispiel für grenzüberschreitenden Nahverkehr ist, freut uns ganz besonders. Und mit der Linie 821 bekommen Scheidegg und Weiler eine starke Direktverbindung in die Vorarlberger Nachbarschaft sowie direkt nach Bregenz. Beide Linien stärken also das gemeinsame Oberzentrum Lindau – Bregenz. Wir entwickeln in der Grenzregion derzeit ein gemeinsames Verständnis von einem starken, attraktiven Nahverkehr. Jetzt, mit den neuen Linien, kommen wir wieder einen Schritt weiter.“

Ebenso groß ist die Freude im Landkreis Oberallgäu: „Die Linie 890 von Oberstaufen in den Bregenzerwald verläuft ganz am Rande unseres Landkreises. Umso mehr freut es mich, dass wir das ÖPNV-Angebot in diesem Grenzraum mithilfe der Interreg-Förderung verdoppeln können“, sagt Landrätin Indra Baier-Müller. „Ich bin gespannt, wie das Angebot in den kommenden drei Projektjahren angenommen wird. Ausdrücklich bedanken möchte ich mich bei der Regionalentwicklung Bregenzerwald für die Koordination und dass der Einsatz von zwei Elektrobussen das Projekt zusätzlich aufwertet – dank weiterer Förderungen ohne Mehrkosten für die Partner.“

„Gutes wird besser, neue Möglichkeiten tun sich auf: Das ist das Ziel hinter jedem neuen Fahrplan“, sagt Guido Flatz, Bürgermeister von Doren und Obmann der Regio. „Dieser Fahrplanwechsel rückt die Grenze zwischen Deutschland und Österreich weiter in den Hintergrund, grenzüberschreitende Wege ohne Auto werden einfacher. Ein deutliches Plus an Angebot und Qualität für Einheimische und Gäste.“

Bernhard Kleber, Bürgermeister von Andelsbuch und Verkehrssprecher der Regio: „Die Landbuslinien 821 und 890 schaffen ab dem 10. Dezember wertvolle neue Verbindungen über die Bundesgrenze. Zusätzlich

werden Bregenzerwälder Gemeinden besser erschlossen: Langenegg profitiert von sechs zusätzlichen Kursen Richtung Lingenau und vier zusätzlichen Kursen in Richtung Krumbach. Langen bei Bregenz ist mit der neuen Linie 821 und der bestehenden Linie 820 nun von Montag bis Sonntag im Halbstundentakt angebunden.“

Auf der gesamten Linie 21 Lindau – Hörbranz – Lindenberg – Weiler gelten bodo-Fahrscheine, einschließlich des Deutschlandtickets. Die Angebote des Vorarlberger Verkehrsverbunds (VVV) werden im österreichischen Abschnitt anerkannt. Hingegen gelten auf den Gesamtstrecken der Linien 821 Bregenz – Langen – Scheidegg – Weiler und 890 Egg – Hittisau – Riefensberg – Oberstauen die VVV-Tarife, und auf den deutschen Abschnitten werden die Tarife des bodo-Verkehrsverbunds im Landkreis Lindau beziehungsweise der mona-Mobilitätsgesellschaft im Landkreis Oberallgäu anerkannt. Auf der Linie 21 fahren

deutsche Busse. Auf den Linien 821 und 890 werden sowohl österreichische als auch deutsche Fahrzeuge eingesetzt.

Finanzierungsmodalitäten

Zunächst ist die EU-Förderung der drei Linien auf unterschiedliche Zeiträume zwischen zwei und drei Jahren begrenzt. Kalkuliert sind währenddessen Betriebskosten von insgesamt rund fünf Millionen Euro sowie Einnahmen aus dem Ticketverkauf von etwa einer Million Euro. Die Lücke von voraussichtlich vier Millionen Euro tragen auf der österreichischen Seite Bund, Land, die Regio und Interreg – auf der deutschen Seite die beiden Landkreise, Interreg und die Gemeinden. Für die Linie 821 sind dies die Märkte Scheidegg und Weiler-Simmerberg, für die Linie 890 der Markt Oberstauen.

*(Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund (bodo)/
Pressestelle Landratsamt Lindau (Bodensee))*



*Freude an der Grenze: Am 7. Dezember 2023 begrüßten Vertreter aus der lokalen und regionalen Politik einen deutschen und einen österreichischen Bus am Grenzübergang zwischen Scheidegg und Möggers. Von links: Martin Beckel (Bürgermeister von Oberstauen), Elmar Stegmann (Landrat des Landkreises Lindau), Tobias Paintner (Bürgermeister von Weiler-Simmerberg), Ulrich Pfanner (Bürgermeister von Scheidegg), Guido Flatz (Bürgermeister von Doren und Regio-Obmann), Bernhard Kleber (Bürgermeister von Andelsbuch und Regio-Verkehrssprecher) und Lukas Greussing (Bürgermeister von Möggers).
(Foto: Credit "bodo/Felix Löffelholz")*

Innovativer Moorschutz im Ostallgäu

Während woanders gerade erst mit Maßnahmen zum Erhalt und zur Renaturierung von Mooren begonnen wird, ist im Ostallgäu die Schutzwürdigkeit der Moore schon seit über 15 Jahren im Fokus. Bereits 2007 hatte sich eine Arbeitsgemeinschaft „Allgäuer Moorallianz“ formiert. Diese lose Initiative mündete mit dem Sieg im bundesweiten Wettbewerb „idee.natur“ in das gleichnamige Naturschutzgroßprojekt, das bis heute Moorpflege auf eigenen Flächen betreibt. Inzwischen ist der Landkreis Träger von zwei weiteren Moorprojekten. Diese haben sich dem Moorschutz auf privaten Grundstücken verschrieben. Das eine möchte Landwirten auf nassen Flächen ein Auskommen ermöglichen, das andere ersetzt auf freiwilliger Basis ein Schutzgebiet.

Konkret geht es bei letzterem um die Flächen rund um den Korb- und Dachssee bei Bidingen. Als „Musterbeispiel“ für den Moorschutz in Bayern – so bezeichnete Ministerpräsident Markus Söder das Naturschutzprojekt des Landkreises und des Freistaats bei einem Besuch vor Ort. Das Besondere an dem Projekt: Die Naturschutzmaßnahmen in dem Gebiet werden in freiwilliger Zusammenarbeit mit den Eigentümern und Landwirten umgesetzt. Ursprünglich war für den Bereich die Ausweisung eines Naturschutzgebietes ge-

plant. Die war durch die freiwillige Zusammenarbeit nicht mehr nötig. Für Landrätin Maria Rita Zinnecker ist das Projekt daher „eine einmalige und bestens laufende Kooperation zwischen Landwirtschaft, Flächeneigentümern und Naturschutz, die komplett ohne staatliche Zwangsmaßnahmen dem Wohl der Natur dient“.

Grund für Söders Besuch war die Zusage für eine Verlängerung der Förderung des Projekts durch den Freistaat. Start für die auf zunächst fünf weitere Jahre angesetzte Förderung von insgesamt rund 1,3 Millionen Euro war Ende 2023. „Die Förderzusage hat uns die wichtige Planungssicherheit gegeben, damit wir die erfolgreich begonnene Aufbauarbeit fortsetzen und ausbauen können“, freute sich Landrätin Maria Rita Zinnecker. „Das Ostallgäu bleibt damit Vorreiter beim Moor- und Klimaschutz – und das weit über das Allgäu und Bayern hinaus.“ Bisher wurden im Rahmen des Projekts rund 62 Hektar angekauft, zwei Hektar wiedervernässt, auf 6,5 Hektar Waldumbau betrieben und für rund 15 Hektar Vereinbarungen im Rahmen des Vertragsnaturschutzprogramms abgeschlossen. Die Gebietskulisse für die Maßnahmen soll künftig auf 900 Hektar ausgeweitet werden – für 50 Hektar ist eine Wiedervernässung geplant.



V. l.: Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber, MdL Angelika Schorer, MdL Bernhard Pohl, Landrätin Maria Rita Zinnecker, Umweltminister Thorsten Glauber, Landrätin Indra Baier-Müller und Ministerpräsident Markus Söder. (Bildquelle: Landkreis Ostallgäu)

Moorschutz und Bewirtschaftung: Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen

Nicht weniger freiwillig und fortschrittlich ist ein weiteres Klima- und Moorschutzprojekt des Landkreises. Beim Verbundvorhaben „MoorWERT“, das der Landkreis gemeinsam mit der Hochschule Weihenstephan und der Landesanstalt für Landwirtschaft umsetzt, wird derzeit gemeinsam mit interessierten Landwirten in Praxisversuchen erarbeitet, wie die Bewirtschaftung von nassen Flächen gewinnbringend funktionieren kann. „Wenn wir die Landwirtschaft für den Moorschutz gewinnen wollen, braucht es Lösungen, wie der einzelne Betrieb mit der Bewirtschaftung wiedervernässter Moorböden etwas für den Klimaschutz tun und gleichzeitig eine betriebliche Perspektive entwickeln kann“, sagt Zinnecker. „Beides zusammen wollen wir mit dem Vorhaben erreichen und damit auch Vorbild für andere moorreiche Regionen sein.“

Landwirte und Landeigentümer erhalten im Rahmen des Projektes Zahlungen für die Nachteile und Mehraufwendungen, die ihnen durch die nasse Bewirtschaftung entstehen. Um diese Zahlungen möglich zu machen, wurde ein mit dem EU-Agrarförderrecht kompatibles und dem Bundesumweltministerium abgestimmtes Modell entwickelt. Die Möglichkeit zu Ausgleichszahlungen ist für Projektleiter Andreas Stauss ein wichtiger Meilenstein. Er erwartet, dass das Angebot für viele Eigentümer sowie Bewirtschafter von Moorflächen interessant sein könnte, da für eine klimaschonende Landwirtschaft in Zukunft alternative Bewirtschaftungsmethoden gefragt sein werden. Das Projekt sucht weitere Betriebe und Flächen, Interessenten können gerne Kontakt aufnehmen.

Neben den Ausgleichszahlungen bietet das Projekt weitere Vorteile und Perspektiven für die Landwirtschaft. Trocken gelegte Moorböden verlieren in vielen



Moorallianz-Projektleiter Dr. Ulrich Weiland (v. li.) von der Allgäuer Moorallianz erläutert Landrätin Maria Rita Zinnecker, Bundesumweltministerin Steffi Lemke und Thorsten Glauber (bayerischer Umweltminister) die Aktivitäten der Moorallianz im Schwindenmoos. (Bildquelle: Landkreis Ostallgäu)



Fällen langfristig ihre Fruchtbarkeit. Die nasse Bewirtschaftung dient damit auch dem Erhalt der Böden und letztlich des Bodenwertes. Außerdem werden in einer projektübergreifenden Zusammenarbeit mit Unternehmen in Bayern neue Produkte und damit Verwertungsmöglichkeiten entwickelt. Aus der Biomasse, die aus vernässten Mooren gewonnen wird, können zum Beispiel Alternativen zu erdölbasierten Kunststoffen entstehen. Und es gibt erfolversprechende Einsatzmöglichkeiten im Baustoffbereich.

Am Anfang war die Allgäuer Moorallianz: Verlängerung bis 2030

Bereits seit 2009 und als erstes großes Moorschutzprojekt im Ostallgäu (und Oberallgäu) kümmert sich die Allgäuer Moorallianz im Rahmen des Programms „chance.natur – Bundesförderung Naturschutz“ um die Wiedervernässung und Pflege von Mooren. Bis 2022 wurde es mit Mitteln von insgesamt 8,4 Millionen Euro ausgestattet. Seit der Verlängerung des Projektes bis 2030 stehen 9,4 Mio. Euro zur Verfügung. Davon tragen 75 Prozent der Bund, 15 Prozent der Freistaat und 10 Prozent die Träger Landkreis Ostallgäu und Landkreis Oberallgäu. Ziel der Moorallianz ist es, die bundesweit bedeutsamen Moore in den beiden Landkreisen zu schützen und für zukünftige Generationen zu erhalten. Im Zentrum der Maßnahmen steht der Erhalt und die Entwicklung der Biodiversität – Moorschutz trägt aber auch zum Klima- und Hochwasserschutz bei.

Anlässlich der Projektverlängerung hat Bundesumweltministerin Steffi Lemke das renaturierte Schwindenmoos bei Marktoberdorf besucht. Lemke zeigte sich beeindruckt von den bisherigen Erfolgen der Moorallianz und betonte, wie wichtig der Schutz der Moore ist: „Moorschutz ist Klimaschutz, denn gesunde Moore sind bedeutsame Wasser- und Kohlenstoffspeicher. Gleichzeitig sind naturnahe Moore gut für eine reiche Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten. Das hat die Allgäuer Moorallianz in den vergangenen Jahren in beeindruckender Weise unter Beweis gestellt. Sie hat Vorbildcharakter“. Zinnecker, die auch Vorsitzende des Zweckverbands Allgäuer Moorallianz ist, freute sich, dass die Arbeit bis 2030 weitergehen kann. Die Allgäuer Moorallianz habe „das Potenzial, sich weiterhin als Leuchtturmprojekt zu etablieren“, was mit der künftigen Förderung gesichert sei. „Noch besser wäre allerdings eine dauerhafte Förderung“, sagte Zinnecker.



Um neue, klimaverträgliche Chancen bei der Moorbewirtschaftung für die Landwirtschaft geht es beim Projekt „MoorWERT – Moor-Landwirtschaft für Klimaschutz Allgäu“. (Bildquelle: MoorWERT)

Was den Moorschutz so bedeutend macht

Moore sind ein wichtiger Lebensraum für viele seltene und hoch spezialisierte Pflanzen- und Tierarten. In den Allgäuer Mooren kommen mehr als 100 bundesweit stark gefährdete oder vom Aussterben bedrohte Arten vor; wie beispielsweise die Hochmoor-Mosaikjungfer, der Hochmoor-Gelbling oder die Kreuzotter. Neben ihrer Funktion als Habitat speichern Moore in ihren Torfkörpern auch große Mengen an Kohlenstoff. Weltweit nehmen Moore nur drei Prozent der Landfläche der Erde ein, speichern aber rund 30 Prozent des gesamten Bodenkohlenstoffs – pro Hektar rund 700 Tonnen. Das ist sechs Mal so viel wie ein Wald. Aufgrund der Quell- und Aufschwämmfähigkeit der Torfe besitzen Moore zudem eine enorme Speicherfähigkeit von Wasser, aus dem sie zu 95 bestehen. Dadurch dienen sie einerseits dem Hochwasserschutz, wirken sich aber auch ausgleichend auf das Lokalklima aus. Denn durch die Verdunstung des Wassers kommt es zu einer Kühlung der Atmosphäre – so werden Temperaturextreme abgepuffert.

„Für das Ostallgäu ist der Klima- und Naturschutz ganz wichtig. Wir sind stolz auf unsere über die vergangenen Jahre gewachsene, geballte Moorschutz-Kompetenz“, sagt Zinnecker. „Dass uns das in Kooperation und nicht gegen die Menschen gelungen ist, darauf sind wir besonders stolz.“
(LRA Ostallgäu)

Wasserstoffallianz Donauregion Kelheim-Regensburg gegründet

Die Landkreise Kelheim und Regensburg haben sich Ende Oktober mit der Stadt Regensburg zur „Wasserstoffallianz Donauregion Kelheim-Regensburg“ zusammengeschlossen. Dem Verbund gehören zudem die bayernets GmbH als Netzerrichter und Betreiber sowie die Bayernoil Raffineriegesellschaft als Wasserstoffproduzent an.

„Wasserstoff bedeutet Zukunft. Die Unternehmen in unserer Region benötigen den Anschluss an das Kernnetz zwingend, um wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben und somit auch, um Arbeitsplätze für unsere Bürgerinnen und Bürger zu sichern.“

Martin Neumeyer, Landrat Landkreis Kelheim, Vorsitzender der Wasserstoffallianz

„Die Wasserstoffallianz schafft die Grundlage für ein Netzwerk der Zukunft. Es heißt jetzt anpacken und die Weichen für die Zukunft stellen.“
Tanja Schweiger, Landrätin Landkreis Regensburg

Ziel ist es, die Energietransformation unter anderem mit dem Energieträger Wasserstoff zu vollziehen und die Region an das Wasserstoffkernnetz anzubinden. Auf regionaler Ebene soll dies zunächst durch die Errichtung der Teilachse zwischen Neustadt an der Donau, dem Hafen Kelheim sowie Regensburg erfolgen.



Im Bild v.l.n.r.: Dr. Matthias Jenn (Geschäftsführer bayernets GmbH), Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Rabl (OTH Regensburg), Wolfgang Ott (Kelheim Fibres GmbH), Harald Hillebrand (Referent Landrätin Regensburg), Gertrud Maltz-Schwarzfischer (Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg), Ludwig Artinger (3. Bürgermeister Stadt Regensburg), Martin Neumeyer (Landrat Landkreis Kelheim, Vorsitzender Wasserstoffallianz), Ludwig Friedl (Geschäftsführer Energieagentur Regensburg e.V.), Christian Egetemeyr (Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie), Richard Unterseer (bayernets GmbH), Dr. Alexander Struck (Geschäftsführer Bayernoil Raffineriegesellschaft mbH), André Kühnle (Vitesco Technologies GmbH), Dr. Elke Wanke (Referentin Erneuerbare Gase & Wasserstoffbeauftragte Energie Südbayern Gruppe), Prof. Dr. Georg Stephan Barfuß (Leiter Referat für Wirtschaft, Wissenschaft und Finanzen Stadt Regensburg), Sandra Schneider (Wirtschaftsreferentin Landkreis Kelheim)
(Foto: Lukas Sendtner, LRA Kelheim)



„Mit der Wasserstoffallianz stellen wir die Weichen für unseren Wirtschaftsstandort auf Zukunft! Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass der technische Fortschritt auch künftig in unserer Region ankommt und unsere Unternehmen davon profitieren können.“

Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg

Den Verbund unterstützen die Energieagentur Regensburg sowie folgende Unternehmen: Kelheim Fibres GmbH, BMW Group – Werk Regensburg, Siemens AG, Continental AG, Vitesco Technologies GmbH, Kronos AG, F.A. Niedermayr GmbH & Co. KG, Infineon Technologies AG.

Die Beteiligten haben bereits eine Absichtserklärung an die Bayerische Staatsregierung versandt und potenzielle Wasserstoffbedarfe angegeben.

„Um die Energieversorgung von morgen zu sichern, müssen wir heute die richtigen Entscheidungen treffen.“

Ludwig Friedl, Geschäftsführer Energieagentur Regensburg

„Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in der Region sicherzustellen, brauchen wir erneuerbare Energien. Dabei spielt Wasserstoff als Energiespeicher eine entscheidende Rolle. Da wir uns allein schon flächenmäßig nicht zu 100% selbst versorgen werden können, ist ein Anschluss an das Wasserstoffkernnetz ein logischer und notwendiger Schritt.“

Prof. Dr. Georg Stephan Barfuß,
Wirtschafts-, Wissenschafts- und Finanzreferent Stadt Regensburg

„Für eine effiziente Verbindung von Wasserstoffherzeugung und internationalen Wasserstoff-Importrouten mit innovativen H₂-Anwendungstechnologien schaffen wir bis 2032 ein bundesweites Kernnetz. An dieses Kernnetz muss die Donauregion Kelheim-Regensburg aufgrund ihrer großen Bedeutung für den Industriestandort Bayern möglichst zeitnah angebunden werden.“

Dr. Matthias Jenn, Geschäftsführer bayernets GmbH

„Als größte Raffinerie in Bayern will die Bayernoil die Energiewende aktiv mitgestalten und plant derzeit den Bau einer großen Elektrolyse-Anlage (125 MW) zur Herstellung von grünem Wasserstoff. Deshalb unterstützen wir auch nach vollen Kräften die Wasserstoffallianz mit dem Aufbau eines Netzes als Grundlage für eine regionale Wasserstoffwirtschaft.“

Dr. Alexander Struck, Geschäftsführer Bayernoil Raffineriegesellschaft mbH

Die Wasserstoffallianz ist zudem eng an die Wissenschaft angebunden, vertreten durch die Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, die Technische Hochschule Deggendorf sowie die in den Landkreisen Kelheim und Regensburg agierenden Technologietransferzentren.

Für die Wasserstoffallianz gilt nun, unterschiedliche Themenfelder in Bezug auf die Wasserstoffinfrastruktur und die Wasserstoffversorgung zu prüfen. Die Beteiligten sind sich einig, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um den Energieträger nutzbar machen zu können.

Lucas-Cranach-Campus (LCC) – ein gutes und nachhaltiges Invest für die Region

Stefan Müller-Gei steht an der Kappsäge und begutachtet den Anschnitt eines Stammholzes. „Das Holz ist einwandfrei – keine Fäulnis zu erkennen“, betont der Unternehmer. Ein paar Meter weiter entfernt in einer abgetrennten Kabine bekommt währenddessen ein Mitarbeiter ein Bild vom Anschnitt auf einem Bildschirm angezeigt. In der Regel erfolgt dort die Einstufung der Holzqualität mit bloßem Auge. In Zukunft könnte bei dieser Einschätzung die Künstliche Intelligenz (KI) behilflich sein. Das Sägewerk Müller-Gei in Wallenfels ist einer von mehreren Projektpartnern des Technologie-Transferzentrums (TTZ) „Digitale Intelligenz“ am Lucas-Cranach-Campus.

Mehr Effizienz und Wertschöpfung in der Forstwirtschaft durch KI

Das Ziel des Projektes in Wallenfels ist es, den Fäulnisanteil des Holzes frühzeitig mittels KI zu ermitteln, um damit die Wertschöpfung in der Forstwirtschaft möglichst hochzuhalten. „Wenn uns das gelingt, dann erleichtert uns das die Klassifizierung des Holzes und



Staatsminister Markus Blume (2. v. l.) informierte sich in Kronach über die Aktivitäten am Lucas-Cranach-Campus. Mit im Bild (von rechts) MdL Jürgen Baumgärtner, Landrat Klaus Löffler, LCC Stiftungsvorstand Hans Rebhan.
(Foto: Alexander Löffler, LRA Kronach)

Das Technologie-Transferzentrum (TTZ) „Digitale Intelligenz“ am Lucas-Cranach-Campus

Dort forscht und entwickelt die Technische Hochschule (TH) Nürnberg gemeinsam mit regionalen Unternehmen zu den Einsatzmöglichkeiten der KI in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die angewandten Projekte des Technologie-Transferzentrums laufen nach einem speziellen Muster ab: Mitarbeitende des TTZ besuchen die Firmen vor Ort, analysieren bei den Firmen vorhandene bzw. anfallende Daten und versuchen diese dann mittels KI auszuwerten. Daten können dabei vielfältig sein: „Bilder, Texte oder auch Prozessdaten von Maschinen können von einer KI analysiert werden. Diesen Datenschatz zu heben, ist unser Ziel“, so Professor Dr. Tobias Bocklet, dedizierter Leiter des Technologie-Transferzentrums am LCC in Kronach.

es beschleunigt unsere Abläufe“, betont Stefan Müller-Gei, der der KI sehr aufgeschlossen gegenübersteht. Damit dies gelingt, hat er rund 2000 Bilder zur Verfügung gestellt, auf denen er verschieden große Ausmaße an Fäulnisbefall des Holzes markiert hat. „Mit diesen Bildern haben wir eine erste KI entwickelt, die nun bereits schon befallene Bäume erkennen kann. Künftig soll diese auch genau die Fäulnisbereiche markieren. Dazu sind allerdings pro Bild noch Informationen erforderlich, wo genau sich im Bild ein Fäulnisbereich befindet. Das lassen wir aktuell von studentischen Hilfskräften erstellen“, betont Professor Dr. Tobias Bocklet, vom TTZ. „Ich bin gespannt, wie das am Ende aussehen wird und ich freue mich bereits auf erste Ergebnisse“, betont Unternehmer Stefan Müller-Gei, der bereits weitere Ideen hat und in der KI großes Potenzial sieht. „Ich könnte mir auch vorstellen, dass die KI Fehler in den Arbeitsabläufen erkennt und dann automatisch Maschinen abschaltet“, schaut Stefan Müller-Gei bereits gespannt einen weiteren Schritt voraus.

Wertvolle Unterstützung durch KI in der Pflege

Vom Ablauf her ähnlich läuft es zusammen mit dem BRK-Kreisverband, der mit einem gesamtgesellschaftlichen Projekt beteiligt ist. Wie BRK-Kreisgeschäftsführer Roland Beierwaltes verdeutlicht, gehe es darum, den Grad einer demenziellen Erkrankung per KI auf Basis einer Spracherkennung zu identifizieren, um im weiteren Verlauf für den Betroffenen gezielte Pflege- und Betreuungsleistungen schneller und genauer zu etablieren. „Damit kann die KI eine wertvolle Unterstützung und nicht zuletzt auch eine Entlastung für unsere Pflegekräfte darstellen“, betont Roland Beierwaltes, der sich dankbar für diese Möglichkeit der direkten Einbindung zeigt und vom Nutzen für die Gesellschaft überzeugt ist.

Pionier in der angewandten KI-Forschung

Dass die Region damit zu einem Vorreiter in der angewandten KI-Forschung werden kann, ist ein weiterer Erfolgsbaustein des LCC, dem es gemeinsam mit der TH Nürnberg gelungen ist, das Technologie-Transferzentrum im Landkreis Kronach aufzubauen. „In den Räumlichkeiten des LCC in Neuses haben wir von der TH Nürnberg ideale Möglichkeiten, gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft an Einsatzmöglichkeiten von KI zu forschen“, zeigt sich Professor Tobias Bocklet als wissenschaftlicher Leiter des Lucas-Cranach-Campus begeistert. „Wir entwickeln also KI-Prototypen direkt vor Ort. Das ist etwas ganz Besonderes und vor allem etwas Einzigartiges“, betont Bocklet. In Lichtenfels wird es einen weiteren Standort des Technologie-Transferzentrums Oberfranken geben, mit dem eng

kooperiert wird, um die Möglichkeiten und Synergien landkreisübergreifend zu nutzen. Der Freistaat stellt für die beiden Standorte des Technologie-Transferzentrums jeweils vier Millionen Euro zur Verfügung.

Das TTZ: Brückenbauer zwischen Praxis und Theorie

Das heimische Unternehmen RVT in Marktrodach ist ein starker Unterstützer des TTZ und war bereits selbst an KI-Projekten beteiligt. Dementsprechend begrüßt RVT-Geschäftsführer Dr. Christian Geipel auch in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender im Innovationsausschuss der IHK für Oberfranken Bayreuth, dass der LCC auch in der angewandten Forschung sehr aktiv ist und die Unternehmer direkt einbindet. „Die genannten Beispiele zeigen, dass die Digitalisierung und die ersten Anwendungen der künstlichen Intelligenz auch in kleinen und mittleren Unternehmen angekommen sind. Oft ist es jedoch gerade für diese Firmen sehr herausfordernd, sich neben dem Tagesgeschäft mit den Möglichkeiten und Grenzen der neuen Technologien auseinanderzusetzen. Den großen Nutzen des TTZ sehe ich darin, dass es genau dort ansetzt und für die lokalen Unternehmen einen sehr niederschweligen Einstieg bietet, sowohl in die individuelle Analyse möglicher Einsatzfelder als auch in die Umsetzung konkreter KI-Projekte. Die geplanten Weiterbildungsangebote zur ‚Digitalen Intelligenz‘ runden das Angebot sinnvoll ab und stärken die Vernetzung zwischen den Unternehmen und den Hochschulen Nürnberg und Coburg. Das Technologie-Transferzentrum und der LCC sind also definitiv ein gutes und nachhaltiges Invest in die Zukunftsfähigkeit unserer Region –



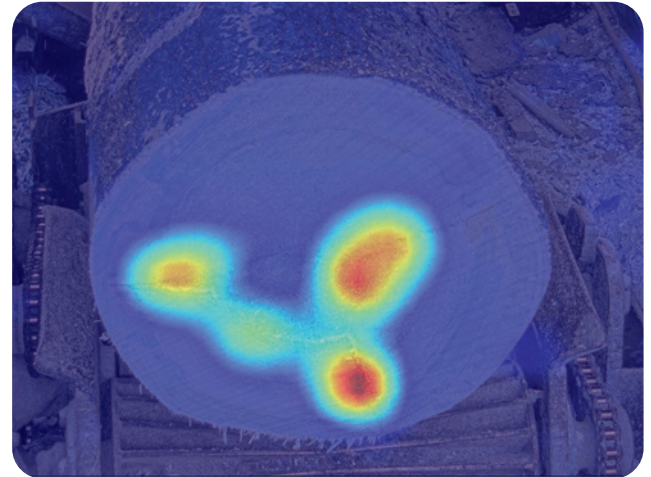
Bild links: Stefan Müller-Gei steht an der Kappsäge, die einen Anschnitt des Stammholzes macht. Dabei wird ein Bild erzeugt, das auf einen Bildschirm übertragen wird (Bild rechts). Muss die Qualität des Holzes aktuell noch per Augenschein vorgenommen werden, könnte dies künftig die Künstliche Intelligenz übernehmen. (Fotos: Alexander Löffler, LRA Kronach)

und wie groß das Interesse aus der Wirtschaft ist, lässt sich auch daran ablesen, dass eine Stiftungsprofessur am TTZ komplett durch die lokalen Unternehmen finanziert wird“, betont Dr. Christian Geipel.

Vielfältige Nutzungsmöglichkeiten von KI

Den angewandten Charakter greift auch noch einmal Tobias Bocklet auf, der mit seinem Team von der TH Nürnberg bereits seit 2021 am LCC zum Thema KI aktiv ist. Das nutzbare Einzelspektrum für die Unternehmen sei tatsächlich unheimlich breit. So berichtet der wissenschaftliche Leiter ergänzend zu den bereits erwähnten Projekten vom Einsatz der KI bei der Auswertung von Bewerbungen, bei der Qualitätssicherung in der Glasindustrie, bei der Erstellung von Ausschreibungsunterlagen oder auch bei der Ermittlung von festzulegenden Produktpreisen in Industrieunternehmen. „Wir haben bereits viele Vorerfahrungen gesammelt, die wir in Zukunft nutzen können, um weitere sinnvolle Projekte zu entwickeln“, erklärt Tobias Bocklet. Der Mittelstand vor Ort könne davon maßgeblich profitieren und zeige bereits großes Interesse. Für beide Sei-

ten sei dies eine Win-Win-Situation, denn „wenn man an KI forscht, benötigt man Daten der Unternehmen“, die wiederum ihre Prozesse optimieren und damit zur Stärkung der Region beitragen können.



So könnte es aussehen, wenn die Künstliche Intelligenz die Qualität des Holzes in Bezug auf mögliche Fäulnis ermittelt. (Foto: TTZ)

FichtelApp überzeugt auf allen Ebenen

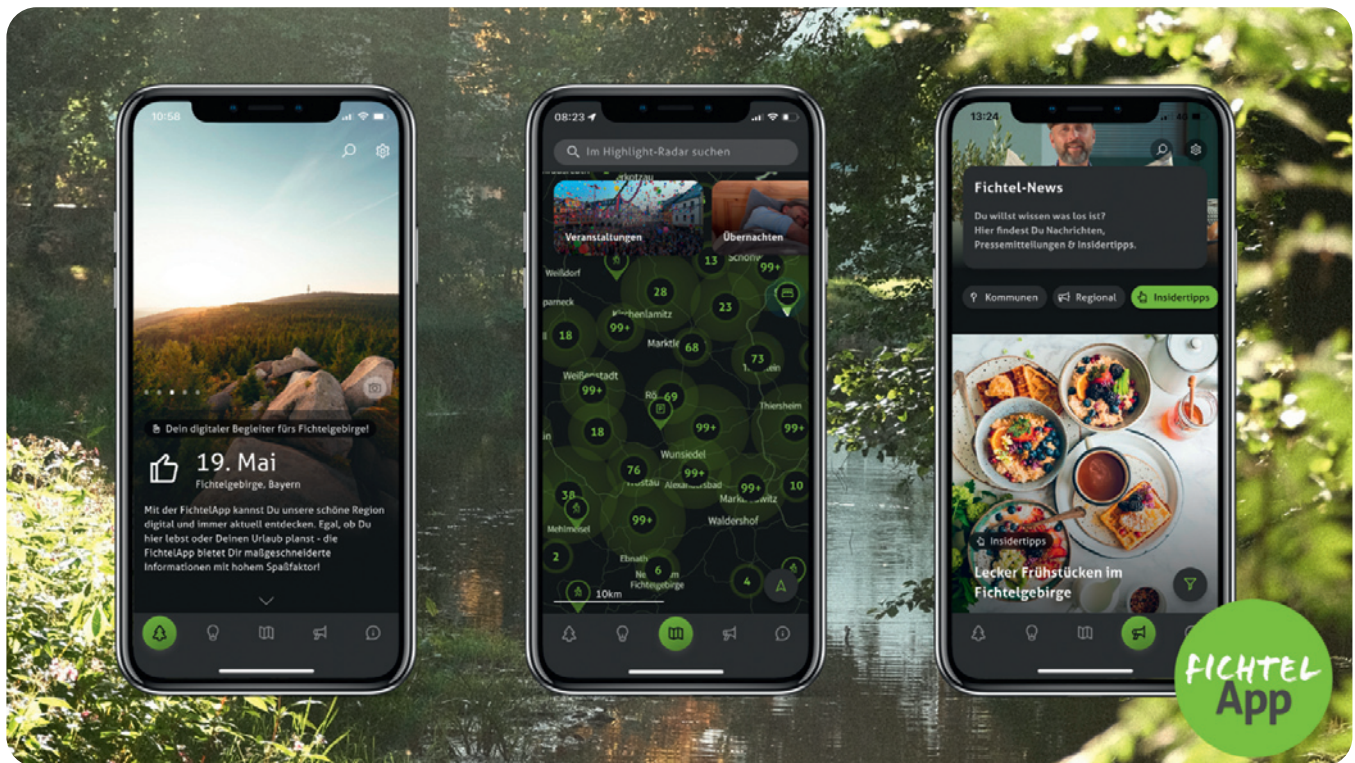
Die FichtelApp des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge kommt nicht nur bei Nutzerinnen und Nutzern, sondern auch bei Expertinnen und Experten gleichermaßen gut an. Insbesondere die Fülle und hohe Aktualität der Inhalte sowie der Spaßfaktor zeichnen die Regional-App aus.

Auszeichnungen

Das Team der FichtelApp, der Regional-App für das Fichtelgebirge, kann stolz sein. Die Application wurde bereits mehrmals ausgezeichnet: u.a. im Juli 2023 in zwei Kategorien mit dem „Deutschen Preis für Online Kommunikation“ und mit dem „Red Dot Design Award“ im November 2023 sowie dem „German Design Award 2024“ fand das außergewöhnliche und einmalige Design der App international Anerkennung.

Mit der FichtelApp das Fichtelgebirge entdecken

Die FichtelApp ist eine erfolgreiche Regional-App und spiegelt das Fichtelgebirge erstmals allumfassend digital wider. Die bis dato auf einzelnen Kanälen ausgespielten und nicht konsolidierten Informationen werden in der App vereint und in ihrer Vielfalt und Fülle sichtbar gemacht. Daraus entsteht ein einmaliger, digitaler Datenschatz aus Freizeitdaten der 17 Städte und Gemeinden des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge – und teilweise darüber hinaus. Die Userin bzw. der User kann sich Informationen bedarfsgerecht anzeigen lassen und bekommt Wissenswertes aus der Region geliefert. Features wie Augmented Reality und Gamification Inhalte sowie Vernetzungsmöglichkeiten in der Community, die bislang noch in keiner Regional-App zu finden waren, machen die FichtelApp zu einem attraktiven, digitalen Begleiter. Und das sogar für zwei Zielgruppen: für Bürgerinnen und Bürger sowie Touristinnen und Touristen des Fichtelgebirges.



Wie kam es zur FichtelApp?

Zur Erstellung eines Digitalisierungskonzeptes für den Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge fand ein Bürgerbeteiligungsprozess statt und der Wunsch nach einer App wurde hier erstmals geäußert. Der Grundstein für eine Realisierung konnte im Rahmen des Smart City Projektes des Landkreises gelegt werden.

Unter Einbezug der Bevölkerung wurden Kerninhalte der App definiert und anschließend freiwillige Bürgerinnen und Bürger in den Entwicklungsprozess tiefer mit einbezogen. Ausgiebiges Testing mit Mitarbeitenden aller Abteilungen des Landratsamtes sowie der Einbezug der Nutzerinnen und Nutzer für Feedback sowie Verbesserungsvorschläge standen hierbei außer Frage.

In einem europaweiten Ausschreibungsverfahren bewarben sich insgesamt 22 Agenturen und die Digitalagentur Ergosign GmbH aus Saarbrücken erhielt den Zuschlag. Es fanden anschließend Strategieworkshops unter Beauftragung des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering IESE statt und die Zusammenarbeit mit der Agentur Ergosign wurde unter agilem Projektmanagement umgesetzt, angelehnt an SCRUM (Definition von Personas und Zielgruppen, MVP-Definition, Ausbaustufen-Definition).

Im Juli 2022 erfolgte das Going Live und die kontinuierliche Weiterentwicklung sowie Vermarktung stehen aktuell im Fokus.

Warum sollte die FichtelApp genutzt werden?

Es gibt wohl kaum eine bessere Möglichkeit, sich inspirieren zu lassen und gleichzeitig bequem vom Sofa aus die eigene Freizeit zu planen. Die FichtelApp ist dabei ein umfangreicher, zentraler Info-Point. Mit Hilfe der App können die Userinnen und User wieder etwas Neues entdecken oder sich gegen eine aufkommende Langeweile wappnen. Und dies immer verfügbar und aktuell.

Sämtliche POIs (Orte von Interesse) sind im sogenannten Highlight-Radar, einer interaktiven Karte, inklusive der wichtigsten Informationen verortet und können jederzeit abgerufen und zur Navigation genutzt werden. Dies ermöglicht den Nutzerinnen und Nutzern, sich spontan und flexibel in der Region zu bewegen.

Sie erfahren ganz einfach, wo in der Region was los ist. Egal ob der nächste Ausflug in die Natur geplant, die kulinarische Hochgenüsse in der Gastronomie erlebt oder die vielfältigen Angebote der Kulturlandschaft genutzt werden wollen.



Die Themenvielfalt sowie Informationsmenge ist groß und vielfältig, bleibt durch die eingebauten Filterfunktionen aber übersichtlich.

Die Aktualität. Neben den umfassenden Auskünften im Highlight-Radar liefert die FichtelApp tägliche News direkt aus den Städten und Gemeinden. Mit den Insider-Tipps werden die Nutzerinnen und Nutzer zu echten Fichtel-Kennern. Hier geht es beispielsweise darum, wie Großstadtflair im Grünen erlebt werden kann. Oder welche außergewöhnlichen Übernachtungsmöglichkeiten Gäste im Fichtelgebirge erwarten. Die Regional-News informieren über Wissenswertes aus der Region. Mit Push-Meldungen wird zusätzlich Aufmerksamkeit zu bestimmten Themen erzeugt. Und noch ein Highlight: Die FichtelApp liefert auch wetterabhängige News.

Auch beim Design geht die FichtelApp neue Wege und lädt zu einer spannenden User-Experience ein. Hier darf „Werner“ natürlich nicht fehlen. Die Nutzerinnen und Nutzer werden mit Hilfe eines in der Region bekannten Gesichts, dem Fichtelgebirgs-Werner aus dem erfolgreichen #freiraumfürmacher-Imagefilm, humorvoll durch die App geleitet und treffen immer wieder auf sein digitales Pendant. Begleitend zum App-Rollout wurde ein Video veröffentlicht, um auf eine sympathische Art und Weise die Funktionen der App vorzustellen und zum Herunterladen zu animieren.

Was unterscheidet die FichtelApp von anderen Regional-Apps?

Der Spaßfaktor. Beim Design angefangen, ist es der FichtelApp zusätzlich gelungen zwei Alleinstellungsmerkmale zu integrieren. Der App gelingt es mit dem Veranstaltungskalender eine sehr große Bandbreite an Events abzubilden. Hier ist für jeden etwas dabei – aktuell und übersichtlich. Die Gamification-Elemente sind ein weiteres Highlight. Neben Augmented Reality Inhalten, auf Aussichtspunkten wie der Kösseine oder dem Zwölf-Gipfel-Blick, bietet die App auch Videos, Audios und Quizze an. Und das Tolle ist, registrierte Nutzerinnen und Nutzer sammeln nebenbei Punkte und können verschiedene Fichtel-Level erreichen.

Ist die FichtelApp erfolgreich?

Ganz eindeutig Ja. Denn die anfänglichen Prognosen des Fraunhofer-Instituts wurden übertroffen. Mehr als fünf Prozent der Bevölkerung nutzen die App bereits regelmäßig. Als Nächstes steht verstärkt die Zielgruppe der Touristinnen und Touristen im Fokus.

Zahlreiche Nutzerinnen und Nutzer haben sich die App mittlerweile kostenfrei über den App Store oder Google Play heruntergeladen und sind begeistert. Das spiegelt sich auch in den hohen Download-Zahlen (Stand November 2023: mehr als 18.000 Downloads) wider. Die App wird teilweise täglich genutzt und etabliert sich immer mehr als Planungsinstrument der Freizeitgestaltung.





Was ist noch geplant?

In Zukunft wird es in der FichtelApp um Themen wie öffentlicher Personennahverkehr, Erweiterung der Landkreise, denn das Fichtelgebirge erstreckt sich über den Landkreis Wunsiedel hinaus, sowie den Ausbau der touristischen Infrastruktur, beispielsweise das Thema Gästekarte, gehen.

Ist eine weitere Beteiligung an der FichtelApp möglich?

Die FichtelApp ist ein Gemeinschaftsprojekt von Fichtelgebirgerinnen und Fichtelgebirglern, für Fichtelge-

birgerinnen und Fichtelgebirglern sowie Touristinnen und Touristen. Haben sich die Öffnungszeiten eines Restaurants geändert? Gibt es einen neuen öffentlichen Spielplatz? Egal zu welchem Thema, jeder kann sich an das Team der FichtelApp über fichtelapp@landkreis-wunsiedel.de wenden. Auch jedes Feedback ist willkommen. Regionalen News oder Veranstaltungen können ganz bequem über die Website www.freiraum-fichtelgebirge.de/fichtelapp gemeldet werden.

Neugierig geworden? Dann viel Freude mit der FichtelApp – dem digitalen Begleiter durchs Fichtelgebirge!

(FichtelApp-Team, LRA Wunsiedel i. Fichtelgebirge)

Mehr zur FichtelApp und dem #FreiraumFichtelgebirge:
<https://freiraum-fichtelgebirge.de/fichtelapp/>
<https://freiraum-fichtelgebirge.de/freiraum-fuer-macher/>

Landkreis Bad Kissingen als „Kommune des Jahres 2023“ ausgezeichnet Großer Preis des Mittelstandes: Feierliche Veranstaltung in Würzburg mit Übergabe der Statuette

Der Landkreis Bad Kissingen wurde im September 2023 von der Oskar-Patzelt-Stiftung beim Großen Preis des Mittelstandes mit dem Sonderpreis „Kommune des Jahres 2023“ ausgezeichnet. Landrat Thomas Bold und Frank Bernhard, Wirtschaftsförderung, haben die Auszeichnung in Form einer Statuette in Würzburg entgegengenommen. Die Oskar-Patzelt-Stiftung würdigt mit diesem Preis herausragende Leistungen von Kommunen und kommunalen Gesellschaften, die sich um den regionalen Mittelstand im Sinne einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kümmern. Der Große Preis des Mittelstandes nimmt im Ranking von verschiedenen deutschen Wirtschaftswettbewerben den ersten Platz ein.

Freude über die bundesweite Würdigung

„Wir freuen uns sehr, dass unser Landkreis von der renommierten Oskar-Patzelt-Stiftung als Kommune des Jahres prämiert wurde und unsere vielfältigen Anstrengungen für den Standort Landkreis Bad Kissingen bundesweit Würdigung finden“, sagte der Landrat. „Für

Der Landkreis Bad Kissingen liegt in Unterfranken – mitten in Deutschland und ist Mitglied der Regiopolregion Mainfranken. Eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen, die A 7, durchquert ihn, das macht ihn von allen Seiten aus schnell erreichbar. Im Landkreis Bad Kissingen befinden sich die bekannten drei Kurorte: Bad Bocklet, Bad Brückenau und Bad Kissingen. Größter wirtschaftlicher Zweig ist der Fremdenverkehr aus Gästen, die ihren Urlaub hier verbringen oder eine Kur- oder Rehamaßnahme wahrnehmen. Seit 2015 ist das Bäderland Bayerische Rhön, zu dem der Landkreis Bad Kissingen zählt, „GesundheitsregionPlus“. Ziel ist, die Gesundheitsvorsorge und die medizinische Versorgung der Menschen zu verbessern. In den Kurstädten finden sich prächtige Bauten – darunter Europas älteste Wandelhalle oder der Regenbogenbau in Bad Kissingen. Gepflegte Kurgärten und weitläufige Parkanlagen dehnen sich in und rund um die Kurstädte aus. Landrat ist seit 2002 Thomas Bold (CSU). Der Landkreis hat 104.567 Einwohner (Stand: 31. 12. 2022)



Landrat Thomas Bold zeigt den Sonderpreis bei der Gala zum Großen Preis des Mittelstandes in Würzburg: Der Landkreis wurde als „Kommune des Jahres 2023“ ausgezeichnet. (Foto: © Ulrich und Tanja Schepp/Oskar-Patzelt-Stiftung)

uns alle ist der Preis Ansporn, den Standort konsequent mit den Unternehmen weiter zu entwickeln. Der Preis ist eine Gemeinschaftsleistung des Landratsamtes insbesondere der Wirtschaftsförderung und der Regionalentwicklung“, so Landrat Thomas Bold bei der Festveranstaltung zum „Großen Preis des Mittelstandes 2023“ in Würzburg. „Dass die Stiftung den Landkreis Bad Kissingen geehrt hat, ist eine echte Anerkennung für unsere Arbeit, die uns motiviert, diesen Weg weiter zu gehen“, erklärt Frank Bernhard, der im Landratsamt die Bewerbung vorbereitet hatte und hier seit über 30 Jahren in der Wirtschaftsförderung tätig ist.

Langjähriges Engagement

Vom ausgestreckten Arm bis zum Sockel ist die glänzende Statuette rund 50 Zentimeter hoch und zielt jetzt – bis ein öffentlicher Platz im Landratsamt gefunden ist – das Büro des Landrats. Der Landkreis enga-

giert sich seit vielen Jahren: Mit der Regionalförderung konnten z. B. 2022 sieben Investitionsmaßnahmen für Firmen mit einer Gesamtsumme von 1,1 Mio. Euro gestartet werden, durch die neue Arbeitsplätze entstanden sind und 164 Stellen gesichert werden konnten. Jobmesse, Wirtschaftsförderung, Rhön-Saale Gründer- und Innovationszentrum, positive Entwicklung im Tourismus im Bäderlandkreis, Zentrum für Telemedizin, DeinHaus 4.0 Unterfranken, BDS Azubiakademie, Wirtschaftsabende im Rahmen der Bestandspflege – die Liste der Erfolge ist lang. Zu den Erfolgen zählt auch die Bewilligung des Vorhabens „Technologietransferzentrum“ durch das Bayerische Kabinett. Weiterhin verzeichnete der Landkreis einen Anstieg der IHK-Ausbildungsverträge um 14,2 Prozent, im Handwerk gibt es ein Plus von 7,0 Prozent. Nicht ganz unschuldig daran könnte der Ausbildungskompass sein, der künftigen Auszubildenden einen detaillierten Überblick über Berufe verschafft. Er liegt an allen Schulen bereit und ist auch digital einsehbar.

Starkes Netzwerk

„Der Landkreis engagiert sich seit vielen Jahren bei der Oskar-Patzelt-Stiftung, auch um die Unternehmen aus dem Landkreis Bad Kissingen bundesweit in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken“, informiert Bernhard und betont, dass bereits auch Unternehmen aus der Stadt und dem Landkreis ausgezeichnet worden seien. 2023 wurde zum Beispiel die Firma Holzakzente aus Schildeck als Finalist ausgezeichnet, u. a. hat die Firma



Der Landkreis ist „Kommune des Jahres 2023“. Landrat Thomas Bold zeigt bei der Wirtschafts- und Umweltsitzung den von der Oskar-Patzelt-Stiftung verliehenen Sonderpreis. (Foto: Anja Vorndran)

Psilkon die Jurystufe erreicht. „Ohne ein starkes Netzwerk, wie zum Beispiel Wirtschaftsunioren, Rhön-Saale-Gründer- und Innovationszentrum, Kammern, Banken, Immobiliendienstleistern, Unternehmen, Kommunen, Region Mainfranken GmbH, Agentur für Arbeit oder die Schulen“, sei so ein Erfolg nicht möglich, so Bernhard. Die Arbeit basiert auf dem Vier-Säulen-Prinzip: Bestandspflege, Ansiedlungen, Existenzgründungen und Sonstiges, darunter fällt alles, was den Wirtschaftsraum attraktiv macht.

Arbeitslosenquote unter dem bayerischen Durchschnitt

Als aktuelles Beispiel nannte Bold unter anderem das Technologietransferzentrum Bad Kissingen und den Beitritt zum Experten Netzwerk Bayern. „Wir haben heute mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse als noch vor 20 Jahren und eine

Arbeitslosenquote unter dem bayerischen Durchschnitt“, fasst Bold die aktuelle Situation zusammen. In den letzten Jahrzehnten habe man wichtige Ansiedlungen begleiten können, große Firmen und vor allem zahlreiche mittelständische Unternehmen und Ausgründungen für den Standort Landkreis Bad Kissingen gewinnen können. Aktuelles Beispiel ist die Ansiedlung eines Teilvertriebszentrums von PACCAR Parts in Maßbach. In der Zukunft wird die Transformation ein Thema sein und auch der demografische Wandel ist eine große Herausforderung. „Wir werden auch weiterhin alle an einem Strang ziehen, um den begonnenen Weg so erfolgreich und konsequent weiter zu gehen“, resümierte der Landrat und dankt seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die die Voraussetzungen für die gelingende Arbeit schaffen. Die Nominierungen des Landkreises beim Großen Preis des Mittelstandes erfolgten in den letzten Jahren durch HANSE HAUS, Psilkon und die Wirtschaftsunioren Bad Kissingen.



Große Freude bei der Gala zum Großen Preis des Mittelstandes: Landrat Thomas Bold (rechts) mit Frank Bernhard, Wirtschaftsförderung. (Foto: Pascal Kümmert)

Krankenhaus-Neubau in Zeiten der Unsicherheit: Landkreis Main-Spessart geht das Leuchtturm-Projekt an – mit Unterstützung von Ministerpräsident Markus Söder

Spatenstich für Neubau des Klinikums Main-Spessart

Von Susanne Theis (Pressestelle Klinikum Main-Spessart) und Markus Rill (Pressestelle LRA Main-Spessart)

Landauf, landab sind die Klagen der Krankenhäuser zu hören. Die Defizite steigen ebenso wie die Unsicherheit angesichts der angestoßenen bundesweiten Krankenhausreform, deren genaue Ausgestaltung noch unklar ist. In diesen Zeiten einen Krankenhausneubau zu starten, ist – zurückhaltend formuliert – ein Wagnis. „Es ist eine zukunftsweisende Entscheidung für die Gesundheitsversorgung und Lebensqualität in unserem Landkreis“, sagt dagegen Sabine Sitter, Landrätin von Main-Spessart.

Rückendeckung vom Bayerischen Ministerpräsidenten

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hält nicht sonderlich viel von der Krankenhausreform der Bundesregierung, aber umso mehr von der Initiative des Landkreises Main-Spessart. Deshalb ließ er es sich nicht nehmen, am 11. September 2023 persönlich zum Spatenstich für den Neubau des Klinikums Main-Spessart in Lohr am Main anzureisen, die Bedeutung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum zu betonen und selbst symbolisch die Schaufel in die Hand

zu nehmen. Und nicht nur das: Der Freistaat Bayern unterstützt den rund 160 Millionen Euro teuren Neubau mit fast 110 Millionen Euro aus der Staatskasse. „Spitzenmedizin muss nicht nur in großen Städten, sondern auch regional und wohnortnah verfügbar sein“, unterstrich Söder. „Dafür setzt sich der Freistaat ein.“

René A. Bostelaar, als Klinikreferent des Landkreises Main-Spessart verantwortlich für den Neubau des Klinikums, sieht im Vorgehen des Landkreises gar „eine Blaupause für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung des ländlichen Raumes“. Der Klinik-Neubau sei nicht weniger als „ein Leuchtturmprojekt für Bayern“. Das heißt aber nicht, dass dabei alles leicht von der Hand geht.

Vorgeschichte

Schon 2015 – acht Jahre vor dem nun erfolgten Spatenstich – beschloss der Kreistag Main-Spessart, ein neues, zentrales Krankenhaus zu bauen. In der Zwischenzeit wurde viel überlegt, gerechnet und geplant. Und die Krankenhäuser in Karlstadt und Marktheidenfeld wurden geschlossen. Ganz geräuschlos ging das nicht über die Bühne. In Karlstadt ist im ehemaligen



Spatenstich für das Klinikum Main-Spessart (von links): Planer Linus Hofrichter, Klinikreferent René Bostelaar, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Landrätin Sabine Sitter und Lohrs Bürgermeister Dr. Mario Paul.



René Bostelaar, Markus Söder, Sabine Sitter (Foto: Markus Büttner/Mainkonzept)

Krankenhaus ein erfolgreiches Gesundheitszentrum entstanden. In Marktheidenfeld sind derzeit Asylbegehrende in den ehemaligen Patientenzimmern untergebracht. Das Krankenhaus in Lohr bleibt geöffnet, bis der moderne Neubau in Betrieb geht – voraussichtlich Ende 2026.

„Die Umstrukturierung war unumgänglich“, sagt Landrätin Sitter. „Die Entscheidung für den Neubau war richtig.“ Das sieht auch Unterfrankens Regierungspräsident Erwin Dotzel so. Deshalb legte er beim Spatenstich auf dem neuen Gesundheitscampus ebenso mit Hand an wie Lohrs Bürgermeister Dr. Mario Paul und Professor Linus Hofrichter, Generalplaner des Krankenhauses.

Die Vorteile des neuen Hauses

Hofrichter erklärte, das neue Haus werde im Innenbereich kurze Wege aufweisen, voll digitalisiertes Arbei-

ten ermöglichen und über eine hochmoderne technische Ausstattung auf einer Nutzfläche von rund 17.000 Quadratmetern verfügen.

Auch ästhetisch sei es sehr ansprechend: Drei Gebäudeflügel erinnern an die alten Häuser, die Fassade des Hauses sei überwiegend aus Holz gestaltet und von den Patientenzimmern falle der Blick direkt in den Spessart. Die abgestufte Architektur passt sich in den Hang und in die Landschaft ein. 280 Betten, davon allein 20 auf der Intensivstation, stehen für die Patientinnen und Patienten bereit.

Zukunftszuversicht

Der dafür nötige finanzielle Kraftakt ist mit großen Hoffnungen verbunden. Die moderne Klinik werde – trotz Pflegenotstand – ein attraktiver Arbeitgeber sein. Medizinische Exzellenz, menschliche Fürsorge und technologische Innovation werden sich das Vertrauen der Patientinnen und Patienten verdienen. Die ganze medizinische Versorgung im Landkreis werde letztlich vom neuen Klinikum Main-Spessart profitieren und imstande sein, den Anforderungen des demographischen Wandels gerecht zu werden – davon sind Landrätin und Klinikreferent sowie die Mitglieder des Kreistags überzeugt.

Nach dem offiziellen Spatenstich trugen sich die Beteiligten in das Goldene Buch des Landkreises und der Stadt Lohr am Main ein. Der Landkreis Main-Spessart blickt mit großer Zuversicht in die Zukunft, die durch diesen wegweisenden Neubau geprägt sein wird. Die Vision eines modernen Klinikums nimmt am Lohrer Sommerberg Gestalt an.



Visualisierung Klinik-Neubau: a|sh sander.hofrichter architekten GmbH

Digitaler Energienutzungsplan für Altmühlfranken entsteht mit Potenzialanalyse Wasserstoff

Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen erstellt mit Unterstützung regionaler Energieversorgungsunternehmen einen landkreisweiten digitalen Energienutzungsplan und nimmt dabei eine Vorreiterrolle in Bayern ein. Landrat Manuel Westphal hat in diesem Zusammenhang Unternehmerinnen und Unternehmer zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Wasserstoff eingeladen.

Der Energienutzungsplan

Ein Energienutzungsplan ist ein strategisches Planungsinstrument, welches seit einigen Jahren Gemeinden, Städten und Landkreisen einen Überblick über die momentane wie auch zukünftige Energiebedarfs- und Energieversorgungssituation gibt. Dafür wird eine Bestandsanalyse der bereits vorhandenen Energieinfrastrukturen und erneuerbaren Energieanlagen im Landkreis durchgeführt sowie die CO₂-Bilanz fortgeschrieben. Des Weiteren werden die Potenziale der Energieeinsparung im Gebäudesektor mittels Sanierungs-Szenarien ermittelt. Den Hauptbestandteil des Energienutzungsplans bildet die Potenzialermittlung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien, wie Solar-, Wind-, Wasser- und Bioenergie oder auch Geothermie.

Der Landkreis geht einen Schritt weiter und untersucht erstmalig in Bayern die Aufnahmekapazität der Stromnetze bei der Ermittlung der Energieerzeugungspotenziale. Die detaillierte Analyse gibt Aufschluss darüber, welcher Erzeugungstechnologiemix, beispielsweise aus Windkraft und Photovoltaik sinnvoll ist. Gleichzeitig erfolgt eine Standortanalyse, damit die identifizierten Potenzialflächen für erneuerbare Energieanlagen auch ins Netz eingespeist werden können. Ebenso wird untersucht, wie die Stromnetze durch Speichertechnologien entlastet werden könnten.

Potenziale von Wasserstoff

Neben Batteriespeichern wird auch die regionale Erzeugung von Wasserstoff und dessen Nutzung eruiert. Grüner Wasserstoff ist ein Schlüsselement für die Überwindung der aktuell bestehenden Probleme der Energiewende, wie die Netzeinspeiseproblematik oder das zeitliche Auseinanderlaufen von Stromerzeugung und -nachfrage. Zusätzlich gilt Wasserstoff aber auch als eines der Schlüsselemente auf dem Weg zur Klimaneutralität in der Industrie und im Mobilitätssektor. „Für mich ist daher die Potenzialanalyse Wasserstoff auch für unsere Wirtschaft und Unternehmen im Landkreis ein essentieller und wichtiger Baustein, der im landkreisweiten Energienutzungsplan untersucht werden muss. Insbesondere ist mir neben dem Ausbau der nötigen Infrastruktur vor allem die regionale Nutzung des erzeugten grünen Wasserstoffs wichtig“, betont Landrat Manuel Westphal.

Um die Rolle der Unternehmen in Rahmen der Erstellung des Energienutzungsplans zu erläutern, hat die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit dem Klimaschutzmanagement des Landkreises zu einer Informationsveranstaltung für Unternehmerinnen und Unternehmer zum Thema Energienutzungsplan und der Potenzialanalyse Wasserstoff eingeladen.

Im Nachgang zu dieser Informationsveranstaltung wurde ein Online-Datenerhebungsbogen an energieintensive Unternehmen bzw. Logistik- und Transportunternehmen verteilt.

Unternehmen mit Interesse an der Datenerhebung zum Thema Wasserstoff können sich an die Wirtschaftsförderung der Zukunftsinitiative altmühlfranken (Mail: wirtschaftsfoerderung@landkreis-wug.de) wenden und teilnehmen. (LRA Weißenburg-Gunzenhausen)

Wahlen



Landrat **Christian Meißner** wurde am 8. Oktober mit 54,5 % der Stimmen als Landrat des Landkreises Lichtenfels wiedergewählt. Bis zu seiner erstmaligen Wahl 2011 hat er bereits 13 Jahre lang als Abgeordneter dafür Sorge getragen, dass die Fragen des ländlichen Raums im Bayerischen Landtag ankommen. Daneben war er u.a. auch 9 Jahre Kreistagsmitglied in Lichtenfels. Im Präsidium des Bayerischen Landkreistags ist er seit vielen Jahren ein Mitstreiter, auf den jederzeit Verlass ist. Dabei sind es sein Pragmatismus und Optimismus – gerade in herausfordernden Zeiten – die anstecken.



Landrat a.D. **Thorsten Freudenberger** ist seit 30. Oktober Mitglied des Bayerischen Landtags. Der ehemalige Gymnasiallehrer hatte seit 2014 die Geschicke des Landkreises Neu-Ulm als Landrat geprägt und dabei auch in schwierigen kommunalen Fragen Durchhaltevermögen bewiesen. Schon zuvor hat er sich u.a. als Stadtrat und Kreisrat kommunalpolitisch engagiert. Beim Bayerischen Landkreistag war er von 2014 bis 2020 Mitglied im Ausschuss für Recht und Bildung, ab 2020 Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und zudem seit 2022 Mitglied des Präsidiums.



Landrat **Dr. Ronny Raith** hat am 1. Dezember als Nachfolger von Landrätin a.D. Rita Röhl sein Amt im Landkreis Regen angetreten. Dr. Raith war seit 2003 als Rechtsanwalt in der Kanzlei Dr. Raith & Kollegen tätig. Neben zahlreichen ehrenamtlichen Aktivitäten war er kommunalpolitisch u.a. als Gemeinderat in der Gemeinde Kirchberg i. Wald, als deren 3. Bürgermeister, als Kreistagsmitglied in Regen und von 2021 bis zuletzt als weiterer Stellvertreter der Landrätin engagiert. Beim Bayerischen Landkreistag ist er Mitglied im Ausschuss für Recht und Bildung sowie im Ausschuss für Landesentwicklung und Umwelt.

Geburtstag



Am 14. Oktober 2023 feierte Landrat **Josef Niedermaier** seinen 60. Geburtstag. Bei seiner erstmaligen Wahl zum Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen 2008 brachte er bereits vielfältige kommunalpolitische Erfahrungen u.a. als Stadtratsmitglied und Erster Bürgermeister mit. Beim Bayerischen Landkreistag engagiert er sich im Ausschuss für Finanzen und Sparkassen, als kooptiertes Mitglied im Präsidium und ist seit Mai 2014 zudem Leiter des Bayerischen Innovationsrings. Damit ist er tonangebend bei der Beantwortung von Zukunftsfragen im kommunalen Bereich.





Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de